universität wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit:

„Analyse der österreichischen Außenpolitik gegenüber Vietnam, Laos und Kambodscha

Ein Überblick über die Jahre 1998-2008“

Verfasserin

Eva Chuchma

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. Phil)

Wien, im November 2008

Studienkennzahl lt. Studienblatt	A300
Diplomarbeitsgebiet lt. Studienblatt	Politikwissenschaft
Betreuer	Ao. Univ.-Prof. DDr. Ingfrid Schütz-Müller

INHALTSVERZEICHNIS

Abkürzungsverzeichnis 5
Abbildungsverzeichnis 7
Einleitung 8

1. ÜBERBLICK: VIETNAM, LAOS UND KAMBODSCHA 11

1.1. Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Vietnam, Laos und Kambodscha 11
1.1.2. Sozialistische Systeme 16
1.1.3. Sozialistische Demokratie 16
1.1.4. Sozialistische Wirtschaftssysteme 20
1.1.5. Kritik 24

1.2. Die historische und politische Entwicklung Vietnams, Laos´ und Kambodschas 25
1.2.1. Vietnam 25
1.2.2. Laos 35
1.2.3. Kambodscha 38

1.3. Zusammenfassung 44

2. GRUNDLAGEN DER AUSSENPOLITIK 45

2.1. Die Definition von Außenpolitik 45

2.2. Ein Instrument der Außenpolitik: Die Diplomatie 50

2.3. Die fünf Ansätze der Außenpolitik 51

2.4. Der außenpolitische Entscheidungsprozess 52

2.5. Die (möglichen) Akteure im außenpolitischen Entscheidungsprozess 54
2.5.1. Der Bundespräsident 54
2.5.2. Das Bundeskanzleramt 56
2.5.3. Das Außenministerium 57
2.5.4. Das Parlament und die Parteien 59

2.6. Zusammenfassung 61

3. ÖSTERREICHISCHE AUSSENPOLITIK IN DER REGION SÜDOSTASIEN 63

3.1. Österreichische Außenpolitik im Rahmen der EU 64

3.2. Die Außenpolitik der EU gegenüber Vietnam, Laos und Kambodscha 65
3.2.1. Die ASEAN-Staaten 66
3.2.2. Politische Beziehungen EU - ASEAN 67
3.2.3. Wirtschaftliche Beziehungen EU - ASEAN 68
3.2.4. Beziehungen EU – Vietnam 70
3.2.5. Beziehungen EU – Laos 71
3.2.6. Beziehungen EU – Kambodscha 72

3.3. Die österreichische Außenpolitik gegenüber Vietnam, Laos und Kambodscha 73
3.3.1. Österreich – Vietnam 73
3.3.2. Österreich – Laos 78
3.3.3. Österreich – Kambodscha 80

3.4. Zusammenfassung 81

4. ÖSTERREICHISCHE AUSSENWIRTSCHAFTSPOLITIK 83

4.1. Akteure der Außenwirtschaftspolitik 84

4.2. Definition Außenhandel 85

4.3. Überblick: Österreichs Außenhandel 2007 85
4.3.1. Die österreichischen Exporte 86
4.3.2. Die österreichischen Importe 90

4.4. Die Warenstruktur des österreichischen Außenhandels 91

4.5. Außenhandel Österreich – Vietnam 94
4.5.1. Überblick: Die wirtschaftliche Lage in Vietnam - heute 94
4.5.2. Außenhandel mit Österreich 98

4.6. Außenhandel Österreich – Laos 100
4.6.1. Überblick: die wirtschaftliche Lage in Laos - heute 100
4.6.2. Außenhandel mit Österreich 101

4.7. Außenhandel Österreich – Kambodscha 103
4.7.1. Überblick: Die wirtschaftliche Lage in Kambodscha - heute 103
4.7.2. Außenhandel mit Österreich 104

4.8. Zusammenfassung 105

6. ÖSTERREICHISCHE AUSLANDSKULTURPOLITIK 107

6.1. Die österreichische Auslandskulturpolitik im Überblick 107

6.2. Österreichische Auslandskulturpolitik in Vietnam 109
6.2.1. Exkurs: Die FH Krems in Vietnam 112

6.3. Österreichische Auslandskulturpolitik in Laos 114

6.4. Österreichische Auslandskulturpolitik in Kambodscha 115

6.5. Zusammenfassung 115

7. RESÜMEE 118

8. LITERATUR 123

9. ANHANG 131

Abkürzungsverzeichnis

AHSt.	Außenhandelsstelle
AIT	Asian Institute of Technology
AP	Außenpolitik
ADB	Asian Development Bank
AFTA	Asean Free Trade Association
AKW	Atomkraftwerk
ALA	Asia and Latinamerica
AP	Außenpolitik
ASEA UNINET	Asean-European University Network
ASEAN	Association of South East Asian Nations
ASEM	Asia Europe Meeting
ASEF	Asia Europe Foundation
AWO	Außenwirtschaft Österreich
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BKA	Bundeskanzleramt
BMAA	Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten (jetzt BMEIA)
BMBWK,	Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur
BMEIA	Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
BMWA	Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit
BSP	Bruttosozialprodukt
BMG	Bundesministeriengesetz
B-VG	Bundes-Verfassungsgesetz
CPP	Cambodian People´s Party
CPV	Communist Party of Vietnam
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EFTA	European Free Trade Area
EG	Europäische Gemeinschaft
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EU	Europäische Union
EUR	Euro
EWG	Europäische Wirtschaftgemeinschaft
EZA	Entwicklungszusammenarbeit
FAO	Food and Agriculture Organization
FDI	Foreign Direct Investment

FUNCINPEC	National United Front for an Independent, Neutral, Peaceful, and Cooperative Cambodia
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GDP	Gross Domestic Product
HJ	Halbjahr
IMC-Fachhochschule	Internationales Management Center – Fachhochschule
LPRP	Lao People´s Revolutionary Party
Mitgl.	Mitglied
NAFTA	North American Free Trade Agreement
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NE-Metalle	Nichteisenmetalle
NRP	Norodom Ranariddh Party
OECD	Organization for Economic Co-operation and Development
OEZA	Österreichische Entwicklungszusammenarbeit
ÖVP	Österreichische Volkspartei
PDK	Party of Democratic Kampuchea
PCOM	People´s Committee
RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
SRP	Sam Rangsi Party
SITC	Standard International Trade Classification
SOEL	Süd- und Osteuropäische Länder
SOEs	State Own Enterprises
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreich
SRP	Sam Rainsy Party
UN	United Nations
UNDP	United Nations Development Programme
UNIDO	United Nations Industrial Development Organization
UNTAC	United Nations Transitional Authority in Cambodia
UNO	United Nations Organization
VATP	Vietnamesisch-Österreichisches Tourismusprogramm
WK	Weltkrieg
WKO	Wirtschaftskammer Österreich
WTO	World Trade Organization

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Aufteilung des Budgets des BMEIA 2007.....59

Abbildung 2: Österreich: Warenverkehr.....87

Abbildung 3: Exporte nach Regionen.....88

Abbildung 4: Regionale Gliederung der Exporte 2007.....89

Abbildung 5: Importe nach Regionen.....90

Abbildung 6: Regionale Gliederung der Importe 2007.....91

Abbildung 7: Warenstruktur der Exporte 2007.....92

Abbildung 8: Warenstruktur der Importe 2007.....92

Abbildung 9: Warenverkehrsbilanz 2007 nach Warengruppen.....93

Abbildung 10: Importe nach Regionen 2006.....96

Abbildung 11: Exporte nach Regionen 2006.....97

Abbildung 12: Außenhandel Österreich – Vietnam.....99

Abbildung 13: Außenhandel Österreich – Laos.....102

Abbildung 14: Außenhandel Österreich – Kambodscha.....105

Einleitung

Seit vielen Jahren schon pflegt Österreich außenpolitische Beziehungen zu den Staaten Vietnam, Laos und Kambodscha. Diese zeichnen sich vor allem durch politische, wirtschaftliche und kulturelle Kontakte aus. Zwar variieren diese Kontakte in ihrer Intensität, sind jedoch durchwegs von Stabilität und Konfliktfreiheit gekennzeichnet.

Ziel dieser Arbeit ist die Analyse dieser österreichischen Außenpolitik in Vietnam, Laos und Kambodscha. Dabei werden die außenpolitischen Handlungen Österreichs in politische, ökonomische und kulturelle Aspekte unterteilt und dementsprechend analysiert. Zusätzlich werden die einzelnen Akteure der österreichischen Außenpolitik definiert und ihr Einfluss auf Österreichs Aktivitäten in diesen drei südostasiatischen Staaten behandelt. Dabei wird grob zwischen Akteuren der österreichischen Außenpolitik, der österreichischen Außenwirtschaftspolitik sowie der österreichischen Auslandskulturpolitik unterschieden.

Thema dieser Arbeit ist explizit die österreichische Außenpolitik gegenüber Vietnam, Laos und Kambodscha und nicht die multi- oder bilateralen Beziehungen dieser vier Staaten zueinander. Zwar lassen sich die außenpolitischen Handlungen Österreichs nicht von der internationalen Ebene loslösen und finden sogar mehrheitlich im internationalen Rahmen wie der EU, der UNO oder des ASEM statt, dennoch behandelt diese Arbeit primär die Aktivitäten Österreichs in der Region und nicht die internationalen Beziehungen zwischen diesen Ländern.

Im Rahmen dieser Arbeit sollen Fragen nach den Akteuren der österreichischen Außenpolitik in Vietnam, Laos und Kambodscha beantwortet werden, ihr Einfluss, ihre Handlungsweisen sowie ihre Ziele und Motive analysiert werden.
Weiter sollen die möglichen Ziele Österreichs in der südostasiatischen Region – anhand der gewählten Beispiele Vietnam, Laos und Kambodscha – skizziert und die dafür aufgebrachten Ressourcen aufgezeigt werden.
Auch wird auf die Frage nach den möglichen Triebkräften der österreichischen Außenpolitik gegenüber Vietnam, Laos und Kambodscha eingegangen. Ist die österreichische Außenpolitik in der Region von politischen, ökonomischen oder Elementen aus der Entwicklungszusammenarbeit geprägt? Strebt Österreich in der südostasiatischen Region in erster Linie nach ökonomischen Vorteilen oder fungiert es als politisches Vorbild aus Europa? Dient die Zusammenarbeit der politischen Stabilität in Vietnam, Laos und Kambodscha oder stehen wirtschaftliche Faktoren im Vordergrund? Diese und ähnliche

Fragen ziehen sich wie ein Roter Faden durch diese Arbeit und werden im Resümee abschließend behandelt und beantwortet.

Die Motivation für diese Arbeit begründet sich in erster Linie mit einem Praktikum an der Österreichischen Botschaft in Hanoi im Jahr 2004 und dem damit verbundenen mehrmonatigen Aufenthalt in Vietnam. Es folgten weitere Aufenthalte in Vietnam und ein stets steigendes Interesse an der österreichischen Außenpolitik in diesem Land.
Im Zuge der Recherchen wurde jedoch sehr bald deutlich, dass die außenpolitischen Handlungen Österreichs in der Region nicht allein auf Vietnam konzentriert und losgelöst von Laos und Kambodscha behandelt werden können. Dafür sind die Vernetzungen der österreichischen Außenpolitik in Südostasien zu stark.
Auch die Möglichkeit des Vergleiches sprach für eine Miteinbeziehung Laos´ und Kambodschas in diese Arbeit. So unterhält Österreich eine Botschaft in Hanoi, die Länder Laos und Kambodscha hingegen werden von der Vertretung in Bangkok mitbetreut. Dementsprechend unterschiedlich gestaltet sich die Intensität der österreichischen Außenpolitik in dieser Region.

Die Methode der Arbeitsweise konzentriert sich in erster Linie auf die Analyse von Primär- und Sekundärliteratur sowie der Ausarbeitung von Statistiken und Wirtschaftszahlen. Weiter werden zahlreiche Informationen, dich ich per E-Mail aus dem Außenministerium, der Außenwirtschaft Österreich sowie der österreichischen Botschaft in Hanoi erhalten habe, angewendet.

Die Arbeit gliedert sich in fünf Kapitel mit anschließendem Resümee. In Kapitel 1. wird ein Überblick über die Länder Vietnam, Laos und Kambodscha gegeben. Dabei werden vorhandene – für diese Arbeit relevante – Gemeinsamkeiten und Unterschiede dieser drei Länder herausgearbeitet. Weiter werden die historische Entwicklung und die politischen Systeme Vietnams, Laos´ und Kambodscha skizziert und analysiert.
Kapitel 2. befasst sich mit der Außenpolitik in Österreich, mit deren Definition, deren Instrumenten und Akteuren. Dabei werden primär der Bundespräsident, das Bundeskanzleramt, das Außenministerium sowie das Parlament und die Parteien als Akteure der österreichischen Außenpolitik herangezogen und deren Stellung im außenpolitischen Entscheidungsprozess skizziert.
Die österreichische Außenpolitik als aktive Handlung und als steter Prozess wird in Kapitel 3. dieser Arbeit behandelt. Hierbei wird zwischen der österreichischen Außenpolitik gegenüber Vietnam, Laos und Kambodscha im Rahmen der EU und ASEAN sowie zwischen der

selbstständigen, nationalstaatlichen Außenpolitik gegenüber diesen drei Staaten unterschieden.
Kapitel 4. befasst sich mit der Außenwirtschaftpolitik Österreichs, definiert deren Akteure und analysiert den Außenhandel Österreichs mit Vietnam, Laos und Kambodscha. Dabei steht die Wirtschaft als politischer Akteur im Vordergrund.
In Kapitel 5. wird die österreichische Außenpolitik mit dem Teilbereich Auslandskulturpolitik abgeschlossen. Im Rahmen der Auslandskulturpolitik wird auf die kulturelle und universitäre Zusammenarbeit zwischen Österreich und Vietnam, Laos und Kambodscha eingegangen. Zusätzlich wird auch die österreichische Entwicklungszusammenarbeit in der Region skizziert.
Abschließend wird in Kapitel 6., dem Resümee, eine Zusammenfassung der Forschungsergebnisse präsentiert. Dabei soll, wie oben bereits erwähnt, beantwortet werden, welche Ziele die österreichische Außenpolitik in Vietnam, Laos und Kambodscha verfolgt und welche Mittel und Instrumente dafür eingesetzt werden. Als Forschungsergebnis wird dann – so folgerichtig analysiert wird – ein Überblick über die „außenpolitische Gesamtstrategie“[1] Österreichs in der Region gegeben.

Für die Einfachheit der Lesbarkeit der Arbeit wird in allen Formen auf den üblichen *–Innen* Anhang verzichtet. Trotzdem beinhaltet jede Form – vor allem die der Akteure der österreichischen Außenpolitik – sowohl die weibliche als auch die männliche Form.

1 HOLZMANN [Hrsg.] ³2000, S. 52

1. ÜBERBLICK: VIETNAM, LAOS UND KAMBODSCHA

Eine erste Übersicht über die Staaten Vietnam, Laos und Kambodscha soll dieses Kapitel bieten. Dabei wird ein erster – sehr vereinfachter – Überblick über die politische und wirtschaftliche Grundstruktur gegeben. Der Aufstellung der wirtschaftlichen und politischen Daten Vietnams, Laos´ und Kambodschas (siehe Anhang) werden auch die Daten Österreichs gegenüber gestellt, um einen Vergleich zwischen den Ländern der südostasiatischen Region und Österreich zu ermöglichen.
Überwiegen mögen bei dieser Aufstellung die wirtschaftlichen Faktoren, auf soziale, kulturelle und politische Gemeinsamkeiten und Unterschiede wird detailliert in Kapitel 1.1. dieser Arbeit eingegangen.

Bereits in der Grundstruktur dieser vier Länder herrschen elementare Unterschiede. So werden in dieser Arbeit Länder mit drei verschiedenen Staatsformen – wenn auch mit vier verschiedenen Bezeichnungen – behandelt: Einerseits die Republik Österreich, die Sozialistische Republik Vietnam, die Demokratische Volksrepublik Laos sowie das Königreich Kambodscha.
Die Staatsfläche dieser Staaten rangiert von 80.000 km² in Österreich bis zu 330.000 km² in Vietnam, einer mehr als viermal so großen Fläche wie Österreich. Die Einwohnerzahl bewegt sich zwischen 5,8 Mio. Einwohner in Laos bis zu knapp 85 Mio. Einwohner in Vietnam.
Auch volkswirtschaftlich klaffen die vier Staaten auseinander: Ein BIP pro Kopf von über 32.000 EUR in Österreich steht einem BIP pro Kopf von knapp 430 EUR in Kambodscha gegenüber.

Mit diesen Variationen in Politik und Wirtschaft bietet die Region Vietnam, Laos, Kambodscha und dem gegenüber gestellt Österreich eine große Herausforderung in der Analyse der Gemeinsamkeiten und Unterschiede.

1.1. Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Vietnam, Laos und Kambodscha

Im Rahmen dieses Kapitels werden die Gemeinsamkeiten und Differenzen zwischen den drei Ländern beleuchtet. Dabei werden sowohl historische, geographische, demographische, politische sowie kulturelle Aspekte behandelt.

Abseits der Staatsgrenzen blicken die drei Staaten Vietnam, Laos und Kambodscha auf eine langjährige gemeinsame Geschichte zurück, verfügen über eine stark miteinander

verzweigte Wirtschaftsstruktur und beherbergen Ethnien, die die Region unabhängig der Landesgrenzen besiedeln.
Neben der langen gemeinsamen Geschichte verbinden auch Gemeinsamkeiten in den politischen Systemen die drei Länder Vietnam, Laos und Kambodscha. Vietnam und Laos verfügen über ein sozialistisch-kommunistisch geprägtes Politiksystem, alle drei Länder weisen Gemeinsamkeiten im Willen zur politischen Modernisierung ihres Systems auf – wenn auch mit unterschiedlicher Intensität.
Während in Vietnam im Zuge der Doi-Moi Reform bereits seit 1986 versucht wurde, den Weg in Richtung Modernisierung der Wirtschaft und des politischen Systems zu beschreiten, kamen die Erneuerungsversuche in Laos und Kambodscha etwas später und durchaus vorsichtiger ins Laufen.
Auch die Auswirkungen der Globalisierung trafen Südostasien mit voller Wucht, während Vietnam in den letzten 20 Jahren sein Wirtschaftswachstum enorm steigerte, gehören Laos und Kambodscha – trotz durchwegs positiver Wirtschaftswachstumszahlen – zu den armen oder unterentwickelten Ländern Südostasiens.[2]

Bevor auf die einzelnen politischen Modernisierungsversuche der drei Staaten Vietnam, Laos und Kambodscha eingegangen wird, muss vorab festgehalten werden, dass wir hierbei nicht von einer integrierten Region Südostasien ausgehen können, sondern vielmehr von differenzierten Nationen „mit je eigenen,[sic!] politischen und ökonomischen Dynamiken innerhalb politisch definierter geographischer Territorien“[3].
Auch wenn die nationalstaatlichen Wirtschaftsprozesse in Vietnam, Laos und Kambodscha in unterschiedlicher Intensität und Schnelligkeit vonstatten gingen, kann doch gesagt werden, dass die gesamte Region[4] in den letzten Jahren durch die zunehmende Weltmarktintegration der Nationalstaaten eine derartige Wirtschaftsdynamik aufwies, dass Südostasien als Ganzes als Zukunftsmarkt gesehen werden konnte. Dennoch wird in dieser Arbeit einzeln auf die Wirtschaftsprozesse in Vietnam, Laos und Kambodscha eingegangen.

Die gemeinsamen Wurzeln von Vietnam, Laos und Kambodscha finden sich in der gemeinsamen Kolonialzeit und als Kolonialgebiet Frankreichs wieder. Die Expansion Frankreichs in Asien begann um 1830, als fünf französische Handelsposten in Indien eröffnet wurden. In Südostasien zeigte Frankreich zuerst Interesse an Vietnam, um sich einen Überlandweg nach Südchina zu schaffen.

2 vgl. BOOTH 2003, S. 159-174

3 KORFF 2003, S. 177

4 Anm: Zu dieser Region werden Festland-Südostasien (Thailand, Myanmar, Vietnam, Laos, Kambodscha) sowie das insulare Südostasien und die malayische Welt (Indonesien, Philippinen, Malaysia, Singapur, Brunei und Osttimor) gezählt.

Zur gleichen Zeit war es bereits zu Spannungen zwischen Vietnam und Frankreich, da französische Missionare am vietnamesischen Kaiserhof in Hue über politische und religiöse Verfolgung berichteten. Auf diese Zwischenfälle hin verstärkte Frankreich seine Präsenz in Vietnam enorm – mit dem bereits erwähnten Ergebnis: 1859 wurde Saigon besetzt, drei Jahre später wurden Südvietnam, Teile Kambodschas und Laos´ von Frankreich eingenommen, 1863 wurde ein französisches Protektorat in Kambodscha eingerichtet, 1876 erfolgte die französische Souveränität über ganz Cochin-China.[5]

Im Laufe der 70er-Jahre erfolgte eine weitere französische Expansion in Richtung Norden, ab 1874 wurden im Zuge eines Abkommens in Hue und Nordvietnam französische Konsuln eingesetzt. Dieses Abkommen und der daraus resultierende politische und wirtschaftliche Druck auf Vietnam führte schließlich 1881-1883 zum Tonkin-Krieg, der letztendlich 1885 in einem französischen Protektorat in Vietnam, Laos, Kambodscha, Annam und Tonkin mündete.[6]

Vincent Houben attestiert für die südostasiatischen Kolonialsysteme fünf gemeinsame Merkmale, durch die diese besondere Staatsform gekennzeichnet war:

1. „Stellung einer westlichen Regierung über die einheimischen Institutionen;
2. eine Kolonialordnung, die durch Militärpräsenz und eine moderne Infrastruktur aufrecht gehalten wurde;
3. eine wirtschaftliche Ausbeutung, die nicht nur die Kosten der Kolonialverwaltung begleichen, sondern darüber hinaus der Staatskasse in Europa direkt oder indirekt Zusatzeinkünfte bringen sollte;
4. eine Kolonialideologie basierend auf der Überzeugung, dass die weißen Europäer den Einheimischen in der Entwicklung weit überlegen waren;
5. eine Kolonialverwaltung, die letztendlich von der Existenz von Vermittlern abhängig war.“[7]

Jahrelang waren Vietnam, Laos und Kambodscha von den oben definierten Merkmalen geprägt, dennoch kam es erst in der Zeit zwischen dem 1. und 2. Weltkrieg zu den ersten Unabhängigkeitsbewegungen: „Die Zwischenkriegszeit war somit gekennzeichnet durch erhebliche Spannungen zwischen Kolonialisierten und Kolonialverwaltung, die von Letzterer weitgehend unterschätzt wurde.“[8] So begannen nationalistische und antikoloniale Personen und Persönlichkeiten, die Kolonialmächte und deren Besitzansprüche massiv in Frage zu stellen. Besonders in Vietnam kam es in den 20er-Jahren zur Bildung von Untergrundorganisationen, die vor allem die wirtschaftliche Ausbeutung des Landes

5 vgl. HOUBEN 2003, S. 15-16

6 vgl. ebda

7 HOUBEN 2003, S. 18

8 REITERER 2003, S. 26

kritisierten. In Laos und Kambodscha hingegen blieben die Proteste gegen die Kolonialherren sehr beschränkt, da aufgrund der geringen Ressourcen in Laos und Kambodscha auch der Einfluss Frankreichs nicht sehr stark zu spüren war.[9]

Auch die Weltwirtschaftskrise konnte den Protest in Französisch-Indochina nicht derart stärken, dass damit politische oder wirtschaftliche Umwälzungen verbunden wären. Zwar kam es aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Lage Frankreichs zu einer noch stärkeren Ausbeutung der Bevölkerung Vietnams, jedoch zu keinen erfolgreichen Aufständen seitens der fremdbestimmten Länder gegen die Kolonialmacht. Vielmehr „bedeuteten die Depressionsjahre eine massive Delegitimation kolonialer Herrschaft, führten sie doch den lokalen Eliten eindringlich vor Augen, dass die Kolonialmächte – sei es in der Steuerpolitik, sei es in der Unterstützung des metropolitanen Kapitals – mit großer Vehemenz eigene, partikulare, westliche Interessen verfolgten und zu einem erfolgreichen Krisenmanagement im Interesse der Bevölkerungsmehrheit nicht bereit waren“.[10]

Im Zuge des 2. Weltkrieges kam es zur japanischen Okkupation Indochinas, da Frankreich nach dem Überfall Hitlers den Japanern gestattete, Stützpunkte im Norden und im Süden Indochinas zu errichten und Truppen zu stationieren.

In Vietnam – und in geringerer Intensität auch in Laos und Kambodscha – kam es ab 1941 zur Bildung einer „nationalen Einheitsfront“[11], die als Ziel das Ende der japanischen Besatzung und die völlige Unabhängigkeit Vietnams, Laos´ und Kambodschas hatte. Geführt wurde die Bewegung von Ho Chi Minh.

Im März 1945 wurde die französische Herrschaft in Indochina offiziell von den Japanern abgelöst und Vietnam, Laos und Kambodscha in die Unabhängigkeit entlassen.[12]

Neben der gemeinsamen Vergangenheit weisen Vietnam, Laos und Kambodscha auch in der Gegenwart zahlreiche Gemeinsamkeiten auf. Neben den tief greifenden wirtschaftlichen und sozialen Umwälzungen, die diese Länder in den letzten Jahren erlebten, fand auch ein demographischer Wandel statt, der für diese Region typisch und nur in wenigen anderen Regionen der Welt in diesem Ausmaß beobachtet werden konnte.[13]

Noch bis in die 1950er-Jahre wurde die Bevölkerungsentwicklung in Vietnam, Laos und Kambodscha als „demographische Anomalie“[14] bezeichnet. Für Demographen war es nicht erklärbar, wie Südostasien neben den überbevölkerten Regionen wie China und Indien ein derart schwaches Bevölkerungswachstum aufweisen konnte. Mittlerweile gehört Südostasien

9 vgl. REITERER 2003, S. 38-39

10 FELDBAUER/ HÖDL 2003, S. 57-58

11 WESSEL 2003, S. 62

12 vgl. WESSEL 2003, S. 62-63

13 vgl. HUSA/ WOHLSCHLAGL 2003, S. 133

14 HUSA/ WOHLSCHLÄGL 2003, S. 133

zu den am dichtesten besiedelten Regionen der Welt, im Jahr 2000 entfielen auf diese Region rund 8,5% der Weltbevölkerungszahl, aber nur 3,4% der gesamten Festlandfläche der Welt.[15]

Der Grund des geringen Bevölkerungswachstums lag lange Zeit an den ökonomisch ungünstigen Bedingungen, wenig effizienten Landnutzungsformen sowie an den militärischen Konflikten der Region. Dieser Argumentationslinie nach lag die geringe Bevölkerungsdichte nicht an den ökologischen Defiziten oder einer geringeren agrarischen Tragfähigkeit der Region.[16]

Eine entgegen gesetzte Argumentation verfolgten hingegen Vertreter des so genannten Green Desert-Paradigmas, die davon ausgehen, dass Südostasien ein „zu geringes landwirtschaftlich nutzbares Naturraumpotenzial aufwies“[17] und in vielen Regionen durch „wenig produktive und erosionsanfällige Böden, ungünstige Niederschlagsverteilung, ungünstige geologische Verhältnisse und dementsprechend […] siedlungsfeindliche Gebiete“[18] zu leiden hatte.

Ende des 19. Jahrhunderts begann das Bevölkerungswachstum Südostasiens an Dynamik zu gewinnen. Die Ursachen dafür lagen unter anderem in der Intensivierung der agrarischen Nutzung, in der Verbesserung der Infrastruktur, in den Erfolgen der Wirtschaftsformen der Kolonialmächte und der daraus resultierenden Einwanderungswelle von Arbeitsmigranten aus Indien und China. Als Resultat der besseren Infrastruktur und den Fortschritten der Hygiene und der medizinischen Verbesserungen sanken die Sterberaten deutlich, die Geburtenraten und die Lebenserwartung begann stetig anzusteigen. Während um 1900 Südostasien eine Bevölkerungszahl von etwa 80 Mio. aufwies, stieg diese um 1930 auf über 140 Mio. an.[19]

Zu einer wahren Bevölkerungsexplosion kam es in den letzten 60 Jahren: Um 1950 hatte die Region ca. 180 Mio. Einwohner, bis zum Jahr 2000 hatte sich die Einwohnerzahl auf mehr als 522 Mio. Einwohner nahezu verdreifacht.[20]

Angesichts dieser demographischen Umwälzungen bedarf es für die Länder Vietnam, Laos und Kambodscha einer detaillierten Analyse, um die stattgefundenen Veränderungen erklären zu können. In den folgenden Kapiteln werden die politischen, wirtschaftlichen und historischen Merkmale dieser drei Länder analysiert.

---

15 vgl. HUSA/ WOHLSCHLÄGL 2003, S. 135

16 vgl. ebda.

17 HUSA/ WOHLSCHLÄGL 2003, S. 135

18 ebda

19 vgl. BÖHN 1986, In: HUSA/ WOHSCHLÄGL 2003, S. 136

20 vgl. HUSA/ WOHLSCHLÄGL 2003, S. 137

1.1.2. Sozialistische Systeme

Sowohl Vietnam als auch Laos und Kambodscha besitzen politische und wirtschaftliche Strukturen, die sozialistischen Systemen ident oder zumindest sehr ähnlich sind. Diese Strukturen sind ein deutliches Merkmal dieser drei Länder und müssen im Rahmen dieser Analyse stets mitbeachtet werden.
Da sozialistische Systeme mit charakteristischen Merkmalen verbunden sind, werden diese Merkmale im folgenden Kapitel aufgezeigt und analysiert. Im Vordergrund stehen dabei die sozialistischen Politik- und Wirtschaftssysteme und deren Kennzeichen.

1.1.3. Sozialistische Demokratie

In der Literatur wird die sozialistische Demokratie als „politische Machtausübung der von der Arbeiterklasse und ihrer […] Partei geführten werktätigen Masse des Volkes, die mit der Errichtung der Diktatur des Proletariats die formale bürgerliche Demokratie überwindet“[21] beschrieben. Durch das Konzept der Diktatur des Proletariats soll eine Form vollkommen neuer, revolutionärer und fortschrittlicher Klassenherrschaft entstehen.[22] Bereits Karl Marx und Friedrich Engels haben in der bürgerlichen Demokratie zwar einen Fortschritt gegenüber dem Mittelalter gesehen, jedoch erschien ihnen dieses System angesichts der Klassengegensätze und der Ausbeutungs- und Machtstrukturen wenig erstrebenswert. Schon im *Kommunistischen Manifest* wird nicht eine klassenneutrale Demokratie gefordert, sondern eine, die „strikt an den Klasseninteressen des Proletariats ausgerichtet“[23] ist. Denn nur dort, wo die Arbeiterklasse die herrschende Klasse ist, sei ein Staat wirklich demokratisch.[24]
Die ökonomische Basis der sozialistischen Demokratie liegt im gesellschaftlichen Eigentum aller an den Hauptproduktionsmitteln. Diese wirtschaftliche Grundlage der sozialistischen Demokratie besteht laut Meyer aus der „Entwicklung der Produktivkräfte und der sozialistischen Produktionsverhältnisse“[25]. Diese beiden Faktoren sieht Meyer als eine Grundvoraussetzung für die Entwicklung des Sozialismus und beschreibt diese ökonomische

21 Kleines Politisches Wörterbuch 41983, S. 858 In: MEYER 1986, S. 409
22 vgl. MEYER 1986, S. 409-419
23 MEYER 1986, S. 410
24 vgl. ebda
25 ebda

Basis als „letztlich bestimmend gegenüber dem politischen Überbau der sozialistischen Demokratie“[26].

Die soziale Basis stellt somit die Bindung der Arbeiterklasse mit den Bauern dar, die kulturelle Grundlage des Sozialismus soll wiederum ein soziales Bildungssystem gewährleisten, welches allen Bürgern die Partizipation daran ermöglicht und die Entwicklung der Menschen zu sozialistischen Personen fördert.[27]
Das Ziel einer sozialistischen Demokratie ist vorrangig die Schaffung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, Meyer beschreibt diesen Vorgang als „zielbewußtes [sic!] politisches Gestalten und Planen, Anleiten und Organisieren, die Produktivkräfte schnell und maximal entfalten, Wissenschaft und Technik optimal nutzen, die Massen erziehen und die sozialistische Demokratie entwickeln“[28].

In Anlehnung an das *Wörterbuch des wissenschaftlichen Kommunismus (1982, S. 300 f)*, versucht Meyer auch eine nähere Beschreibung des politischen Systems der sozialistischen Demokratie zu finden. Demnach sei das Ziel dieses politischen Systems, „alle Werktätigen unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei mit dem Ziel der bewußten [sic!] Durchsetzung der objektiven Gesetzmäßigkeiten umfassend“[29] zu organisieren.
Laut Meyer sind für ein erfolgreiches politisches System der sozialistischen Demokratie folgende Faktoren unerlässlich:[30]

1. die Partei als treibende Kraft und als Zentrum der Gesellschaft
2. der sozialistische Staat als Hauptinstrument zur Durchführung der Parteientscheidungen
3. die gesellschaftlichen Organisationen (Gewerkschaften, Jugend- und Frauenorganisationen, etc.) als Instrumente politischer Mobilisierung und Mitwirkung
4. die Arbeitskollektive als wichtige Basiseinheit der Partizipation im ökonomischen Bereich
5. die Massenkommunikationsmittel als Instrument zur einheitlichen Informationspolitik gegenüber der Bevölkerung
6. andere Parteien (z.B.: Nationale Front) als Zusammenschluss aller Parteien unter der Führung der kommunistischen Partei

26 MEYER 1986, S. 410
27 vgl. MEYER 1986, S. 410-411
28 MEYER 1986, S. 411
29 MEYER 1986, S. 412
30 vgl. MEYER 1986, S. 412

7. die Normen und Direktiven von Staat und Partei als Ordnungsinstrument für das gesellschaftliche Zusammenleben
8. die politische Tradition und politische Kultur als zusätzliches Mobilisierungsinstrument

Diese acht Faktoren sollen demnach die Rolle des Staates und der Partei gegenüber der Bevölkerung stärken, gleichzeitig soll aber „die Verantwortung und Mitwirkung der gesellschaftlichen Organisationen und der Arbeitskollektive“[31] zunehmen. Im Idealfall sollen demnach die beiden Akteure – Staat und Partei sowie die gesellschaftlichen Organisationen – einander ergänzen und somit die weitere Entwicklung der sozialistischen Demokratie fördern.

Den oben erwähnten Punkten entsprechend, ist auch in Vietnam und Laos die Partei die maßgebende Kraft im Land. Während in Vietnam die CPV (*Communist Party of Vietnam*) das Land lenkt, ist dies in Laos die LPRP (*Lao People´s Revolutionary Party*). In Kambodscha regiert eine Koalitionsregierung aus der CPP (*Cambodian People´s Party*) und der FUNCINPEC (*National United Front for an Independent, Neutral, Peaceful, and Cooperative Cambodia*). Der Koalitionsregierung gegenüber sitzen die Oppositionsparteien SRP (*Sam Rainsy Party*), die NRP (*Norodom Ranariddh Party*) und die *Human Rights Party*. Lange Jahre war Kambodscha jedoch von der PDK (*Party of Democratic Kampuchea*) geführt worden.[32]

Wie oben angeführt, stellen in kommunistischen Systemen gesellschaftliche Organisationen ein wichtiges Instrument zur politischen Mobilisierung dar und agieren im Allgemeinen als verlängerter Arm der politisch führenden Partei. Besonders in Vietnam ist diese Struktur weit verbreitet. Neben der CPV treten die *Vaterland Front* als politische Partei sowie der Bauernverband, die Frauenunion und die Jugendbewegung als gewerkschaftliche Gruppierungen auf. Die Existenz der Vaterland Front wird von vietnamesischen Beamten oft als Merkmal eines Mehrparteiensystems herangezogen. So betont die Vietnamesische Regierung auf ihrer Internetseite, dass die CPV die Anliegen aller Parteien, darunter auch der Vaterland Front, respektiert. Somit wird die Vaterland Front als vorhandene Oppositionspartei präsentiert, wobei sie strukturell nur ein Zusammenschluss von CPV-Mitgliedern ist.[33]

Die strukturelle Basis der sozialistischen Demokratie sind die zahlreichen Organisationsprinzipien und Institutionen. So sollen in der sozialistischen Demokratie die politischen und sozialen Grundrechte der Bevölkerung „nicht nur verbal, sonder auch real

31 MEYER 1986, S. 413

32 vgl. http://www.state.gov/r/pa/ei/bgn/2732.htm

33 vgl. LE 2007, S. 4

gewährleistet werden“[34], dies soll einerseits durch die neuen politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse sowie durch die verbesserten materiellen und kulturellen Bedingungen der Bürger gelingen.
Jedoch betont die sozialistische Demokratie auch, dass es neben den Grundrechten der Bevölkerung auch eine Anzahl von Pflichten für die sozialistische Gesellschaft gäbe, diese seien für die „Festigung der sozialistischen Ordnung“[35] unbedingt notwendig.
Strukturell enthält die sozialistische Demokratie einige Elemente und Grundzüge des Rätesystems, Meyer nennt hier beispielsweise die Einheit der Gewalten, die Verantwortlichkeit und Weisungsgebundenheit der Mandatsträger, die Wahl aller Inhaber von Führungspositionen in Exekutive und Justiz sowie die Rechenschaftspflicht, Absetzbarkeit und ständige Kontrolle aller Amtsträger.[36]
Dem sozialistischen System entsprechend werden in Vietnam alle Führungsposten der Exekutive und der Justiz durch das 14-köpfige Politbüro der CPV gewählt, in Laos führt Postenbesetzungen das 11-köpfige Politbüro der LPRP durch.[37]
In Kambodscha hingegen sind dies Entscheidungen der Koalitionsregierung.

Auch ihre Aufgaben als Ordnungsinstrument (siehe Punkt 7. in der oberen Aufstellung) nimmt die CPV bzw. die LPRP durchaus ernst. Nach wie vor ist weder in Vietnam und Laos noch in Kambodscha die Pressefreiheit gewährleistet, in Massenmedien wie Zeitung und Fernsehen sind oppositionelle Bewegungen nicht präsent.

Grundsätzlich ist die sozialistische Demokratie somit eine repräsentative Demokratie und enthält nur selten Elemente direkter Demokratie. Zusätzlich beansprucht die sozialistische Demokratie die Gewährleistung der sozialistischen Gesetzlichkeit für sich: „Begründung und Legitimation aller politischen und juristischen Akte durch eine demokratisch verabschiedete Verfassung als oberste, die sozialistische Demokratie begründende und wahrende Rechtsform.“[38]

34 ebda
35 MEYER 1986, S. 413
36 vgl. ebda
37 vgl. http://www.state.gov/r/pa/ei/bgn/2770.htm
38 MEYER 1986, S. 414

1.1.4. Sozialistische Wirtschaftssysteme

In der Literatur wird unter dem Begriff Wirtschaftssystem „die Gesamtheit von Regeln, Institutionen und Realbeziehungen, die Wirtschaftsprozesse bestimmen“[39], verstanden.
Angesichts dieser Definition kann prinzipiell anhand zweier Kriterien zwischen kapitalistischem und dem für diese Arbeit interessanten sozialistischen Wirtschaftssystem unterschieden werden: Einerseits mit dem Unterscheidungskriterium des Eigentums an den Produktionsmitteln, andrerseits mit dem Kriterium des Zentralisierungsgrades des wirtschaftlichen Systems.[40] So befinden sich die Produktionsmittel im kapitalistischen System auch in Privateigentum, während im sozialistischen Wirtschaftssystem Kollektiv- oder Gesellschaftseigentum an Produktionsmitteln vorherrscht. Beim Systemmerkmal des Zentralisierungsgrades wird wiederum zwischen einer zentral gelenkten Wirtschaft – unter den Begriffen der zentralen Planwirtschaft oder Zentralverwaltungswirtschaft – und einer Verkehrswirtschaft – öfter auch Marktwirtschaft genannt – unterschieden.
Während lange Zeit die Meinung herrschte, dass Sozialismus zwangsläufig mit Planwirtschaft und Kapitalismus unweigerlich mit Marktwirtschaft einhergehen – wie dies auch die häufig verwendeten Formulierungen wie sozialistische Planwirtschaft und kapitalistische Marktwirtschaft unterstreichen – wird nun deutlich, dass es bei beiden Formen dieser Wirtschaftssysteme durchaus zu Vermischungen kommen kann. Besonders deutlich wird die Bewegung hin zu einer neuen Kombination der beiden Wirtschaftssysteme anhand des Beispiels von Vietnam - und der dort vorherrschenden sozialistischen Marktwirtschaft - in Kapitel 1.2.1. und in Kapitel 4.5. dieser Arbeit.

Kosta teilt in seiner Analyse der sozialistischen Wirtschaftsysteme die Struktur dieser Systeme in vier Subsysteme ein:[41]

1. das System der Entscheidungsträger
2. das System der Planung und Lenkung
3. das System der Arbeitsmotivationen
4. das System der Zielsetzungen

Anhand des ersten Subsystems – dem System der Entscheidungsträger – soll geklärt werden, wer in einem sozialistischen System grundsätzlich über die Produktion, Allokation und Verteilung von Gütern entscheidet. Während die Produktion von öffentlichen Gütern wie etwa Straßen, Schulen und Krankenhäuser sowohl im Kapitalismus als auch im

39 HÖHMANN 1986, S. 443
40 vgl. KOSTA 1986, S. 443-444
41 vgl. KOSTA 1986, S. 444-445

sozialistischen System stark vom politischen System dominiert wird, kommen im Sozialismus „noch weit stärkere Befugnisse politischer Institutionen auf zentraler sowie betrieblicher Ebene“[42] hinzu. In Vietnam, Laos und Kambodscha wären diese politischen Institutionen in erster Linie die CPV in Vietnam, die LPRP in Laos und die Koalitionsregierung in Kambodscha.

Im Bereich der Planung und Lenkung tritt im sozialistischen Wirtschaftssystem vorwiegend die Aufstellung von volkswirtschaftlichen Planzielen statt, diese werden kurzfristig (1-4 Jahre), mittelfristig (5-10 Jahre) und langfristig (etwa 10-20 Jahre) angelegt.[43] Realisiert werden diese Planziele entlang der zentralen, der regionalen, der sektoralen sowie der betrieblichen Ebene. Die wirtschaftspolitische Planung findet hierbei in Form von einer Kombination von naturalwirtschaftlichen Rechnungseinheiten (Stückzahl, Gewicht, Längenmaßen, etc.) sowie von monetären Größen (Preise, Kosten, Gewinn, etc.) statt.[44]
Besonders in Vietnam wurde die Erstellung von Wirtschaftsplänen lange Zeit verfolgt. Vor allem der 1986 beschlossene und unter der Bezeichnung *Doi Moi* (Erneuerung) bekannte Fünfjahresplan veränderte Vietnam wirtschaftlich nachhaltig. In Laos war dies der auch im Jahr 1986 vorgestellte Fünfjahresplan *New Economic Mechanism*. Beide Wirtschaftsprogramme hatten zum Ziel, die jeweiligen Volkswirtschaften in Richtung Wirtschaftsliberalisierung zu lenken, günstigere Handels- und Wirtschaftsbedingungen zu schaffen sowie mehr FDI ins Land zu bringen.

Im Subsystem der Arbeitsmotivation ist es interessant zu analysieren, inwieweit in einem sozialistischen System die angestrebte Solidarmotivation greifbar wird. Trotz dieser erstrebten politisch-moralischen Motivation werden im sozialistischen System noch weitere – zumeist ökonomische – Anreize für einen Erfolg der Planung und Lenkung geschaffen.[45]
Die Zielsetzungen des sozialistischen Systems sind abhängig vom jeweiligen Planziel des Systems. Laut Kosta geht es dabei grundsätzlich um das „einzuschlagende Wachstumstempo, die angestrebte sektorale Struktur (Proportionen zwischen Industrie und Landwirtschaft, Schwerindustrie und Leichtindustrie, Produktion und Infrastruktur, Akkumulation und Konsumtion), um die Regionalentwicklung und […] die Außenwirtschaftsstrategie“[46]. Im Falle Vietnams und der Doi Moi Reform war das Ziel vor allem die Öffnung des Marktes und die damit verbundenen Vorteile und positiven Auswirkungen aus dem Welthandel.

42 KOSTA 1986, S. 444

43 vgl. KOSTA 1986, S. 435

44 vgl. KOSTA 1986, S. 444-445

45 vgl. ebda

46 KOSTA 1986, S. 445

Obwohl es zwischen den erwähnten vier Subsystemen nicht zwingend einen Zusammenhang gibt, so bestehen in einem sozialistischen System starke Abhängigkeiten zwischen Politik und Wirtschaft. So findet sich auch im Wirtschaftssystem das Macht- und Entscheidungsmonopol in den Reihen der sozialistischen Partei. Diese herrschende Partei und deren Parteiapparat nehmen eine derart starke Vormachtstellung im wirtschaftlichen System ein, dass Kosta hier die Schwächen des sozialistischen Wirtschaftssystems konstatiert: „Dieser Zusammenhang hat häufig zu einer Außerachtlassung ökonomischer – etwa monetärer und motivationaler – Kriterien geführt; ein Umstand, der sich auf die wirtschaftliche Entwicklung äußerst ungünstig ausgewirkt hat.“[47]

Als eines der wesentlichsten Steuerungselemente im sozialistischen Wirtschaftssystem gilt die sozialistische Wirtschaftsplanung durch zentralisierte politische Instanzen und Institutionen.
Lange Zeit gingen die in den sozialistischen Ländern installierten Einrichtungen und Arbeitsweisen auf das Vorbild der ehemaligen Sowjetunion zurück.
Durch das Zusammentreffen von sozialistischer Wirtschaftsplanung und moderner Industrie entstanden zwar zahlreiche neue Modifikationen sozialistischer Wirtschaftssysteme, an der Basis greifen sie dennoch auf die wesentlichen Merkmale der Wirtschaftplanung der UdSSR zurück. So wird die Planung nicht nur als ein alternatives Mittel zur freien Marktwirtschaft gesehen, sondern auch als Instrument „zur Durchsetzung ökonomischer und außerökonomischer Mobilisierungsziele der Führung“[48].
Höhmann nennt für die Entstehung der charakteristischen zentralisierten Struktur der sozialistischen Wirtschaftplanung folgende Faktoren:[49]

1. die wirtschaftliche und politische Ausgangslage des Landes, zumeist geprägt von industrieller und ökonomischer Unterentwicklung
2. die Ausrichtung der Ziele der sozialistischen Führung auf „Einholen und Überholen“[50] westlicher Industriestaaten
3. die besondere wirtschaftgeographische Struktur des Landes, welches zumeist über reiche Ressourcen verfügt
4. das Ziel der sozialistischen Führung, die sozialistische Planung nicht nur für ökonomische, sondern auch für politische Zwecke zu instrumentalisieren

47 KOSTA 1986, S. 445

48 HÖHMANN 1986, S. 432

49 vgl. HÖHMANN 1986, S. 432

50 ebda

5. die in den sozialistischen Ländern vorherrschende Ideologie des Marxismus-Leninismus, in der das Prinzip der sozialistischen Planung als wesentliches Merkmal genannt wurde

Sowohl Vietnam, Laos als auch Kambodscha waren nach den langjährigen kriegerischen Auseinandersetzungen wirtschaftlich stark angeschlagen. Die Großindustrie lag brach, die zerstörte Infrastruktur erlaubte vorerst kein stärkeres Wirtschaftswachstum. Innerhalb weniger Jahre wurde – vor allem in Vietnam – die Devise des *Einholens und Überholens* tatsächlich ausgerufen und verfolgt.

Höhmann beschreibt die sozialistische Wirtschaftplanung als eine „umfassende, zentrale und vollzugsverbindliche Planung der volkswirtschaftlichen Produktions-, Investitions-, Innovations-, Verwendung- und Verteilungsprozesse“[51]. Wie oben bereits erwähnt, können diese Prozesse kurz-, mittel- und langfristig angelegt sein. Höhmann betont jedoch, dass diese sozialistische Wirtschaftplanung sowohl im Ablauf ihrer Prozesse, als auch im Zeithorizont variieren und aufgelockert werden kann: „Unter den offiziell-systemzugehörigen Formen der Auflockerung lassen sich im wesentlichen 1. die planintegrierten Märkte, 2. die Restsektoren privaten Produktionsmitteleigentums, 3. die administrative Dezentralisierung und 4. die ökonomische Dezentralisierung unterscheiden.“[52]

Unter den Auflockerungen oder Adaptionen im Bereich der planintegrierten Märkte können beispielsweise die freie Berufswahl oder Arbeitsplatzwahl genannt werden, die sehr wohl mit sozialistischer Wirtschaftsplanung vereinbar sind.

Beim privaten Produktionsmitteleigentum zeigt in den sozialistischen Ländern die Neugründung zahlreicher kleinerer Privatbetriebe die Auflockerung der Planung, in diesen Bereichen wird auch die Preisbildung zumeist den Privatbetrieben überlassen.[53]

Die administrative Dezentralisierung wiederum zeigt sich bei der Verlagerung der Entscheidungsmacht auf untergeordnete Ebenen des wirtschaftlichen Systems, die wirtschaftliche Dezentralisierung auf der anderen Seite räumt den Betrieben einen gewissen Spielraum im Rechts- und Finanzbereich ein.[54]

Den Planungsprozess als solchen beschreibt Höhmann als einen zeitaufwendigen, komplizierten und „wegen des Ineinandergreifens und Aufeinanderfolgens der Pläne“[55] auch als kontinuierlichen Prozess. Im Bezug auf die Dauer der Pläne sieht Höhmann den Fünfjahresplan als deutlich am häufigsten angewandten Zeithorizont, unter anderem auch

51 HÖHMANN 1986, S. 432

52 HÖHMANN 1986, S. 433

53 vgl. HÖHMANN 1986, S. 433

54 vgl. ebda

55 HÖHMANN 1986, S. 435

aufgrund der Tatsache, dass ihre Erstellung sich ideal mit den meist im Fünfjahresrhythmus abgehaltenen Parteikongressen der kommunistischen Führung ergänzt.[56]
Zu den Methoden der sozialistischen Wirtschaftsplanung gehören die Bilanzmethode, die Planziffernmethode, die Methode der Planung vom erreichten Stand, der Einsatz ökonomischer Hebel sowie der sozialistische Wettbewerb.

Diese an Höhmann angelehnte Definition und Beschreibung der sozialistischen Wirtschaftssysteme und deren Planung stellt nur eine grobe Skizze dar, die im Grunde auf das sozialistische Wirtschaftssystem der ehemaligen Sowjetunion zugeschnitten ist. Dennoch werden in den kommenden Kapiteln einzelne Aspekte dieses Wirtschaftssystems und der sozialistischen Wirtschaftsplanung auch auf die Systeme in Vietnam, Laos und Kambodscha angewandt. Vietnam wird hierbei in den Kapiteln 1.2.1 und 4.5. behandelt, Laos in 1.2.2. und 4.6. und Kambodscha in den Kapiteln 1.2.3 und 4.5. analysiert.

1.1.5. Kritik

In seiner umfassenden Analyse des sozialistischen Wirtschaftssystems geht Höhmann auf die Stärken, aber auch auf die Schwächen dieser Systeme ein. Eine der Hauptstärken sieht Höhmann in der Fähigkeit, „die Wirtschaftskraft der sozialistischen Länder auf politisch gesetzte Prioritäten zu lenken“[57].
Die Schwächen der sozialistischen Wirtschaftssysteme und deren Planung zeigen sich dadurch, dass die drei Hauptaufgaben der Planung nicht mehr ausreichend gelöst werden können. Diese drei Hauptaufgaben sieht Höhmann in der „Steuerung der Wirtschaft im Sinne der ökonomischen und politischen Leitvorstellungen der Führung, möglichst reibungslose Koordinierung der arbeitsteiligen Produktions-, Verwendungs- und Verteilungsprozesse sowie effizienter Einsatz der Produktionsfaktoren bei zunehmender Faktorenknappheit“[58].
In Bezug auf diese Aufgaben der Planung wird ein nicht zu unterschätzendes Planungsrisiko deutlich. Denn je längerfristiger die Wirtschaftsplanung angelegt wird, desto höher wird das Planungsrisiko durch den weiter entfernten Zeithorizont.
Besonders anhand des Beispiels Vietnams wird deutlich, wie vorsichtig mit Planzielen umgegangen werden muss. Jahrelang war ein Wirtschaftswachstum unter 8% als Rückschritt betrachtet worden, mittlerweile stuft die WKO (Wirtschaftskammer Österreich) Vietnam als eine überhitzte Volkswirtschaft ein.[59] Steigende Lebensmittelpreise, überhöhte

56 vgl. ebda
57 vgl. HÖHMANN 1986, S. 439
58 HÖHMANN 1986, S. 439
59 vgl. WKO 2008, S. 3

Ölpreise und die begründete Angst vor einem Nachfragerückgang in den USA lassen die Ratingagentur *Fitch Ratings* Vietnam nicht mehr als stabile, sonders als *negative* Volkswirtschaft einstufen. So könnte das Wirtschaftswachstum Vietnams für 2008 nicht die erhofften 8,5% betragen, sondern unter Umständen nur etwa 6% - das bei einer erwarteten Inflationsrate von bis zu 30% für 2008.[60]

Eine weitere Schwäche der sozialistischen Wirtschaftsplanung beschreibt Höhmann unter dem Stichwort „dysfunktionales Antwortverhalten der Betriebe“[61]. Darunter werden Verhaltensweisen der Betriebe verstanden, die auf Kosten der gesamtwirtschaftlichen Interessen eine bessere Positionierung bzw. Ausgangslage zur Planerfüllung schaffen sollen. So gehört zu diesen Verhaltensweisen etwa die Hortung von Arbeitskräften, da diese im Vergleich zu anderen Plankennziffern nur gering zählen und der Betrieb so trotz ineffizienter Arbeitsplatzpolitik subventioniert werden kann.[62]
Neben diesen Handlungsweisen der Betriebe zählt auch die schwerfällige Bürokratie zu den Schwächen der sozialistischen Wirtschaftssysteme. Trotz einer gewünschten zentralisierten Planung sind die Handlungsprozesse stark zersplittert, Befehlsabfolgen sind nur schwer nachzuvollziehen. Zusätzlich spielen politische und behördliche Sonderinteressen in die zentralisierte Planung hinein und verstärken die Ineffizienz und Aufblähung des Planapparates. Neben der fehlenden Effizienzkontrolle und der Schwerfälligkeit der Bürokratie kommt noch das Auftreten von Korruption hinzu.

1.2. Die historische und politische Entwicklung Vietnams, Laos´ und Kambodschas

1.2.1. Vietnam

Bereits für die Zeit um 200 v. Chr. belegen Funde in Nordvietnam die Existenz friedvoller, wirtschaftlicher Beziehungen.[63] Diese Beziehungen beschränkten sich in der Literatur auf den innerostasiatischen Raum, ohne Vietnam explizit als Akteur eines florierenden Handels zu seinen Nachbarvölkern zu erwähnen.
Ein wirtschaftlich starker Akteur in diesem Zeitraum war der zentralasiatische Raum um China, der die Seidenstraße als Verbindung zum Westen installierte und intensiven Handel mit dem mediterranen und europäischen Raum betrieb.[64]

60 vgl. WKO 2008, S. 3
61 HÖHMANN 1986, S. 440
62 vgl. HÖHMANN 1986, S. 440-441
63 vgl. SCHOLZ 2005, S. 11
64 vgl. SCHOLZ 2005, S. 12

Die Zeit von 111 – 939 n. Chr. stand im Zeichen der chinesischen Besatzung in Vietnam, wo nach und nach die politische Organisation, die Bürokratie sowie das Feudalsystem der Mandarine übernommen und Chinesisch zur Amtsprache in Vietnam wurden. Im 7. Jahrhundert bildete sich in Nordvietnam in der Gegend von Hanoi das erste vietnamesische urbane Zentrum und Vietnam trat immer stärker als die von China geplante Land- und Wasserverbindung zwischen China und Südostasien, Indien und dem arabischen Raum auf.[65] Durch China erfolgte 972 die Anerkennung der Unabhängigkeit des ersten Viet-Staates – des *Dai-co-Viet*.[66]

Nach Ende der chinesischen Besatzungszeit folgte eine Periode mehrerer vietnamesischer Dynastien, die mit wechselndem Erfolg den vietnamesischen Außenhandel vorantrieben. Für die Zeit nach 1370 lässt sich laut Scholz[67] jedenfalls ein deutlich stärkerer Wirtschaftshandel zwischen Vietnam und seinen Nachbarregionen feststellen, gehandelt wurde vor allem mit Metall, Gold und Silber, in geringerem Ausmaß auch mit Keramik und Seide.

Um 1600 kam es zu einem deutlichen Aufschwung der südostasiatischen Wirtschaft. In Europa wurde die Nachfrage nach asiatischem Pfeffer immer stärker und auch der Export von Gold, Edelholz und Seide von Südostasien nach Europa nahm deutlich zu.

Dieser äußerst aktiven Handelsphase zwischen Vietnam und Europa folgte ab etwa 1850 eine deutliche Abkühlung des Handelsklimas zwischen diesen beiden Regionen. Vietnam schottete sich aus Angst vor expansionistischen Interessen Europas immer stärker ab und konzentrierte sich nun mehr auf den innersüdostasiatischen Handel. Diese erwähnten Expansionsabsichten sah Vietnam vor allem im dem immer stärker werdenden europäischen Missionarsnetz in Südostasien welches als Bedrohung für den Konfuzianismus wahrgenommen wurde. Immer öfter kam es zu dieser Zeit zu Übergriffen auf französische Missionare, welche letztendlich zum Eingreifen französischer Streitmächte zum Schutz der Missionare führten.[68] Dieses Eingreifen weitete sich jedoch immer stärker in Richtung Aufbau einer Kolonialherrschaft durch die Franzosen in Vietnam aus. Neben dem Argument der Protektion der Missionare dürften auch politische und ökonomische Ziele der Franzosen eine wichtige Rolle gespielt haben: „Ein Hintergedanke der Franzosen war dabei neben den Zielen, das Ansehen der französischen Nation zu vergrößern sowie im imperialistischen Wettstreit Geltung zu erlangen, definitiv auch die Erlangung ökonomischer Vorteile wie insbesondere der Errichtung einer Handelsroute von Vietnam nach China über den Mekong.“[69] 1883 schrieb etwa das *Journal des Chambres de commerce*:

65 vgl. STEINBERG 1997, S. 670

66 vgl. BURO/ GROBE 1984, S. 35

67 vgl. SCHOLZ 2005, S. 14

68 vgl. SCHOLZ 2005, S. 35

69 SCHOLZ 2005, S. 36

> „Alle Gebiete Frankreichs sind an der Erschließung dieses großen Absatzmarktes interessiert… Marseille wegen seiner Reedereinen, Lyon der Seide wegen, Bordeaux, Nantes und Le Havre wegen des Imports von Kolonialwaren. Die Eroberung von fast 15 Millionen neuen Verbrauchern, von Märkten, wo unsere Industrieerzeugnisse mit Leichtigkeit gegen Rohstoffe ausgetauscht werden könnten, verdient bestimmt unsererseits einige Anstrengungen. Die strategische Besetzung des Roten Flusses entspricht nur unvollkommen den Wünschen des französischen Handels. Wenn wir ernsthaft dazu beitragen wollen, die Wirtschaftskrise abzuwehren, brauchen wir den Roten Fluß [sic!] als Handelsweg, d.h. wir brauchen ganz Tongking mit seinen 15 Millionen Einwohnern."[70]

Nachdem die Franzosen an der Errichtung dieser Handelsroute gescheitert waren, erklärten sie schließlich 1867 ganz Cochinchina zur französischen Kolonie, im Jahr 1884 folgten schließlich noch Annam und Tonkin (auch Tongking genannt). 1896 wurde mit der Übernahme von Kambodscha und Laos Französisch-Indochina geformt.

In den ersten Jahren von Französisch-Indochina konnte Frankreich seine Rolle als wirtschaftlicher Akteur in der Region nur bedingt stärken. Die Schlüsselhandelswaren Reis und Baumwolle lagen in den Händen der Chinesen und Inder, auch der Finanzsektor war deutlich britisch, deutsch, chinesisch und indisch geprägt. Der Außenhandel Französisch-Indochinas war überwiegend englisch und deutsch geprägt, in Saigon liefen vorherrschend deutsche und französische Handelsschiffe ein.[71]
Durch die Bevorzugung französischer Güter durch das indochinesische Zollsystem konnte Frankreich letztendlich seine Importe dorthin verstärken und mit Französisch-Indochina einen attraktiven Absatzmarkt für seine Produkte gewinnen.
In Zusammenhang mit den Exporten nach Frankreich diente die Kolonie hauptsächlich als Nahrungsmittelproduzent – industrielle Güter wurden auf Grund des von Frankreich aufrechterhaltenen Mangels an Industrieanlagen so gut wie nicht exportiert.

1945 wurde Vietnam von den Japanern für unabhängig erklärt. Es folgte ein achtjähriger Guerillakrieg der Viet Minh – der Liga für die Unabhängigkeit Vietnams[72] – gegen die Kolonialbesetzung in dem sich letztendlich letztere durchsetzen konnte und die Franzosen bezwang. Als Folge davon wurde der Norden unabhängig und im Süden entstand 1954 unterhalb des 17. Breitengrades Südvietnam.

---

70 „Journal des Chambres de commerce" vom Mai 1883; zitiert nach CHESNEAUX 1963, S. 139; In: STROBL 1995, S. 10

71 vgl. BROETEL 1971, S. 29-31

72 vgl. CUNNINGHAM et al. 2005, S. 43

Im kapitalistischen Südvietnam begann noch unter französischer Führung die Errichtung einer Exportindustrie auf Basis von Rohstoffprodukten. Südvietnams Präsident Diem bekräftigte zwar die wirtschaftliche Öffnung seines Landes und lud ausländische Investoren ein, im Land tätig zu werden. Die tatsächliche Wirtschaftspolitik Südvietnams schuf jedoch ein äußerst ungünstiges Investitionsklima, sodass weder zahlungskräftige Investoren gewonnen werden konnten noch der Exporthandel aufgrund der mangelnden Industrie im Land angekurbelt werden konnte. Buro und Grobe meinen zur wirtschaftlichen Lage in Südvietnam: „Als Propaganda-Slogan war das Wort vom südvietnamesischen Wirtschaftswunder geprägt worden. Die Wirklichkeit war anders: ein bankrotter Staat, der von den USA nur durch Subventionen am Leben erhalten wurde.“[73]
1972 konnten nur mehr knapp 3% der Importe nach Vietnam von den Exporten finanziert werden, der Haushalt der Regierung konnte nur zu 7% aus eigenen Mitteln finanziert werden – 93% des Haushaltsbudgets mussten vom Ausland beigesteuert werden.[74]
Bei den Handelsexporten galt Südvietnam bis 1964 als einer der vier Hauptexporteure[75] von Reis. Daneben exportierte Südvietnam vorwiegend Holz, Tee, Kaffee, Gewürze sowie Gummi – vor allem in die USA, nach Frankreich, Japan und Kambodscha. Besonders sichtbar wurde der wirtschaftliche Absturz Südvietnams während der Kriegsjahre. Während 1956 etwa 160.000 Tonnen Reis exportiert wurden, stieg diese Zahl 1963 sogar weiter auf über 320.000 Tonnen. 1967 – bloß vier Jahre später – musste Südvietnam bereits 770.000 Tonnen Reis importieren – überwiegend aus den USA. Durch die Kriegsjahre als Reisimporteur wurde Südvietnams Abhängigkeit von den USA noch deutlicher und Versorgungsengpässe mit Nahrungsmitteln waren nach Kriegsende unausweichlich.

1970 soll die USA erkannt haben, dass eine funktionierende Wirtschaft die Vorraussetzung für einen militärischen Erfolg ist.[76] Deshalb wurden ab 1971 die Hilfsbeträge für Südvietnam deutlich gekürzt und amerikanische Berater sollten für eine erfolgreiche kapitalistische Integration Südvietnams in die Weltwirtschaft sorgen.
Aus zwei Gründen waren diese Pläne der USA jedoch nicht von Erfolg gekrönt: Einerseits hatte die vietnamesische Bevölkerung angesichts ihrer bedrohlichen Situation kein Interesse an einer Integration in die westliche Wirtschaft, andrerseits herrschte im Land auch vor dem Kriegsbeginn keine stabile politische und wirtschaftliche Lage, zusätzlich wurde die südvietnamesische Wirtschaft im Laufe der Kriegsjahre noch weiter geschwächt. So sehen Buro/ Grobe ein sehr tristes Bild vom damaligen Wirtschaftswunder Südvietnam:

73 BURO/ GROBE 1984, 45

74 vgl. BURO/ GROBE 1984, S. 45-46

75 viertgrößter Reisexporteur hinter den Ländern Burma, Thailand und China

76 laut SCHOLZ 2005, S. 63

> „Als die Saigoner Regierung unter dem Ansturm der nordvietnamesischen Armee kapitulierte, war seine Herrschaft aufgrund der sozialen und ökonomischen Verhältnisse längst zerbrochen. Inflation und Massenelend, Arbeitslosigkeit und Korruption hatten ein nie gekanntes Ausmaß erreicht. […] Saigon hinterließ ein in den sozio-ökonomischen Strukturen äußerst schwieriges Erbe.“[77]

Der militärische Konflikt hatte dem wiedervereinten Vietnam ein schwieriges Erbe hinterlassen. Im Süden, wo industrielle Anlagen nicht bombardiert worden sind, hatte die Region mit schweren sozialen Folgen zu kämpfen: „eine Million Verwundete und Verkrüppelte, […], 800 000 Weisen, 500 000 Prostituierte und etwa 10 Millionen Flüchtlinge von einer Gesamtbevölkerung des Südens von 24 Millionen, die zum großen Teil vom Land in die Städte geschwemmt worden waren“.[78]
In Nordvietnam hatten wiederum die Bombardements enorme Zerstörungen angerichtet: „Von 30 nordvietnamesischen Städten wurden 28 angegriffen und zwölf völlig zerstört, von 5788 Gemeinden bombardierte die US-Luftwaffe etwa 4000 und zerstörte 300 vollständig. […] Das gesamte Verkehrssystem wurde mehrmals zerstört; 3000 Schulen, 350 Krankenhäuser und 10 Millionen Quadratmeter Wohnfläche dem Boden gleichgemacht.“[79]
Für die wirtschaftliche Entwicklung war aber die fast vollständige Zerstörung der Schwerindustrie, der Kraftwerke und der Grundstoffindustrien am schwerwiegendsten.

Das BSP 1977 betrug 8,4 Mrd. USD, das BSP pro Kopf lag bei 160 USD, Scholz spricht in diesem Zusammenhang sogar von einem BSP pro Kopf von 70-140 USD [80]. Der Beitrag der einzelnen Wirtschaftssektoren zeigt deutlich, dass Vietnam gesamt weiter in Richtung einer Agrargesellschaft gerückt war: Die Landwirtschaft trug 1977 zu 40%, die Industrie (und Handwerk) zu etwa 29% und der Dienstleistungssektor zu knapp 16% zum BSP bei. Die restlichen Anteile am BSP wurden vom Bergbau und sonstigen Tätigkeiten eingenommen.[81]
Trotz der überwiegenden Konzentration auf die Agrarwirtschaft schaffte es Vietnam in den Jahren 1975 – 1981 nicht, eine positive Bilanz der Lebensmittelproduktion zu erreichen, vielmehr blieb am Ende jedes Jahres ein Defizit von bis zu 6 Mio. Tonnen – bei einer Gesamtproduktion von 12-16 Mio. Tonnen.[82]
Auch die Höhe der Entwicklungshilfe war in den Jahren 1976 bis 1980 enorm, Vietnam erhielt Zuschüsse in der Gesamthöhe von 9 Mrd. USD. Davon kamen 1,5 Mrd. USD von den

77 BURO/ GROBE 1984, S. 46
78 BURO/ GROBE 1984, S. 48
79 ebda
80 vgl. SCHOLZ 2005, S. 73
81 vgl. BURO/ GROBE 1984, S. 56
82 vgl. BURO/ GROBE 1984, S. 58

westlichen Ländern[83], darunter auch Österreich mit einem Zuschuss von 3,5 Mio. USD. Den größten Anteil an den Hilfszahlungen hatten die RGW-Länder[84], die Entwicklungshilfe in der Höhe von 6 Mrd. USD leisteten.[85]

Trotz des am Vierten Kongress der Kommunistischen Partei Vietnams im Dezember 1976 beschlossenen zweiten Fünfjahresplans mit dem Ziel, eine „materielle und technische Basis für den Sozialismus zu schaffen“[86], gelang in den kommenden Jahren kein merklicher wirtschaftlicher Aufschwung. Vielmehr wurde Vietnam immer stärker von seinen Handelspartnern China und der Sowjetunion abhängig. Auch die Beitritte Vietnams zur Weltbank, zum Internationalem Währungsfonds sowie zur Asiatischen Entwicklungsbank führten zu keiner spürbaren Entspannung der Wirtschaftslage.

Erst zu Beginn der 80er Jahre begannen die im zweiten Jahresplan beschlossenen Reformen, Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation des Landes zu zeigen: die landwirtschaftliche und industrielle Produktion begannen leicht zu steigen, die Nahrungsmittelversorgung konnte besser gesichert werden und private Unternehmen konnten leichter in den teilweise freien Markt einsteigen. Auch die große Zahl an Staatsbetrieben wurde mit einer weitergehenden Autonomie versehen, weiter wurde die Bildung von Außenhandelsorganisationen genehmigt, die Produktionsüberschüsse exportieren durften. Gedämpft wurde diese wirtschaftliche Stimmung von der anhaltenden hohen Inflationsrate, die gesamtwirtschaftlich zu einer Verschlechterung des Lebensstandards der Bevölkerung führte. Somit zählte Vietnam auch 1986 weiterhin zu den ärmsten Ländern der Welt.[87]

Ab den 1980er Jahren erlebte die Region um Thailand einen bemerkenswerten ökonomischen Aufschwung. Während Thailand von Beginn an von diesem Aufschwung profitieren konnte, ließ der Wirtschaftsboom in Vietnam weiter auf sich warten. Die Folgen des Krieges sowie die Ausrichtung des Landes in Richtung Sozialismus ermöglichten erst mit einiger Verspätung einen Konjunkturaufschwung des Landes.

Ein nicht unwesentlicher Grund für diese positive Wirtschaftsentwicklung war der Reformprozess Doi-Moi, der auf dem sechsten Parteikongress 1986 verabschiedet wurde.

---

83 Schweden, Norwegen, Dänemark, Finnland, Belgien, Italien, Österreich, England, Schweiz, Kanada, Frankreich

84 RGW: Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe; damalige Mitgliedsländer waren die Sowjetunion, Polen, Rumänien, Bulgarien, Ungarn, die Tschechoslowakei, Albanien, die DDR, Vietnam (ab 1978)

85 vgl. BURO/ GROBE 1984, S. 59-60

86 Die Kommunistische Partei Vietnams 1977, In : BURO/ GROBE 1984, S. 65

87 vgl. SCHOLZ 2005, S. 80-81

Die Doi-Moi Reform erfuhr durch den Zusammenbruch der Sowjetunion und der dadurch ausbleibenden Hilfszahlungen an Vietnam einen neuerlichen Aufschwung. Ziel der Doi-Moi Reform war unter anderem eine merkbare Wirtschaftsliberalisierung, die Einführung von Eigentümerrechten, eine freie Handelspolitik sowie die Förderung von FDI. Weitere Ziele waren eine Reformierung des Steuersystems und eine Liberalisierung und Privatisierung der staatseigenen Unternehmen (SOEs).[88]

Angesichts dieser hochgesteckten Ziele ist es nicht verwunderlich, dass nur ein Bruchteil dessen, was durch den Doi-Moi Prozess reformiert werden sollte, auch tatsächlich einer grundlegenden Evaluation unterzogen wurde.

Prema-chandra Athukorala beschreibt die Situation nach Doi-Moi so:

> „By 1992 the reform process had become irreversibly entreched, although much remains to be done in order to create a full-fledged market economy. In spite of recent reforms and reform commitments, the Vietnamese trade regime still remains complex and highly restrictive. [...] Despite the unfinished nature of the policy agenda, the outcome of the reform process has been impressive."[89]

Im Zuge des Doi-Moi Programmes wurden in vielen Bereichen[90] private, kapitalistische Wirtschaftseinheiten sowie verschiedene Formen von Beteiligungen erlaubt. Auch staatliche Unternehmen wurden berechtigt, autonomer und freier zu agieren.

Begleitend zu diesen Reformen fand schließlich auch eine Öffnung der Außenwirtschaft Vietnams statt. Um der bisher vorhandenen Isolierung Vietnams den südostasiatischen Nachbarstaaten und den westlichen Industrieländern gegenüber entgegenzuwirken, versuchte die vietnamesische Führung von nun an, die Attraktivität des vietnamesischen Marktes durch Steuerbegünstigungen und ansprechende Investitionsbedingungen merkbar zu steigern. Auch der Bericht des UNDP sprach von einer gerade noch rechtzeitigen Öffnung Vietnams: „It is very fortunate that Viet Nam was able to adjust its foreign investment policies to benefit from the East Asia foreign investment „boom" during the mid-1990s."[91]

Als Folge der Doi-Moi Reformen stieg die Attraktivität des vietnamesischen Marktes tatsächlich spürbar an, bereits zwischen 1991 und 1995 entfielen über 27% der Gesamtinvestitionen in Vietnam auf Auslandsinvestitionen und mehr als 5000 ausländische Unternehmen aus über 60 Ländern wurden in Vietnam aktiv.[92]

---

88 vgl. HUYNH 2004, S. 28-41

89 ATHUKORALA et al. 2000, S. 18

90 Von diesen Wirtschaftsvergleichen ausgenommen waren die Waffenproduktion, der Druckereibereich sowie das Bankwesen. Vgl. SCHOLZ 2005, S. 82

91 http://www.undp.org.vn/undp/does/2001/UNinASEAN/UNASEAN.pdf, S. 146

92 vgl. SCHOLZ 2005, S. 82-83

Im Rahmen der erfolgreichen schrittweisen Erneuerungspolitik in Richtung einer sozialistischen Marktwirtschaft erfuhr die vietnamesische Wirtschaft demnach durchaus ansehnliche Achtungserfolge in Form von überdurchschnittlichen Wachstumsraten und starken Exportsteigerungen. Als Folge der Doi-Moi Reformen erhöhte sich in Vietnam auch die Rate der Privatinvestitionen stark, besonders in der südlichen Region um Ho Chi Minh City sorgten Investoren aus Japan, Taiwan, Hong Kong, Singapur, Südkorea, den USA, Großbritannien, Deutschland und Frankreich für einen wahren Wirtschaftsboom.
Ein merkbarer Wandel fand bei den Handelspartnern Vietnams im Bereich des Import- und Exporthandels statt:

> „Die Strategie der wirtschaftlichen Öffnung für viele Länder, durch die es auch zum Abbau von Zöllen sowie Import- und Exportbeschränkungen kam, führte dazu, dass sich der Anteil kapitalistischer Länder am vietnamesischen Außenhandel immer mehr vergrößerte […]. Während 1987/1988 noch drei Viertel des Außenhandels mit der osteuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft abgewickelt wurde, reduzierte sich dieser Anteil 1991 auf unter 10%, bis 1992 sogar auf 5% […].[93]

Der Beitritt Vietnams zu ASEAN[94] 1995 bedeutete eine weitere Belebung des Außenhandels mit den südostasiatischen Nachbarstaaten. Auch die Wiederaufnahme der Wirtschaftsbeziehungen zu China 1989/90 und das Ende des Wirtschaftsembargos der USA 1994 brachten einen deutlichen wirtschaftlichen Aufschwung für Vietnam.

In den Jahren 1991-1996 betrug das Wirtschaftswachstum in Vietnam durchschnittlich 8%, diese Wachstumsraten sorgten auch für einen Anstieg des BIP pro Kopf von 140 USD auf über 290 USD. Während in den 80er Jahren das Wirtschaftswachstum von einer hohen Inflationsrate[95] begleitet worden war, schaffte es Vietnam, diese Rate von über 30% im Zeitraum 1990-1995 auf knapp 4% in 1997 zu senken.[96]

Trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs wurde auch Vietnam von der asiatischen Finanzkrise 1997/98 erfasst. Das Exportwachstum konnte sich noch kurze Zeit halten und betrug 1997 22,2%, stürzte jedoch 1998 auf unter 4% ab. Das Importwachstum sank von über 38% in 1996 auf -2,3% in 1998.

---

93 SCHOLZ 2005, S. 91

94 ASEAN: Association of South East Asian Nations (Mitglieder: Brunei Darussalam, Kambodscha, Indonesien, Laos, Malaysien, Myanmar, Philippinen, Singapur, Thailand, Vietnam)
vgl. http://www.aseansec.org/74.htm (Download 12. Februar 2008)

95 Im Jahr 1989 betrug die Inflationsrate sogar 400%! vgl. ATHUKORALA et al. 2000, S. 18

96 vgl. ATHUKORALA et al. 2000, S. 18

1996 hatte der landwirtschaftliche Sektor über 27% Anteil am BIP, was deutlich über dem Anteil des primären Sektors in Thailand lag, jedoch deutlich unter dem Anteil in den anderen südostasiatischen Ländern. Der industrielle Sektor betrug etwa 31% des BIP, was wiederum deutlich unter dem in Thailand, jedoch klar über dem Anteil in den restlichen Ländern in der Region lag. Der Dienstleistungssektor hatte immerhin einen Anteil von ca. 40% am BIP.

Politisch gesehen ist Vietnam nach wie vor ein sozialistischer Staat. Seit dem Doi-Moi Reformprozess öffnete sich das Land nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch in Richtung eines marktwirtschaftlich orientierten Sozialismus. Die politische Öffnung beschränkte sich jedoch auf außenpolitische Kontakte, innenpolitisch war im Ein-Parteien-Land Vietnam politischer Pluralismus nie vorgesehen.[97]
So hält nach wie vor die CPV ein politisches Machtmonopol inne, sie ist der Regierung, der Verwaltung und der Armee übergeordnet.
Das Parlament (Nationalversammlung) hat 498 Mitglieder und wird alle fünf Jahre gewählt. Bei der Wahl zur Nationalversammlung kam die CPV im Mai 2002[98] auf 447 von 498 Sitzen, im Mai 2007[99] gar auf 450 Sitze. Eine organisierte Oppositionspartei existiert nicht, die restlichen Sitze nahmen laut Weltalmanach 2007[100] Nichtparteimitglieder und Unabhängige ein[101]. Die Richtlinien der Politik bestimmt das 14-köpfige Politbüro, das 9-köpfige Sekretariat ist für die laufenden Parteigeschäfte zuständig und steuert die Regierungspolitik entscheidend. Der derzeitige und als reformorientiert geltende Generalsekretär ist Nong Duc Manh. Beschlüsse des Politbüros besitzen Gesetzeskraft und können somit Gesetze einsetzen bzw. außer Kraft setzen.[102]
Das höchste Parteiorgan der CPV ist das 160-köpfige Zentralkomitee, welches zweimal im Jahr tagt.
Staatsoberhaupt in Vietnam ist der durch die Nationalversammlung gewählte Vorsitzende, Staatspräsident Nguyen Minh Triet, gewählt 2006. Auch der Ministerpräsident wird von der

97 vgl. FISCHER 1997, S. 74

98 vgl. WELTALMANACH 2007, S. 512

99 vgl. https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/vm.html

100 vgl. WELTALMANACH 2007, S. 512

101 laut Mai Anh Le (vgl. LE 2007, S. 4) existieren neben der CPV noch weitere Gruppierungen: die Vaterland Front, der Bauernverband, die Frauenunion und die Jugendbewegung. Diese Gruppen sind jedoch keine Oppositionsparteien, da sie von der CPV und der Regierung unterstützt und finanziert werden. Als wirkliche Oppositionsparteien könnten die Democratic Party of Vietnam, die People´s Democratic Party Vietnam oder die Alliance for Democracy gelten, diese werden jedoch von der CPV nicht anerkannt und werden deshalb im Land nicht als politische Akteure wahrgenommen (vgl. https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/vm.html).

102 vgl. BULLINGER 1995; in: FISCHER 1995, S. 73

Nationalversammlung nominiert, auf dem 10. Parteitag der CPV in Hanoi wurde dabei der bisherige Vizepremier Nguyen Tan Dung zum Regierungschef ernannt.[103]

Die Volksarmee Vietnams ist nach wie vor eine wichtige politische Kraft im Politiksystem, nach der CPV und der Regierung besitzt sie den größten politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Einfluss auf die Entscheidungsprozesse im Land. Das Netzwerk zwischen Armee, Partei und Regierung ist sehr stark, häufig werden politische und militärische Funktionen in einer Person zusammengefasst. Wirtschaftlich spielt die Armee auch als Großgrundbesitzer und Unternehmer eine dominante Rolle.

Grundsätzlich ist das politische System in Vietnam in einem top-down Prinzip in vier Ebenen gegliedert: der Zentralebene, der Provinzebene, der Distriktebene und der Kommunalebene.[104] Zur Zentralebene gehören die Nationalversammlung, die Regierung, der Staatpräsident und das Volksobergericht. Unter der Zentralebene befindet sich die Provinzebene, zu der die großen Städte wie Hanoi, Ho Chi Minh City oder Hai Phong gehören. Darunter befinden sich die Distrikt- und Kommunalebene.
Auf jeder dieser vier Ebenen gibt es ein People´s Council (PC) und ein People´s Committee (PCOM). Die Anzahl der Mitglieder des PCOM wird auf der jeweiligen Ebene bestimmt, auf Provinzebene sind es neun bis elf Mitglieder, in Distrikten sieben bis neun und in der Kommune drei bis fünf Mitglieder.
Das Volk wählt alle fünf Jahre die Vertreter des PCs direkt, dieses vertritt dann das Volk vertritt und wählt auch die Mitglieder des PCOM. Das PCOM ist das exekutive Organ der Kommune und wird vom PC kontrolliert. Personen, die in den PC gewählt werden, können nur mit Billigung des Präsidenten des PCOM der nächst höchsten Ebene das Amt antreten.

Die Verbindung zwischen dem Volk und der ersten Ebene funktioniert über einen Dorfvorsitzenden oder Kommunenleiter, der alle fünf Jahre direkt und durch absolute Mehrheit durch die Dorf- oder Kommunalversammlung gewählt wird. Seine Aufgabe ist es, die Forderungen der höheren Ebenen zu erfüllen, dazu gehören unter anderem die Weiterleitung von Informationen an die Bevölkerung, alle sechs Monate ein Bericht über die eigene geleistete Arbeit als auch der Besuch von politischen Schulungen durch die Regierung.

103 vgl. https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/vm.html
104 vgl. LE 2007, S. 4

Als Bindeglied zwischen der Regierung und den unteren Ebenen fungieren Gruppierung wie die Vaterland Front oder der Bauernverband. Sie verbinden die Zentralebene mit den unteren Ebenen und sind zuständig für die Umsetzung der Staatsinteressen.[105]

1.2.2. Laos

Seine erste historische Erwähnung findet Laos als das Königreich Lan-Xang, welches sich im 14. Jahrhundert bis in die Regionen Thailands, Kambodschas, Burmas und Vietnams ausweitete. Im 18. Jahrhundert wurde das Königreich in mehrere Fürstentümer geteilt und teilweise von Thailand annektiert.

Die Franzosen erklärten Laos 1893 zu ihrem Protektoratgebiet, gewährten dem laotischen König aber weiterhin die Verwaltungsmacht über das Land. Diese währte jedoch nur kurz, bereits 1899 vereinigten die Franzosen die verfeindeten Fürstentümer in einer Union und übernahmen die Oberhoheit. Zwar durften die laotischen Adelsfamilien ihre Privilegien behalten, für die mittlere Verwaltungsebene des Landes wurden jedoch dem System gegenüber loyal eingestellte Vietnamesen ins Land gebracht.[106]

Im Gegensatz zu der Situation in Vietnam begannen die Franzosen in Laos erst relativ spät mit der Erschließung des Landes und der Ausbeutung der Bodenschätze. Neben dem Zinnbergbau konzentrierten sich die Franzosen wirtschaftlich ausschließlich auf die Förderung der Opiumproduktion.[107] Auch die infrastrukturellen Herausforderungen des Landes wurden von der französischen Kolonialmacht nur bedingt in Angriff genommen: So verfügten um 1945 nur etwa 1% der Bevölkerung über die Möglichkeit, eine Grundschule zu besuchen, weiter absolvierten zu dieser Zeit gerade 200 Studenten eine Mittelschulausbildung.[108]

Im Zuge des 2. Weltkrieges besetzten die Japaner Laos und übernahmen von den Franzosen die Kontrolle über das Land. Nach der Kapitulation der japanischen Truppen sah der laotische Adel seine privilegierte Position durch die von der Bevölkerung unterstützten Bewegung *Lao Issara* gefährdet und rief die französischen Besatzer ins Land zurück.

Als Reaktion auf die Rückkehr der Franzosen gründete Souvannuvong 1949 die Bewegung *Pathet-Lao* (Nationales Laos), laut Luther eine „bäuerliche Befreiungsfront, deren Hauptziel es war, die Franzosen wieder aus dem Land zu vertreiben und die nationale Unabhängigkeit zu erkämpfen“[109].

105 vgl. ebda

106 vgl. LUTHER 1978, S. 388-397

107 vgl. AWO 2008, S. 38

108 vgl. LUTHER 1978, S. 397

109 LUTHER 1978, S. 397

Mit dem Ende des 1. Indochinakrieges gewährte Frankreich Laos die formale politische Unabhängigkeit, die Verwaltungsmacht blieb jedoch weiterhin bei der politischen Elite und den *eingeführten* Vietnamesen der Mittelschicht. Diese politische Führung stieß in der Bevölkerung auf heftigen Widerstand, da die Herrscherfamilien maximal 15% der Gesamtbevölkerung repräsentierten.[110] Der Widerstand äußerte sich schließlich im Ergebnis der ersten demokratischen Wahlen in Laos 1958: Die Pathet-Lao-Bewegung gewann die Mehrheit der Sitze und kam somit „auf parlamentarischem Wege an die Macht"[111].
Die Bildung der 1. Linkskoalition Laos´ scheiterte schließlich nicht zuletzt am enormen politischen und wirtschaftlichen Druck der USA, welche mit der Einstellung der wirtschaftlichen Entwicklungshilfe drohten und so den endgültigen Erfolg der Links-Bewegung noch zu verhindern versuchten. Vielmehr kam es zur Errichtung eines von Frankreich und den USA unterstützen royalistischen Parlamentssystems, das jedoch nie die Unterstützung der Pathet-Lao für sich gewinnen konnte.[112]

Die Anhänger der Pathet-Lao-Bewegung zogen sich daraufhin ins benachbarte Vietnam zurück und führten von dort aus einen bewaffneten Widerstand gegen die irregulär an die Macht gekommene Regierung in Vientiane.[113]
Nach der Eskalation dieses Bruderkrieges gingen 6000 amerikanische Soldaten an der thailändisch-laotischen Grenze in Stellung, um notfalls mit einem Militärschlag eine Machtübernahme durch die kommunistischen Truppen zu verhindern.
Mit dem Vertrag von Genf 1962 wurde Laos´ Unabhängigkeit nochmals bekräftigt und alle ausländischen Truppen und Militärberater aufgefordert, das Land zu verlassen. Doch trotz dieser international gestalteten Befriedung des Konflikts blieben die Rivalitäten zwischen den einzelnen politischen Gruppierungen im Lande weiter bestehen und drohten bereits bei der nächsten Zuspitzung der Situation zu eskalieren.
Zu dieser befürchteten Eskalation kam es schließlich im Zuge der Zuspitzung im Vietnamkonflikt, die zu einer weiteren Polarisierung und weiteren Konfrontationen zwischen den politischen Kräften in Laos führte.[114] Ab 1964 transformierte sich die 2. Koalitionsregierung zu einer pro-amerikanisch orientierten Führung, als Konsequenz auf diese Entwicklung zog sich die Pathet-Lao-Bewegung aus der Koalition zurück. Im Zuge dieser Veränderungen war Laos bereits fast vollständig auf amerikanische Finanzhilfe angewiesen, die USA finanzierten das Militär, versuchten mit zahlreichen Finanzspritzen die

110 vgl. LUTHER 1978, S. 397
111 ebda
112 vgl. AWO 2008, S. 38
113 vgl. LUTHER 1978, S. 397
114 vgl. LUTHER 1978, S. 398

steigende Inflation in Griff zu bekommen und glichen auch den stark defizitären Budgethaushalt der Regierung in Vientiane aus.[115]
Mit dem Abzug der USA aus Vietnam fand auch die finanzielle Unterstützung Laos´ ein jähes Ende. Sämtliche Hilfslieferungen der USA an Laos wurden eingestellt; die politische und wirtschaftliche Lage im Land wurde immer prekärer:

> „1974 kam es noch zur Gründung einer III. Koalitionsregierung. Parallel mit dem Abzug der Amerikaner verließen große Teile der laot. Oberschicht und die Mehrzahl der französischen und chinesischen Geschäftsleute das Land, ohne von den Pathet-Lao daran gehindert zu werden. Der Exodus umfaßte [sic!] vor allem die pro-amerikanischen >Klienten-Eliten< [sic!], und damit fiel ein wichtiges Hindernis für die Integration der beiden so unterschiedlich entwickelten Zonen des Landes weg.“[116]

Luther beschreibt die politische Rolle und geographische Lage Laos´ zwischen China und Indien als eine Art „Korridor-Zone oder […] Pufferstaat“[117], als ein Königreich ohne „tiefverwurzelte Tradition von kultureller und politischer Identität wie etwa das im Süden angrenzende Khmer-Reich“[118].

Viele Jahre wurde der kommunistische Einparteien-Staat stark leninistisch geführt, bis er aufgrund grober Wirtschaftsprobleme und der Einstellung der Unterstützung durch die ehemalige UdSSR zu einem Liberalisierungskurs gezwungen wurde. So wurde auf dem 5. Parteikongress 1991 ein wirtschaftlicher Reformkurs beschlossen, der sogar Eingang in die Verfassung fand. Doch auch dieser neu eingeschlagene Kurs änderte nur sehr wenig an der politischen Lage in Laos.[119]
In der politischen Struktur des Landes sah Luther „nur ein Wirrwarr von auseinanderstrebenden Fürstentümern und Stammesinteressen“[120] mit einer „starken, linksorientierten Befreiungsbewegung, die ihre Basis in den ländlichen Gebieten hat, im Kampf mit einer von den USA unterstützten korrupten Regierung, die sich als immer unfähiger erweist, die wichtigsten Probleme des Landes zu lösen und sich nur noch mit Hilfe ihrer auswärtigen Verbündeten und einer starken Armee wenigstens in den Städten an der Macht halten kann“[121].

115 vgl. ebda
116 LUTHER 1978, S. 398
117 LUTHER 1978, S. 399
118 ebda
119 vgl. AWO 2008, S. 39
120 LUTHER 1978, S. 399
121 ebda

Trotz Liberalisierungsplänen ist Laos nach wie vor ein kommunistischer Staat, welcher in allen Bereichen von der LPRP, der einzigen offiziellen Partei des Landes, regiert wird.
Ähnlich der Struktur in Vietnam wird die politische und wirtschaftliche Linie der LPRP vom 11-köpfigen Politbüro bestimmt und von den 55 Mitgliedern des Zentralkomitees getragen.
Alle fünf Jahre findet die Wahl zum Parlament (Nationalversammlung) und seiner 115 Mitglieder statt, auch die Wahl des Staatsoberhauptes durch das Parlament findet im fünfjährigen Rhythmus statt. Die Nationalversammlung bestätigte am Juni 2006 Choummaly Sayasone als Staatsoberhaupt, Regierungschef ist Bouasone Bouphavenh.[122]
Alle Gesetze werden von der Nationalversammlung beschlossen, auch die in 2003 novellierte Staatsverfassung.[123]
Im März 2006 beschlossen die knapp 500 Delegierten der LPRP am 8. Parteikongress den bereits 6. Fünfjahresplan, für die Periode 2006-2010. Ziel dieses Fünfjahresplanes ist die wirtschaftliche Entwicklung des Landes, welche durch staatliche Initiativen und einen Ausbau des privaten Sektors erreicht werden soll. Eine wirtschaftliche Öffnung des Landes ist im Plan nicht vorgesehen und so dürfte Laos für ausländische Investoren auch in Zukunft kein interessantes Zielland sein.
Auch eine politische Öffnung hat das Land noch nicht in vollen Maßen vollzogen. Trotz Beitrittes zu ASEAN (1997) und dem Antrag auf Beitritt zur WTO (1998) bleiben die politischen Beziehungen des Landes stark auf die Staaten der ehemaligen Sowjetunion konzentriert. Dennoch überwiegen als Handelspartner stark Thailand, Vietnam und China.[124]

1.2.3. Kambodscha

Kambodscha trat in die überlieferte Geschichte erst um die Zeit des 3.- 6. Jahrhunderts n. Chr. Zu dieser Zeit kam es zur Gründung des Reiches von Fu-nan, welches bis ins 12. Jhdt. existierte und dort mit der Schaffung der Tempelstadt Angkor Wat seine kulturelle Blüte erreichte.
Mit dem Tod des Herrschers Jayavarman VII um 1200 n.Chr. setzte der Untergang des Reiches Angkor ein, 1431 wurde Angkor von den Thais erobert und der königliche Hof nach Phnom Penh verlegt.[125]
Die folgenden Jahrhunderte war Kambodscha stets politischem und militärischem Druck von zwei Seiten ausgesetzt: einerseits dem Druck Thailands im Norden und Westen, wo schließlich auch Provinzen geopfert werden mussten, andererseits dem Druck Vietnams im

122 vgl. WELTALAMANCH 2007, S. 309
123 vgl. http://www.state.gov/r/pa/ei/bgn/2770.htm
124 vgl. ebda
125 vgl. Kreile 1978, S. 313-327

Osten, wo Vietnams Expansionsabsichten stark nach Kambodscha reichten. Dieser stete Druck auf Kambodscha baute sich schließlich derart auf, dass das Land um 1840 faktisch unter „thailändisch-vietnamesischer Doppelherrschaft“[126] stand.

1854 erbat König Ang Duong die Hilfe Frankreichs zur Stärkung des Widerstandes gegen den permanenten thailändisch-vietnamesischen Druck, dem Kambodscha ausgesetzt war. Frankreich jedoch war primär an der Ausweitung seiner Kolonie Cochin-China interessiert, und so musste König Ang Duong unter militärischen Druck die Errichtung eines Protektorats in Kambodscha akzeptieren. 1887 schließlich wurde Kambodscha der Union Indochina – dem Zusammenschluss Cochin-China mit den Protektoraten Annam, Tonkin, Kambodscha und Laos - unterstellt.[127] Zwar bewahrte diese Protektoratsherrschaft Kambodscha vor äußerer Bedrohung, sie führte das Land jedoch in eine politische und wirtschaftliche Abhängigkeit von Frankreich.[128] Die von Vietnam aus geführte Union Indochina führte auch zu einer verstärkten Expansionspolitik Vietnams gegenüber Kambodscha: „Das Einströmen vietnamesischer Plantagearbeiter und die Niederlassung zahlreicher vietnamesischer Händler und Handwerker schuf langfristig ein gefährliches innenpolitisches Konfliktpotential“[129] und führte zu einer „Umstrukturierung des Landes zu einer auf das Mutterland [Frankreich, Anm.] ausgerichteten peripheren Ökonomie“[130].

Nach der Besetzung Indochinas durch die Japaner proklamierte König Sihanouk am 12. März 1945 die Unabhängigkeit Kambodschas, welche jedoch von den Franzosen nicht anerkannt wurde. Erst 1949 wurde Kambodscha als Mitgliedsland der Union Indochina formal in die Unabhängigkeit entlassen, Frankreich behielt jedoch weiterhin die Verwaltung der Justiz, der Streitkräfte, der Wirtschaft und der Außenpolitik.

Bereits um 1945 kam es in Kambodscha zu einem merklichen Erstarken von oppositionellen politischen Kräften, allen voran die von *Son Ngoc Thanh* gegründete republikanische Unabhängigkeitsbewegung *Khmer Issrak* (Freies Kambodscha), die vor allem unter den Intellektuellen und Mönchen Kambodschas auf starke Unterstützung stieß und vom Untergrund aus einen bewaffneten Kampf gegen die französischen Besatzer führte. Weitere Akteure der Unabhängigkeitsbewegung in Kambodscha waren das von dem Viet-Minh unterstütze *Komitee zur Befreiung des kambodschanischen Volkes* sowie die *Demokratische Partei*, welche vom Prinzen Sisowath Youtevong geführte wurde und einerseits den legalen Kampf gegen Frankreich forderte, andrerseits den Kampf der Khmer Issrak förderte.[131]

126 KREILE 1978, S. 314

127 vgl. KREILE 1978, S. 314

128 vgl. AWO 2008, S. 23

129 KREILE 1978, S. 314

130 ebda

131 vgl. KREILE 1978, S. 315

Die wachsenden oppositionellen Kräfte zwangen König Sihanouk zum Handeln: „am 9.11.1953 verkündete Sihanouk die völlige Unabhängigkeit K.s [Kambodschas, Anm.] zu einem Zeitpunkt, als sich Frankreichs Niederlage in Vietnam deutlich abzeichnete“[132].

1955 trat Sihanouk als König zurück und übergab sein Amt an seinen Vater, nicht ohne vorher die konstitutionelle Monarchie in ein „personalistisches Regime umzuwandeln, das Elemente traditionaler Legitimation mit plebiszitären Herrschaftstechniken verband“[133]. Im Zuge dieser Umformierung der politischen Mächte blieb der Opposition nur die Wahl zwischen Anschluss an die von Sihanouk gegründete, geführte und in der Nationalversammlung am stärksten vertretene Bewegung *Sangkum Reastr Niyum* (Sozialistische Volksgemeinschaft) oder der Gang in den Untergrund.

Trotz des beinahe totalitär geführten Regimes spricht der Asienwissenschafter Kreile Sihanouk doch gekonnte außenpolitische Schritte zu:

> „Sihanouks außenpolitische Leistung lag darin, daß [sic!] es ihm durch eine geschickte Neutralitätspolitik gelang, K. [Kambodscha, Anm.] aus den Fronten des Indochinakrieges herauszuhalten. 1967 nahm K. [Kambodscha, Anm.] volle diplomatische Beziehungen mit Hanoi und der nationalen Befreiungsfront Südvietnams auf.“[134]

Jedoch verringerte sich mit dem Erstarken der konservativen Kräfte nach und nach Sihanouks innenpolitischer Spielraum und zahlreiche Intellektuelle schlossen sich den Widerstandsbewegungen der *Khmer Rouge* an.

Im März 1969 wurde Kambodscha im Zuge des Vietnamkrieges von amerikanischen Flugzeugen bombardiert, um die Nachschubwege des Vietcongs zu unterbrechen.[135]

1970 wurde Sihanouk während eines Auslandsaufenthaltes mit Wissen des Premierministers Lon Nol und dem Prinzen Sirik Matak durch proamerikanische Widerstandskämpfer gestürzt, auf diesen Putsch folgte ein fünfjähriger Bürgerkrieg in Kambodscha, der durch die amerikanische Intervention noch weiter an Intensität gewann. Im April 1975 marschierten die Roten Khmer in Phnom Penh ein, ihrer 44-monatigen Herrschaft fielen über eine Million Menschen zum Opfer.

Das Ende des Krieges stellte eine einschneidende Zäsur in der Geschichte Kambodschas dar, Kreile meint hierzu: „Der Krieg, der mit der Einnahme Phnom Penhs durch die Roten Khmer im April 1975 endete, stellt eine so einschneidende Zäsur in der Geschichte dieser

132 vgl. KREILE 1978, S. 315

133 KREILE 1978, S. 315

134 ebda

135 vgl. AWO 2008, S. 23

Entwicklungsgesellschaft dar, daß [sic!] viele Daten zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung K.s [Kambodscha, Anm.] vor 1970 nur noch von historischem Interesse sind.“[136]

Ende 1978 marschierte die vietnamesische Armee in Kambodscha ein, errichtete eine *Vietnam-freundliche* Regierung und beendete die Herrschaft der Roten Khmer.
In den folgenden Jahren bildeten die zwei kambodschanischen Widerstandsgruppen[137] und die Roten Khmer eine Koalition mit dem vorrangigen Ziel, die vietnamesischen Besatzer aus Kambodscha zu vertreiben. 1989 verließ die vietnamesische Armee das Land.[138]
1991 unterzeichnete die von Vietnam installierte Regierung sowie die Widerstandskoalition der Roten Khmer den Friedensvertrag von Paris und Prinz Sihanouk konnte nach Kambodscha zurückkehren. Gemäß dem Abkommen übernahm die von den Vereinten Nationen geführte *United Nations Transitional Authority in Cambodia* (UNTAC) die Regierungsgeschäfte und die Verwaltung des Landes. Obwohl im Vertrag von Paris niedergeschrieben, weigerten sich die Roten Khmer, die Entwaffnung der eigenen Gruppierungen durchzuführen.[139]

1993 fanden unter Aufsicht der UN Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung statt. Dabei enthielt die FUNCINPEC 45%, die Cambodian People´s Party (CPP) der früheren Regierung kamen auf 38%. Zwischen diesen beiden Parteien wurde schließlich eine Koalitionsregierung vereinbart.
Bei den Wahlen 1998 kam es abermals zu einer Koalitionsregierung zwischen FUNCINPEC und der CPP, im Jahr 2003 ebenfalls.[140] Bei den letzten Wahlen im Juli 2008 kam die CPP auf 58%, die Sam Rangsi Party (SRP) auf 22%.[141]
Vor dem Ausbruch des Bürgerkrieges war die Wirtschaftsstruktur Kambodschas zum großen Teil auf die Subsistenz-Landwirtschaft ausgerichtet. Noch 1970 nahm der industrielle Sektor bloß 20% des BSP ein. Das Pro-Kopf-Einkommen betrug Ende der 60er Jahre knapp 120 USD. Das Hauptprodukt der Agrarwirtschaft war Reis, in den 60er Jahren produzierte Kambodscha für den Export einen Reisüberschuss von etwa 100 000 – 200 000 Tonnen pro Jahr.[142]

136 KREILE 1978, S. 316

137 Anm.: Die von Prinz Sihanouk unterstützte Gruppe National Front for an Independent, Neutral, Peaceful and Cooperative Cambodia (FUNCINPEC) war an dieser Koalition beteiligt, sowie auch die Partei des früheren Ministerpräsidenten Son Sann, die Khmer People´s National Liberation Front.

138 vgl. AWO 2008, S. 24

139 ebda

140 vgl. AWO 2008, S. 24

141 vgl. https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/cb.html

142 vgl. KREILE 1978, S. 317

Neben der Reisproduktion existierte auch ein exportorientierter Kautschuk-Plantagensektor in der Landwirtschaft, der jedoch zum größten Teil in französischen Besitz war.
Die am weitesten verbreitete Bewirtschaftungsform in Kambodscha war zu dieser Zeit der Familienbetrieb; da laut Kreile „mehr als 90% der Bauern Landeigentümer waren“[143], war die Zahl der besitzlosen Bauern nur sehr gering.

In der Zeit um die Unabhängigkeit 1965 verfügte Kambodscha über einen nur sehr schwach ausgeprägten industriellen Sektor. Die Produktion beschränkte sich auf nur leichte Industriegüter wie Reis- und Ölmühlen, Handwerkserzeugnisse wie Töpfe, Lederverarbeitung, geschmiedete Metallwaren oder auf die Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse in Gummifabriken.
Ähnlich wie in der wirtschaftlichen Entwicklung Vietnams stellten sich mit der Unabhängigkeit Kambodschas zwar erste Pläne für die Formierung eines schwerindustriellen Sektors im Land ein, diese wurden jedoch rasch als unrealistisch wieder verworfen. Vielmehr konzentrierte sich die politische Elite auf die Gewinnung und Verarbeitung vorhandener Rohstoffe sowie auf die Schaffung einer kapitalintensiveren Industrie wie die Zementherstellung oder die Erdölraffinierung.[144]

Der Außenhandel Kambodschas war um die Zeit um 1965 meist defizitär. Die Defizite - die im Jahr 1969 sogar knapp 40 Mio. USD ausmachten - wurden zumeist durch Auslandshilfe ausgeglichen.
Zu dieser Zeit war Frankreich Kambodschas wichtigster Handelspartner, was zum großen Teil daran lag, dass Kambodscha Teil der Union Indochina und somit der Franc-Zone war. Die wichtigsten Ausfuhrgüter um 1968 waren Reis und Rohkautschuk – und sind es teilweise bis heute.
1964 schuf das Khmerregime ein Außenhandelsmonopol, das *Société Nationale d´ Exportation et d´ Importation*; in der Absicht, die starke Wirtschaftsstellung der chinesischen Kaufleute zu brechen und eine stärkere Kontrolle des Außenhandels zu ermöglichen. Im Bereich der chinesischen Vormachtstellung konnte das Regime kleine Erfolge verbuchen, in Hinblick auf die Kontrollwirkung über die Außenwirtschaft meint jedoch Kreile: „Korruption und Nepotismus blühten jedoch auch unter dem neuen Außenhandelsregime.“[145]

Einem sozialistischen Wirtschaftssystem entsprechend charakteristisch, wurden zügig verschiedene Wirtschaftsprogramme erlassen: Bereits 1956/57 wurde ein

143 KREILE 1978, S. 317
144 vgl. KREILE 1978, S. 318
145 KREILE 1978, S. 320

Zweijahresprogramm mit Investitionen in Höhe von 3,5 Mrd. Riels (1967: 1000 Riels = 28,57 USD[146]) verabschiedet; 90% der Investitionen dieses Zweijahresplans wurden durch ausländisches Kapital finanziert. 1960-1964 folgte der erste Fünfjahresplan, dessen Ziel auf den Ausbau des Verkehrssystems ausgelegt war. Ein zweites, für 1966 geplantes Wirtschaftsprogramm, musste aufgrund der Einstellung der amerikanischen Entwicklungshilfe verschoben werden und konnte erst für die Jahre 1968-1972 realisiert werden.

Mit Ausbruch des Krieges kam die Wirtschaft des Landes nahezu vollständig zum Erliegen: Die Reisproduktion und Kautschukverarbeitung gingen stark zurück, die Versorgung der Stadtbevölkerung konnte nicht mehr aufrechterhalten werden. Bis 1975 lebte Kambodscha beinahe ausschließlich von amerikanischer Entwicklungshilfe, jährlich floss amerikanische Militär- und Wirtschaftshilfe in der Höhe von über 560 Mio. USD ins Land.[147]

Politisch gesehen war Kambodscha seit der Genfer Indochina-Konferenz 1955 unabhängig. Neutralität war das zentrale Element der Außenpolitik Kambodschas in der Zeit von 1950 bis 1960. Danach kam es in Kambodscha immer häufiger zu Zusammenstößen zwischen der nordvietnamesischen Armee, die Kambodschas östliche Regionen als Basis im Kampf gegen die südvietnamesischen Truppen nutzte, und den amerikanischen Streitkräften.
Trotz der Versuche Sihanouks um die Neutralität des Landes musste er seine Macht abgeben. Es folgten Jahre kriegerischer Auseinandersetzungen, die das Land an den Rand des Zusammenbruchs brachten.
Mit der Pariser Friedenskonferenz 1991 fiel das Land von 1992-1993 in vollständige Souveränität der UNO. Seit der Verfassung von 1993 ist Kambodscha eine parlamentarische Monarchie. Staatsoberhaupt ist König Sihamoni, Regierungschef ist Premierminister Hun Sen. Die Legislative des Landes besteht aus der Nationalversammlung und seinen 123 Mitgliedern, sowie aus der zweiten Kammer – dem Senat – und dessen 61 Mitgliedern.
Politisch geführt wird das Land von einer Koalitionsregierung aus CPP und der FUNICIPEC. Im Gegensatz zu Vietnam und Laos finden sich in Kambodscha auch Oppositionsparteien im Parlament wieder, unter ihnen die SRP, die NRP sowie die Human Rights Party.[148]

146 vgl. KREILE 1978, S. 320

147 vgl. KREILE 1978, S. 323

148 vgl. http://www.state.gov/r/pa/ei/bgn/2732.htm

1.3. Zusammenfassung

Ziel dieses 1. Kapitels dieser Arbeit war ein kurzer Überblick über die allgemeinen, groben Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Ländern Vietnam, Laos und Kambodscha. Weiter wurden die politischen Systeme der drei Staaten präsentiert und auch die – teilweise gemeinsame – Geschichte kurz skizziert.
Demnach wird deutlich, dass es sich bei diesen drei Staaten der südostasiatischen Region um eine stark heterogene Region handelt, die nur mit viel Mühe als eine gemeinsame Region analysiert werden kann. Zusätzlich stehen politisch den sozialistischen Systemen Vietnams und Laos´ die Monarchie Kambodscha mit einer Koalitionsregierung gegenüber.

In den folgenden Kapiteln werden im Zuge der Behandlung der Wirtschaft, Politik und Kultur in Vietnam, Laos und Kambodscha die Systeme näher beleuchtet und die österreichischen Außenpolitik ihnen gegenüber analysiert. Dabei werden die einzelnen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aspekte jedes einzelnen Landes mit in die Analyse einbezogen.

2. GRUNDLAGEN DER AUSSENPOLITIK

2.1. Die Definition von Außenpolitik

Um in dieser Arbeit qualitativ mit dem Begriff der Außenpolitik und den außenpolitischen Handlungen Österreichs gegenüber Vietnam, Laos und Kambodscha arbeiten zu können, bedarf es vorab einer Definition und Abgrenzung des Begriffs der Außenpolitik.

Die wohl minimalistischste Definition des Begriffs der Außenpolitik bietet Rottensteiner, indem sie Außenpolitik bloß als „den nach außen gerichteten Bereich der nationalstaatlichen Tätigkeit“[149] bezeichnet.

Eine umfangreichere Definition bieten Fachlexika wie das Werk von Nohlen/ Schultze[150]. Darin ist Außenpolitik allgemein als jene Politik definiert, „mit Hilfe derer die im Nationalstaat organisierte Gesellschaft ihre Interessen gegenüber anderen Staaten, d.h. im internationalen System durchsetzt“[151]. Diese Interessen fallen zumeist in den Bereich der Wirtschafts-, Verteidigungs- und Kulturpolitik, weiter berühren sie auch das Verhalten nichtstaatlicher Akteure auf dem Gebiet des Tourismus, der Tätigkeiten von transnationalen Konzernen sowie Aktivitäten von nichtstaatlichen politischen Organisationen.[152]

Das österreichische Außenministerium bietet zwar nicht eine allgemeine Definition des Begriffs der Außenpolitik, es definiert jedoch die Aufgaben der österreichischen Außenpolitik: „Primäre Aufgabe der österreichischen Außenpolitik ist es, die Beziehungen Österreichs zu allen Ländern der Welt zu pflegen und die Interessen Österreichs in den internationalen und regionalen Organisationen, denen Österreich angehört, zu vertreten.“[153]

Meyers Lexikon bezeichnet Außenpolitik als

> „die Gestaltung der Beziehungen eines Staates zu anderen Staaten und zu internationalen Organisationen, besonders die Herstellung zweiseitiger (bilateraler) oder mehrseitiger (multilateraler) politischer, militärischer, wirtschaftlicher, rechtlicher oder kultureller Beziehungen. Die Außenpolitik wird durch geografische Lage, Größe und strategische Position eines Staates im internationalen Kräfteverhältnis, v. a. aber durch seine innenpolitische Verfassung und Organisation bestimmt. Zu den Mitteln der Außenpolitik gehören Diplomatie, Verträge, Bündnisse, Außenwirtschaftspolitik, aber auch die Androhung oder Einsatz militärischer Gewalt. Träger der Außenpolitik sind die mit der Wahrnehmung der auswärtigen Angelegenheiten betrauten

149 KICKER-ROTTENSTEINER ³1982, S. 361

150 vgl. NOHLEN/ SCHULTZE [Hrsg.] 2002, S. 43-46

151 NOHLEN/ SCHULTZE [Hrsg.] 2002, S. 43

152 vgl. NOHLEN/ SCHULTZE [Hrsg.] 2002, S. 44

153 http://www.bmeia.gv.at/aussenministerium/aussenpolitik.html (Download 05.03.2008)

> Staatsorgane, internationale und supranationale Organisationen sowie Nichtregierungsorganisationen.“[154]

Das Brockhaus-Lexikon bietet eine ähnlich weitgehende Definition, die jedoch auch keine spezifischen Aspekte der Außenpolitik analysiert oder Theorieansätze für diesen Bereich der Politik präsentiert. Außenpolitik ist somit „die Gestaltung der Beziehungen eines Staates zu den anderen Staaten mit dem Ziel der Behauptung seiner Selbstständigkeit und der Förderung der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen seiner Angehörigen“[155].
In Ergänzung zu ihrer oben bereits erwähnten minimalistischen Definition von Außenpolitik bietet Rottensteiner im gleichen Werk auch eine weitest mögliche Auslegung dieses Begriffes an. Demnach gehören zur Außenpolitik folgende vier Inhalte:

1. „Der traditionelle Bereich der Außenpolitik, welcher die Vertragsgewalt, Kriegsgewalt und bilaterale Diplomatie umfaßt [sic!].
2. Jene Handlungen im Außenverhältnis, die über den ursprünglichen Bereich der Vertragsgewalt hinausgehen und einer sogenannten [sic!] *Integrationsgewalt* zuzuschreiben sind.
3. Jener Bereich, der bisher Innenpolitik war, im Rahmen von Konferenzen und regionaler beziehungsweise universaler internationaler Institutionen aber Gegenstand multilateraler Diplomatie und somit Außenpolitik wurde.
4. Jene Akte, die von den zur Vertretung des Staates nach außen berufenen Organen in nicht vom Völkerrecht aufgestellten Formen, das heißt im sogenannten [sic!] *völkerrechtsindifferenten* Raum gesetzt werden und Außenwirkung haben.“[156]

Filzmaier wiederum lenkt bei der Definition von Außenpolitik den Fokus auf die Perspektive: „Unter Außenpolitik ist die Politik eines Staates gegenüber seiner auswärtigen Umwelt zu verstehen […], d.h. im Unterschied zur Internationalen Politik beschreibt Außenpolitik grenzüberschreitendes Handeln […] aus der Sicht eines staatlichen Akteurs.“[157]
Mit dieser Definition schafft Filzmaier auch eine Verbindung zwischen Außenpolitik und dem Begriff der Internationalen Politik. Während es sich laut Filzmaier bei Internationaler Politik traditionell gesehen um „Politik, d.h. Handeln mit legitimen Herrschaftsansprüchen, handelt, deren Aktionsbereich im Zwischenraum der Nationalstaaten liegt (inter-nationes)“[158], werden bei Außenpolitik die Handlungen nicht zwischen den verschiedenen Akteuren sondern aus der Perspektive eines staatlichen Akteurs verfolgt.

---

154 http://lexikon.meyers.de/meyers/Au%C3%9Fenpolitik

155 BROCKHAUS [17]1967, Band 2, S. 118

156 ROTTENSTEINER [3]1982, S. 363; In FISCHER [Hrsg.] [3]1982, S. 361-398

157 FILZMAIER et al. [Hrsg.]2006, S. 45

158 FILZMAIER et al. [Hrsg.] 2006, S. 44

Während neben der Definition durch Filzmaier andere Werke bei der Definition der Außenpolitik die Komponente der Internationalen Politik nicht beachten, setzt Seidelmann den Unterschied zwischen Außenpolitik und Internationaler Politik noch strikter fest:

> „Die Analyse von AP [Außenpolitik, Anm.] muss zunächst den Unterschied zwischen AP und Internationaler Politik beachten. Mit AP wird das Handeln oder Nicht-Handeln aus der Sicht des Akteurs – sei es wie in der Regel ein Nationalstaat, ein transnationaler Konzern oder eine internationale Organisation – bezeichnet. Internationale Politik analysiert das internationale System bzw. seine Teilbereiche, das auch durch die Summe und das Grundmuster aller AP bestimmt wird. Umgekehrt erfordert eine außenpolitische Analyse auch die Berücksichtigung der Verhaltensmuster, der Struktur und der aktuellen Ausprägung des internationalen Systems, in das der jeweilige Akteur eingebunden ist. Außenpolitik ist daher sowohl Bedingung als auch Folge internationaler Politik.“[159]

Bei Meyers wird hingegen nicht nur zwischen Außenpolitik und Internationaler Politik sondern auch zwischen Internationaler Politik und Internationalen Beziehungen unterschieden. So beziehe sich Internationale Politik auf

> „die Interaktionsprozesse, die zwischen mindestens zwei (in der Regel staatlichen, gelegentlich auch sonstigen den Status eines Völkerrechtssubjektes beanspruchenden) Akteuren in der internationalen Umgebung stattfinden. Die Untersuchung der internationalen Politik begreift die einzelnen Handlungen jedes dieser Akteure allein als (Teil-) Aspekt eines größeren Interaktionsmusters, das über einen definierbaren Zeitraum hinweg durch regelmäßig sich wiederholende oder zumindest den Grundzügen nach vergleichbare Akteurshandlungen konstituiert wird und häufig durch ein Aktions-Reaktions-Schema geprägt ist. Entscheidendes Kriterium für die Subsumtion von Akteurshandlungen unter den Begriff der internationalen Politik ist deren Orientierung auf einen wie auch immer definierten politischen Gehalt. […] Demgegenüber ist der Bedeutungsumfang des Begriffes *Internationale Beziehungen* weiter gefaßt [sic!]. Er bezieht sich auf alle grenzüberschreitenden Aktionen und Interaktionen, die zwischen unterschiedlichen internationalen Akteuren – seien es nun internationale Organisationen, Staaten, gesellschaftliche Gruppierungen, Individuen oder juristische Personen – stattfinden können. Ebenfalls erstreckt er sich auf die Interaktionsmuster, die aus derartigen Interaktionen über einen bestimmten Zeitraum hinweg entstehen. Anders ausgedrückt: die internationale Politik stellt eine Teilmenge der Gesamtmenge der internationalen Beziehungen dar und wird aus dieser Gesamtmenge durch das für

159 SEIDELMANN 2008, S. 3; In: WOYKE 2008

> sie charakteristische Element – nämlich ihren politischen Kernbezug – ausgegliedert.“[160]

Rottensteiner definiert noch weiter eine Klassifizierung zwischen Auswärtiger Politik und Auswärtigen Beziehungen und betont dabei die staatlichen Akteure, „da nur die Vertretung eigener Interessen gegenüber anderen Staaten und Staatengruppierungen durch die zuständigen Organe des Staates als Außenpolitik bezeichnet wird. Die nicht von staatlichen Organen getragenen Kontakte mit dem Ausland sind dagegen im weiterreichenden Begriff *auswärtige Beziehungen* beinhaltet.“[161]
Auch Braunmühl hebt bei seiner Definition die zentrale Funktion des Staates hervor: „Außenpolitik […] umschreibt den Bereich, in dem innen- und gesellschaftspolitische Prozesse, staatliche Grenzen überschreitend, auf nach außen gerichtete Aktivitäten zielen und sich dabei direkt oder indirekt staatlicher Organe bedienen.“[162]

Angesichts einer immer weiter fortschreitenden Internationalisierung der Außenpolitik diagnostiziert Seidelmann eine Funktionsausweitung von Außenpolitik:

> „Klassische Außenpolitik unterliegt der Kompetenz der jeweiligen Außenministerien und äußert sich vor allem im diplomatischen Verkehr, Staatsbesuchen, Vertragsabschlüssen usw. Dieser historisch-institutionell bedingte Begriff von Außenpolitik wird zunehmend ausgeweitet. Außenpolitik im weiteren Sinne umfaßt [sic!] auch Außenwirtschafts-, Verteidigungs-, Auswärtige Kulturpolitik usw., d.h. alle politischen Handlungsbereiche, sofern diese Entwicklungen oder Strukturen außerhalb des eigenen Souveränitätsbereiches berühren. Sie ist auch für die Ordnung von nichtgouvernementalem Außenverhalten, wie Tourismus, private Direktinvestitionen, Informationsaustausch usw., und für die Kontrolle von nichtstaatlichen Akteuren, wie politische Bewegungen, grenzüberschreitende Vereinigungen, Transnationale Konzerne usw., verantwortlich.“[163]

Seidelmann legt somit bei der Definition von Außenpolitik den Fokus auf die Tätigkeitsfelder und Akteure, wobei er explizit auch nicht-staatliche Akteure mit einbezieht – wenn auch nur als zu kontrollierende Akteure.

Bei der Bezeichnung *Außenpolitik* stellt sich unmittelbar die Frage nach der Abgrenzung zu ihrem politischen Gegenüber, der *Innenpolitik*. Grundsätzlich liegt einer der Unterschiede zwischen Innen- und Außenpolitik darin, dass Außenpolitik in erster Linie einen Auftrag der

160 MEYERS 1985, S. 230; In: DENK 1987, S. 11-12
161 ROTTENSTEINER ^{3}1982, S.363; In: FISCHER [Hrsg.] ^{3}1982, S. 361-398
162 BRAUNMÜHL 1973, S. 27; In: DENK 1987, S. 9
163 SEIDELMANN 1984, S. 54; In: DENK 1987, S. 8

exekutiven staatlichen Gewalt, d.h. der Regierung, darstellt. Darin ortet Filzmaier ein mögliches Demokratieproblem der Außenpolitik. Es stelle sich die Frage, inwieweit Außenpolitik ein gewisses Demokratiedefizit besäße, da „es in der Regel durch Exekutivorgane – etwa durch das Außenministerium, den Ministerpräsidenten oder den Kanzler, oder z.B. wie in den USA durch den Präsidenten – anstatt durch Parlamente als Legislativorgane determiniert wird“[164]. Weiter herrschen in der Außenpolitik deutlich weniger gesetzliche Regelungen als in der Innenpolitik, auch wenn das Völkerrecht einen rechtlichen Rahmen für Außenpolitik und Internationale Politik geschaffen hat – die rechtlichen Durchsetzungsmöglichkeiten sind doch deutlich geringer als im innerstaatlichen Recht.[165]
Filzmaier betont jedoch, dass die Grenzen zwischen Außen- und Innenpolitik längst nicht mehr eindeutig gezogen werden können. Diese Trennung konnte nur so lange bestehen, solange die Außenpolitik ihren Fokus auf Themen der Sicherheit und auf die Stellung des Staates in der internationalen Gemeinschaft legte, mittlerweile kommt es laufend zur Verflechtung von sozioökonomischen Erscheinungen, die zu innenpolitischen Entwicklungen führen, jedoch mit außenpolitischen Ursachen begründet werden. Als Beispiel seien hier etwa die Erhöhung der Militärausgaben oder die Anstiege bei den Benzin- und Agrarpreisen angeführt.[166] Diese Verflechtungen zwischen Außen- und Innenpolitik gehen mittlerweile so weit, dass Bereiche wir die Wirtschaftspolitik (Freihandel), die Verkehrspolitik (Transit), die Umweltpolitik (Ozonloch) oder der Klimawandel sowohl Themen der Außenpolitik sind, als auch innenpolitische Folgen für die Bürger mit sich bringen. Hanspeter Neuhold nennt diese Erscheinungen auch „Domestizierung der internationalen Politik“[167] und „Internationalisierung der Innenpolitik“[168].

Im Zuge dieser Arbeit orientiert sich die Definition von Außenpolitik stark an Filzmaiers Auslegung. Demnach wird nicht die Internationale Politik – bzw. die Internationalen Beziehungen zwischen Österreich, Vietnam, Kambodscha und Laos – analysiert, sondern konkret die österreichische Außenpolitik gegenüber diesen Ländern behandelt. Um jedoch mit Rottensteiners Klassifizierung zwischen Auswärtiger Politik oder Außenpolitik und Auswärtigen Beziehungen zu gehen, werden im Rahmen der Analyse auch nichtstaatliche, folglich überwiegend wirtschaftliche und kulturelle Akteure in die Betrachtung einbezogen. Demnach liegen die österreichischen Auswärtigen Beziehungen zu Vietnam, Laos und Kambodscha im Zentrum dieser Arbeit.

164 FILZMAIER et a. [Hrsg.] 2006, S. 46
165 vgl. FILZMAIER et al. [Hrsg.] 2006, S. 45
166 vgl. ebda
167 NEUHOLD 1993, S. 13
168 ebda

2.2. Ein Instrument der Außenpolitik: Die Diplomatie

Als Instrument der Außenpolitik wird unter anderem die Diplomatie genannt.[169] Für den weiteren Ablauf dieser Arbeit ist es aus diesem Grund durchaus von Bedeutung, auf den Begriff und die Aufgaben der Diplomatie bzw. der Diplomaten gesondert einzugehen.
Einen weit ausgelegten Definitionsbegriff für die Diplomatie bieten Nohlen/ Schultze, die meinen, dass Diplomatie „im klassischen Sinne ausschließlich die Gestaltung nationalstaatlicher Außenpolitik bzw. Verhandlungstaktik, heute generell die Gestaltung der Internationalen Beziehungen“[170], beinhaltet. Eine detaillierter formulierte Definition von Diplomatie findet sich bei Johannes Varwick, wo unter dem Begriff Diplomatie jene Handlungen verstanden werden, „mit denen Akteure versuchen, Angelegenheiten der internationalen Beziehungen durch unterschiedlichste Arten und Methoden der Kommunikation und der Verhandlung zu regeln und dabei die eigenen Interessen zu wahren“[171]. Obwohl auch Varwick Diplomatie als Dömane der nationalstaatlichen Außenpolitik sieht, kann daraus jedoch nicht das Monopol der Nationalstaaten auf das Instrument der Diplomatie abgeleitet werden.
Der Begriff *Diplomatie* geht auf das griechische Wort *diploma* zurück, welches das Beglaubigungsschreiben, welches im 18. Jhdt. Abgesandte in Form eines Diploms erhalten haben. Trotz dieser eher jungen Begriffsgeschichte kann dennoch davon ausgegangen werden, dass die Tätigkeit der Diplomatie viel weiter in die Vergangenheit zurückgreift.[172] Krekeler führt als früheste Belege diplomatischer Beziehungen Verträge aus dem Raum um Ägypten aus dem 13. Jhdt. an.[173]
Die erste feststehende internationale Übereinkunft über diplomatisches Handeln wurde im Zuge des *Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen (Wiener Konvention)* im April 1961 getroffen und 1963 noch durch die *Wiener Konsularkonvention* ergänzt. Ziel der Wiener Konvention war es, erstmals international einheitliche Regeln für diplomatische Beziehungen zu schaffen. Dementsprechend formuliert die Wiener Konvention sieben Funktionen diplomatischen Handelns und beschreibt damit auch detailliert die Aufgaben eines Diplomaten:

1) „Kommunikationsfunktion: Diplomaten sind Mittler zwischen den Verantwortlichen für die Außen- und Sicherheitspolitik eines Landes, die anderen Staaten offizielle Standpunkte und Strategien mitteilen und erläutern […].

169 vgl. FILZMAIER et al. [Hrsg.] 2006, S. 51
170 NOHLEN/ SCHULTZE [Hrsg.] 2002, S. 150
171 VARWICK 2008, S. 72-73; In: WOYKE 2008, S. 17
172 vergleiche dazu etwa GERSTL 1993, S. 27-38
173 vgl. KERKELER 1965, S. 9-34; In: WOYKE 2008, S. 52

2) Sammlerfunktion: Diplomaten sind Sammler und Verarbeiter von Informationen, die mehr wissen sollen als andere und dem Staat damit einen Informationsvorsprung beschaffen sollen […].
3) Konsularfunktion: Diplomaten sind Anwälte der eigenen Staatsbürger im Ausland wie auch Ansprechpartner für Bürger des Gastlandes in Visa-Angelegenheiten.
4) Verhandlungsfunktion: Diplomaten sind Akteure in zwischenstaatlichen Verhandlungsprozessen zur Pflege und Ausgestaltung der bilateralen Beziehungen sowie zur Bearbeitung von zwischenstaatlichen Konflikten bzw. zur Interessenswahrnehmung eines Staates […].
5) Partizipationsfunktion: Diplomaten stellen sicher, dass Staaten an multilateralen Institutionen und Konferenzen mitarbeiten können, denn für die internationale Politik wie auch für die Lösung konkreter Konflikte werden diese Entscheidungszentren immer bedeutsamer […].
6) Dienstleistungsfunktion: Diplomaten sind Türöffner und Förderer eigener Unternehmen im Gastland.
7) Mittlerfunktion: Diplomaten sind Akteure der auswärtigen Kulturpolitik, die einen eigenständigen Aufgabenbereich der Diplomatie darstellt sowie für die Organisation von Informationsreisen von Politikern oder sonstigen Entscheidungsträgern zuständig.“[174]

2.3. Die fünf Ansätze der Außenpolitik

Die bisher präsentierten Definitionen, Aspekte und Instrumente der Außenpolitik bieten zwar einen weitläufigen Rahmen für das Aufgabengebiet der Außenpolitik, jedoch keine theoretischen Ansätze. Dass bisher auf dem Gebiet der Außenpolitik bereits umfangreiche Theorienbildung stattgefunden hat, zeigen Nohlen/ Schultze[175] sowie Holtmann[176]. Sie bieten mit ihrer Definition fünf Ansätze zur Theorienbildung der Außenpolitik:

1) Der machtpolitische Ansatz untersucht, inwieweit Außenpolitik dem Erhalt und Ausbau von Macht dient. Diese Absicherung der Machtposition hängt einerseits von den zur Verfügung stehenden wirtschaftlichen und militärischen Kapazitäten ab, weiter auch von einer erfolgreichen Allianzbildung und politischen Strategie. Dieser Ansatz untersucht zwar die staatlichen Herrschaftsinteressen in der

174 VARWICK 2008, S. 74

175 vgl. NOHLEN/ SCHULTZE [Hrsg.] 2002, S. 43-46

176 vgl. HOLTMANN [Hrsg.] ³2000, S. 50-53

Weltgemeinschaft, berücksichtigt die strukturellen Zusammenhänge in der internationalen Gesellschaft jedoch nur gering.

2) Der Aktions-Reaktions-Ansatz erklärt Außenpolitik primär als eine Reaktion des Nationalstaates auf eine von außen gesetzte und nicht mehr weiterverfolgbare Aktion. Zwar soll dieser Ansatz einen wichtigen Beitrag zur Klassifizierung von Verhaltensweisen geleistet haben, jedoch wird er „wegen seines Mangels an inhaltlichen Fragestellungen, Herrschaftsanalyse und strukturellen Ursachen kritisiert“[177].
3) Der Entscheidungsprozessansatz geht im Bereich der strukturellen Ursachen ein wenig weiter als der Aktions-Reaktions-Ansatz, denn er fokussiert sich vor allem auf den Entscheidungsprozess im institutionellen Rahmen. Das heißt, er untersucht auch, welche Gruppen und Institutionen als Akteure in der Außenpolitik ihre Interessen einbringen.
4) Der Ziel-Mittel-Ansatz untersucht die Ziele und die dafür zugeordneten Mittel der außenpolitischen Handlungen. Es werden also Ziel-Mittel-Verhältnisse im Sinne eines Kosten-Nutzen-Vergleichs analysiert. Mit diesem Ansatz können – wenn die Handlungsspielräume und die Akteurszusammenstellungen folgerichtig analysiert werden - Aussagen über wahrscheinliche Erfolgsquoten getroffen werden.
5) Der Bedingungsansatz geht vor allem auf die strukturellen Voraussetzungen ein, d.h. er berücksichtigt die geographische und wirtschaftliche Lage, den Entwicklungsprozess sowie eventuelle historische Bindungen der Akteure. Unter Berücksichtigung dieser Faktoren kann die Außenpolitik so den Inhalt, die Ziele und die Reichweite ihrer Handlungen bestimmen.

In den weiteren Kapiteln dieser Arbeit wird die Außenpolitik Österreichs gegenüber Vietnam, Laos und Kambodscha besonders anhand des Ziel-Mittel-Ansatzes analysiert. Denn wie in der Einleitung erläutert, soll untersucht werden, welche Ziele die österreichische Außenpolitik in der Region verfolgt und welche Mitteln und Instrumente dafür eingesetzt werden.

2.4. Der außenpolitische Entscheidungsprozess

Laut Reimund Seidelmann bezeichnet der außenpolitische Entscheidungsprozess „das Zustandekommen außenpolitischer Entscheidungen bzw. den außenpolitischen Willensbildungsprozess. Der Begriff unterstellt Prozesscharakter, Generalisierbarkeit und Inhaltsneutralität“[178]. Somit fallen im Rahmen des außenpolitischen Entscheidungsprozesses Entscheidungen als Folge einer Situationsanalyse, Bewertung und Handlungsentscheiden.

177 NOHLEN/ SCHULTZE [Hrsg.] 2002, S. 44

178 SEIDELMANN 1984., S. 7; In: WOYKE 2008, S. 13

Dieser Prozess lässt sich noch in sechs Abfolgen der außenpolitischen Entscheidung aufgliedern. So muss erstens die außenpolitische Zielsetzung realistisch sein, die Ressourcen zur Zielerreichung müssen vorhanden sein. Weiter sollen die festgesetzten Ziele in einem langfristigen Rahmen gesehen werden. In der Geschichte der österreichischen Außenpolitik ist das Ziel der Neutralität ein klassisches Beispiel langfristiger Zielsetzung und derer Verfolgung. Als zweiter Schritt des außenpolitischen Entscheidungsprozesses gilt die Lagebeurteilung. Dabei kann das Partnerland oder die Region objektiv nach Faktoren wie Bevölkerungszahl, wirtschaftliche Stärke, militärische Stärke etc. beurteilt werden. Eine subjektive Beurteilung würde im Rahmen der Diplomatie und der diplomatischen Stärke der Akteure stattfinden. In Österreich war lange die Schaffung verschiedener Szenarien mit den verschiedenen Reaktionsmöglichkeiten des Gegenübers als eine Form der Lagebeurteilung üblich.
Im dritten Schritt des Entscheidungsprozesses werden die Handlungsalternativen des Gegenübers identifiziert. Dabei werden nicht nur eigene Aktionsmöglichkeiten behandelt sondern auch die des Gegenübers. Als vierter Schritt erfolgt die Entscheidung.
Im fünften Schritt sollte eine Kontrolle, ein Soll-Ist-Vergleich, stattfinden. Dabei gilt es zu analysieren, was erreicht werden wollte, was durchgeführt und was tatsächlich erreicht wurde. Anhand dieser Evaluierung können noch leichte Abstufungen und Abweichungen vorgenommen werden. Der sechste Schritt würde – falls notwendig – die Korrektur der Entscheidung darstellen. Wenn sich die geplanten Ziele mit den gesetzten Aktionen oder den vorhandenen Ressourcen nicht erreichen lassen, muss der außenpolitische Prozess ab dem ersten Schritt umfangreich modifiziert werden.[179]

Ein Merkmal des außenpolitischen Entscheidungsprozesses ist, dass er grundsätzlich nach bürokratisch gefestigten Organisationsmustern verläuft. Trotz dieser teils komplexen Organisationsverläufe kann es im Zuge von Regierungskrisen, Regierungsumbildungen etc. zu starken Eingriffen und Überspielung der Organisationsrichtlinien durch Einzelpersonen – wie etwa Bundespräsident, Kanzler, etc. – kommen. Aus diesem Grund sieht Seidelmann für den außenpolitischen Entscheidungsprozess „im Gegensatz zu innenpolitischen Entscheidungen ein höheres Maß an Personalisierung bzw. eine größere Relevanz von personalen Faktoren“[180].

179 vgl. SCHÜTZ-MÜLLER, Vorlesung SS 2007

180 ebda

2.5. Die (möglichen) Akteure im außenpolitischen Entscheidungsprozess

Da die österreichische Außenpolitik nicht allein vom Außenministerium ausgeht, müssen auch andere Akteure und Einflussfaktoren im außenpolitischen Entscheidungsprozess beachtet werden. Alfred Gerstl formuliert in seinem Werk[181] in diesem Zusammenhang drei Variabeln, die als Input-Faktoren auf den Entscheidungsprozess einwirken können:

1. Das politische System
   - die österreichische Rechtsordnung
   - das Parlament und die Parteien
   - die öffentliche Meinung
2. Die kleinstaatliche Entscheidungs- und Kompromisskultur
   - die Stellung der Dachverbände der Sozialpartnerschaft
   - das Konsensbedürfnis in grundsätzlichen Fragen der Außenpolitik
3. Die Außenpolitik und Diplomatie
   - die Fachministerien
   - die Bundesländer in der Außenpolitik
   - die konsularischen Bedürfnisse der Öffentlichkeit

Im Rahmen dieser Arbeit und in Hinblick auf die Analyse der Außenpolitik Österreichs gegenüber Vietnam, Laos und Kambodscha – und nicht der Internationalen Beziehungen – werden vorwiegend die österreichische Rechtsordnung, das Parlament und die Parteien, sowie die Fachministerien als außenpolitische Akteure im engeren Sinn betrachtet. Eine – wenn auch durchaus interessant erscheinende – intensive Beschäftigung mit der öffentlichen Meinung, der Position der Sozialpartner sowie der Bundesländer im außenpolitischen Entscheidungsprozess wird aufgrund des begrenzten Umfangs dieser Arbeit nicht erfolgen.

Die österreichische Gesetzeslage erwähnt als rechtliche Akteure der Außenpolitik den Bundespräsidenten, den Bundeskanzler und den Außenminister.

2.5.1. Der Bundespräsident

Dem Bundespräsidenten werden nach dem Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG 1920, Novelle 1929) folgende Kompetenzen im Bereich der Außenpolitik zugesprochen:[182]

1. Vertretung der Republik nach außen (Art. 65 Abs. 1 B-VG)

181 vgl. GERSTL 1993, S. 102-127

182 vgl. http://www.hofburg.at/show_content2.php?s2id=7

2. Abschluss von Staatsverträgen (Art. 65 Abs. 1 B-VG)
3. Anordnung zur Erfüllung von Staatsverträgen im Verordnungsweg (Art. 65 Abs. 1 letzter Satz B-VG)
4. Gesandtschafts- und Konsularrecht (Art. 65 Abs. 1 B-VG)

Somit vertritt der Bundespräsident die Republik Österreich nach außen, schließt Staatsverträge ab, empfängt und beglaubigt die Gesandten, genehmigt die Bestellung der Konsuln und bestellt die konsularischen Vertreter Österreichs im Ausland. Doch besonders die Formulierung der Vertretung der Republik nach außen lässt Spielraum für Interpretationen. Dies zeigt auch das bekannte Beispiel von Thomas Klestil 1994, als dieser aus der Formulierung ableitete, er – und nicht der Bundeskanzler – besitze das Recht, Österreich im Europäischen Rat der EU zu vertreten.[183] Doch eben diese Kompetenz gehört zu jenen des Bundespräsidenten, die nur „auf Vorschlag der Bundesregierung oder des von ihr ermächtigten Bundesministers wahrgenommen werden dürfen“[184].

Die erwähnten – teils sehr weitläufig interpretierbaren – Kompetenzen des Bundespräsidenten erfahren im B-VG demnach markante Einschränkungen. Denn grundsätzlich bedürfen alle Akte des Bundespräsidenten, sofern es verfassungsrechtlich nicht anders bestimmt ist, „der Gegenzeichnung des Bundeskanzlers oder der zuständigen Bundesminister“[185]. Somit ist der Abschluss völkerrechtlicher Verträge gesetzlich auf den rein formalen Akt der Ratifizierung beschränkt.

Angesichts dieser Einschränkungen wird deutlich, dass der Bundespräsident de facto nur über eine Repräsentationsfunktion der Vertretung der Republik nach außen verfügt, im außenpolitischen Entscheidungsprozess ist er demnach jedoch kein maßgeblicher Akteur.[186]

Eine Einbindung in den materiellen Teil der Außenpolitik ist laut Verfassung nicht vorgesehen, dennoch hat der Bundespräsident als Repräsentant Österreichs „über relevante Entwicklungen in der Außenpolitik von der Bundesregierung informiert zu werden, da er bei Nichtinformation in seinen ständigen diplomatischen Kontakten Österreich nicht repräsentieren könnte“[187].

Für die Analyse der außenpolitischen Handlungen Österreichs bleibt der Bundespräsident dennoch als Repräsentant des Staates[188] ein außenpolitischer Akteur, denn Staatsbesuche

183 Literatur zur als Korfu-Krise bekannten Angelegenheit bei SCHUH 2005, S. 22-23 und MARTITCZAK 1999, S. 77ff.

184 DACHS et al. [Hrsg.] 31997, S. 143

185 DACHS et al. [Hrsg.] 31997, S. 142

186 vgl. GERSTL 1993, S. 104-105

187 SCHUH 2005, S. 37

188 vgl. WELAN 1986, S. 29

des Bundespräsidenten stellen konkrete außenpolitische Handlungen dar und sind für eine folgerichtige Analyse von Bedeutung.

2.5.2. Das Bundeskanzleramt

Über wesentlich weiter gestreute Kompetenzen in der österreichischen Außenpolitik als der Bundespräsident verfügt die österreichische Bundesregierung in Form des Bundeskanzleramtes. So überträgt das BV-G der Regierung global die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes – sofern sie verfassungsrechtlich nicht in die Zuständigkeit des Bundespräsidenten fallen.[189] Angesichts dieser eingeräumten Rechte verfügt die Exekutive im Bereich der Außenpolitik sowohl über ein Informations- und Initiativmonopol, als auch über ein Gestaltungs- und Entscheidungsmonopol.[190]

In der Praxis wird die außenpolitische Gesamtstrategie nicht von der Regierung als Ganzes ausgearbeitet, sondern fällt in das Tätigkeitsfeld des Bundeskanzlers, des Außenministers und jener Fachminister, deren Ressorts in dieser Thematik besondere Kontakte zum Ausland halten. Zusätzlich können alle Aufgaben, die verfassungsrechtlich nicht in die Zuständigkeit des Kabinetts des Bundeskanzlers fallen, an den jeweiligen Fachminister delegiert werden.[191] Durch diese Möglichkeiten der Zuweisung an den – in diesem Falle – Außenminister, bleibt diesem nur noch ein Teilbereich der österreichischen Gesamtaußenpolitik.
Die Frage die sich nun stellt ist die, in welchen Fällen werden Aufgaben weiter delegiert, wer *macht* also unter welchen Bedingungen österreichische Außenpolitik?
Alfred Gerstl unterscheidet hierbei in Anlehnung an Kicker-Rottensteiner[192] zwischen außenpolitischen Entscheidungen mit der Priorität einer *high politics issue*, einer *middle politics* und *low politics*[193]. Unter *high politics* fallen heutzutage weite Teile der EU-Politik, die zum größten Teil in das Tätigkeitsfeld der Regierung –sprich des Bundeskanzlers – fallen. Unter *middle politics* gehören Aufgaben wie die Festlegung österreichischer Positionen für bilaterale Verhandlungen oder multilaterale Tagungen, weiter das Abstimmungsverhalten in internationalen Organisationen oder die Nachbarschaftspolitik. Diese Ebene der *middle politics* wird als traditionelle Domäne des Außenministers bezeichnet, auch wenn zwischen high- und *middle politics* nur selten eine klare Linie gezogen werden kann. In die Kategorie

189 vgl. BV-G, Art. 69; hier in: GERSTL 1993, S. 105

190 vgl. WITTMAN 1983, S. 114; In: KICKER/ KHOL/ NEUHOLD, hier in GERSTL 1993

191 vgl. BMG, Anlage zu § 2, Teil 2, lit. A, Z.1

192 vgl. KICKER-ROTTENSTEINER ohne Jahresangabe, S. 367; In: GERSTL 1993, S. 107

193 vgl. GERSTL 1993, S. 107-108

der *low politics* fallen überwiegend kurzfristige, tagespolitische Aufgaben, die das Außenamt selbstständig erledigen oder an niederrangige österreichische Behörden delegieren kann.[194] Zusammenfassend gesehen besitzt der Bundeskanzler eine Generalkoordinierungskompetenz, die er auch im Bereich der Außenpolitik anzuwenden hat.[195]

2.5.3. Das Außenministerium

Nach eigenen Angaben[196] gilt als Geburtstunde des selbstständigen österreichischen diplomatischen Dienstes das Jahr 1720, als der damalige Kaiser Karl VI. die Koordinierung und Verwaltung der auswärtigen Beziehungen zum ersten Mal einem eigenen Minister übertrug. Nach Zerfall der Donaumonarchie übernahm das Bundeskanzleramt die auswärtigen Angelegenheiten, ein eigenes Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten – oder wie es nun heißt: *Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten* (BMEIA) – wurde erst 1959 erreichtet.

Das Arbeitsgebiet des BMEIA wird im Bundesministeriengesetz 1973 (BMG 1973) geregelt, wo auch die Aufgabenfelder der restlichen Ministerien festgesetzt wurden. Dabei wird deutlich, dass in das Ressort des Außenministeriums der Großteil der materiellen auswärtigen Angelegenheiten fällt.[197] Dem Außenministerium fallen auch alle Aufgaben der Angelegenheiten der Außenpolitik, des Völkerrechts, der internationalen Organisationen sowie der zwischenstaatlichen Beziehungen zu, soweit sie nicht in die Zuständigkeit eines anderen Bundesministeriums fallen:[198]

Angesichts der umfangreichen Kompetenzaufzählung des Außenministeriums könnte davon ausgegangen werden, dass das BMEIA ein den restlichen Ministerien übergeordnetes ist. Jedoch muss bedacht werden, dass auch andere Ministerien Aufgaben des BMEIA bzw. Aufgaben der außenpolitischen Vertretung übernehmen können.
Da das BMEIA mit Teilen der Ausführung der auswärtigen Politik „nicht exklusiv oder überhaupt nicht be- und vertraut ist (Außenhandel, Integration)“[199], sieht Gerstl durchaus „die

194 ebda

195 vgl. SCHUH 2005, S. 28-39

196 vgl. http://www.bmeia.gv.at/aussenministerium/aussenministerium.html

197 vgl. KRAMER 1997, S. 721; In: DACHS 1997, S. 33

198 BMG 1973, Abschnitt VI, Teil 2 B

199 GERSTL 1993, S. 86

Gefahr der Aushöhlung der Position des BMAA [nun BMEIA, Anm.] im außenpolitischen Entscheidungsprozeß [sic!]“[200].

So ist beispielsweise auch das Wirtschaftsministerium mit der Außenwirtschaftspolitik und Europäischer Integration, das Finanzministerium mit der internationalen Wirtschaftspolitik, internationalen Finanzmärkten sowie mit den Verhandlungen in internationalen Finanzorganisationen betraut, während zu den Agenden des Innenministeriums etwa auch die Kontrolle der Ein- und Ausreise von Ausländern, und das Landwirtschaftministerium immer weitere Gebiete der EU-Agrar-Angelegenheiten selbstständig abwickelt und die Teile der Koordination über internationale Umwelt- und Wasserpolitik innehat.[201]

Als wichtiger Akteur der österreichischen Außenpolitik steht dem Außenministerium auch ein entsprechendes Budget zur Verfügung: Im Jahr 2007 waren dies etwas über 380.000 EUR, davon entfielen 170.000 EUR als Zahlungen an internationale Organisationen, internationale Konferenzen, die EZA sowie die Ostzusammenarbeit. Als operatives Budget blieb dem Außenministerium im Jahr eine Summe von etwas mehr als 215.000 EUR.[202]

Die Aufteilung des Budgets des Außenministeriums wird anhand folgender Tabelle deutlich:

200 ebda

201 vgl. dazu die Homepages das Wirtschaftsministeriums, des Finanzministeriums, des Innenministeriums und des Landwirtschaftsministeriums:

http://www.bmwa.gv.at/BMWA/Schwerpunkte/Aussenwirtschaft/default.htm

https://www.bmf.gv.at/Finanzministerium/DieAufgabendesBMF/_start.htm

http://www.bmi.gv.at/innenressort/

http://www.lebensministerium.at/article/archive/4873

202 vgl. BMEIA 2008, S. 220

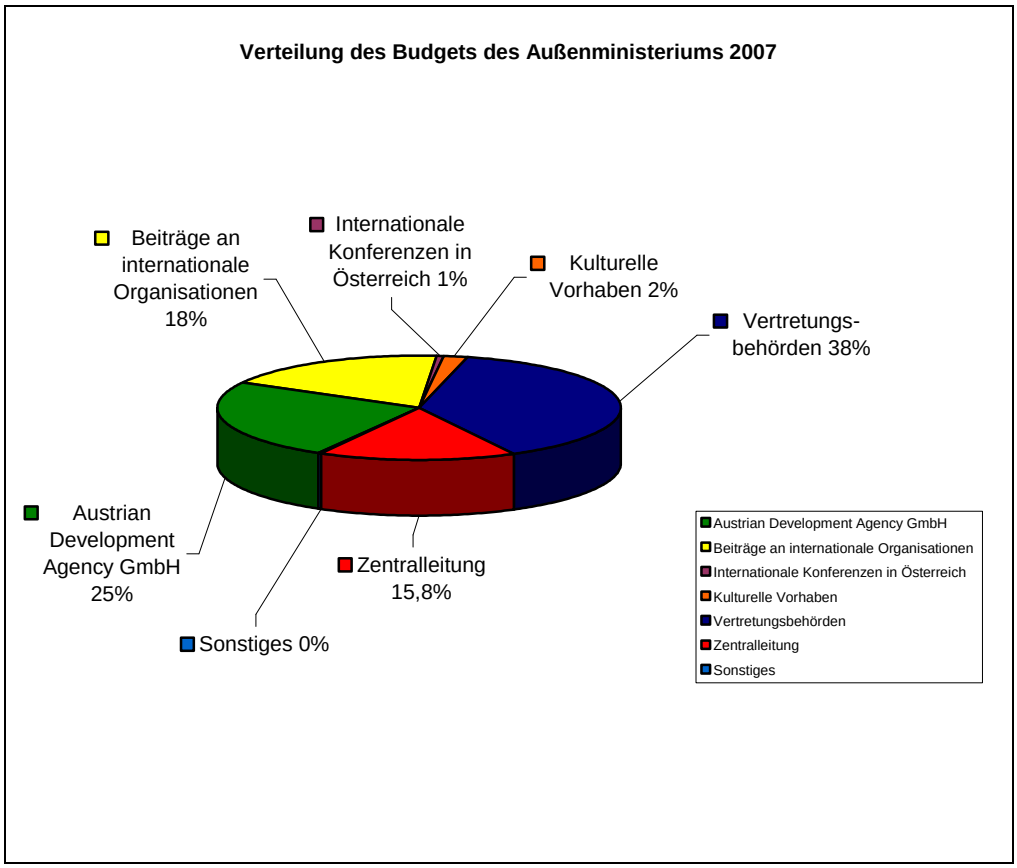

Abbildung 1: Aufteilung des Budgets des BMEIA 2007

BMEIA 2008, S. 219 (eigene Darstellung)

Demnach geht der Großteil des Budgets in die Finanzierung der Vertretungsbehörden, danach folgen die Austrian Development Agency GmbH, das Zentrum der österreichischen EZA und Ostzusammenarbeit. An dritter Stelle stehen Zahlungsabflüsse an internationale Organisationen, gefolgt von der Zentralleitung in Wien. Vergleichsweise geringe Summen fließen in die Finanzierung der kulturellen Vorhaben sowie in die Abhaltung internationaler Konferenzen in Österreich.[203]

2.5.4. Das Parlament und die Parteien

Neben dem Bundespräsidenten, dem Bundeskanzleramt und dem Außenministerium spielen auch das Parlament sowie die politischen Parteien eine aktive – wenn auch nicht tragende – Rolle in der Gestaltung der Außenpolitik.

In der Außenpolitik besitzt das Parlament gemäß dem BV-G[204] besondere politische Kontrollmöglichkeiten: „Nationalrat und Bundesrat haben bei der Behandlung des jährlichen

203 vgl. BMEIA 2008, S. 219

204 vgl. BV-G 1920, Artikel 50 Abs. 1

außenpolitischen Berichtes Gelegenheit, regelmäßig die Außenpolitik der Bundesregierung im allgemeinen und des Bundesministers für auswärtige Angelegenheiten im besonderen mitzuverfolgen und zu kontrollieren.“[205] Wie oben bereits erwähnt, kommt dem Parlament im Rahmen der Abschlüsse von Staatsverträgen eine Kontrollfunktion zu. Obwohl die Kompetenz zum Abschluss von Staatsverträgen primär beim Bundespräsidenten liegt, bedarf es bei politischen, gesetzesändernden und gesetzesergänzenden Staatsverträgen vor dem Abschluss der Genehmigung des Nationalrates.[206]

Obwohl das Interesse des Parlaments an außenpolitischen Agenden besonders während der Kreisky-Kanzlerschaft und in jüngerer Zeit aufgrund der immer weiter in die Innenressorts reichenden EU-Politik stetig gestiegen ist, sieht Gerstl[207] die Legislative nicht als maßgeblichen Akteur in der österreichischen Außenpolitik. Dafür sind laut Gerstl drei Ursachen verantwortlich:

1. die mangelnden Mitgestaltungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten des Nationalrates bei außenpolitischen Thematiken

   - Außer bei der Umformung von politischer, gesetzesändernder oder gesetzesergänzender völkerrechtlicher Verträge bedarf die Regierung keinerlei parlamentarischer Zustimmung.

   - Als Kontrollinstrumente stehen den Abgeordneten neben dem Außenpolitischen Rat nur Gesetzgebungs- und Untersuchungsausschüsse, das Plenum oder schriftliche Anfragen zur Verfügung.
2. Durch eine zumeist geringe außenpolitische Sachkompetenz können Abgeordnete ihre schon ohnedies beschränkten Befugnisse nicht voll ausschöpfen.
3. Der Wille der Großparteien nach einer Konsenspolitik auch im außenpolitischen Bereich schränkt die Gestaltungsmöglichkeiten des Nationalrats weiter ein.

Angesichts dieser drei Punkte wird rasch deutlich, dass einige Annahmen und Ursachen Gerstl´s sich im Laufe der letzten Jahre doch markant gewandelt haben. So hat die Umsetzung von EG-Richtlinien in nationales Recht mittlerweile einen hohen Anteil an der parlamentarischen Tätigkeit. Auch das Bestreben der Großparteien nach einer konsens-geleiteten Außenpolitik hält sich seit Jahren in Grenzen, ein Wandel von der Konsens- zur Konfliktdemokratie in Österreich ist seit Jahren beobachtbar.[208]

---

205 SCHAMBECK 1995, S. 38

206 vgl. SCHAMBECK 1995, S. 38

207 vgl. GERSTL 1993, S. 112-114

208 vgl. dazu: Karlhofer, Ferdinand/ Tálos, Emmerich: Sozialpartnerschaft und EU. Integrationsdynamik und Handlungsrahmen der österreichischen Sozialpartnerschaft, Wien 1996

Tálos, Emmerich [Hrsg.]: Sozialpartnerschaft. Kontinuität und Wandel eines Modells, Wien 1993

Auch die von Gerstl unterstellte geringe außenpolitische Kompetenz der Abgeordneten ist an und für sich eine Annahme, die individuell untersucht werden müsste.

2.6. Zusammenfassung

Trotz der zahlreichen auftretenden Akteure stellt Außenpolitik nach wie vor hauptsächlich ein Politikfeld der Exekutive dar. So besitzen zwar Institutionen der Legislative Initiativ- und Kontrollrechte, auf dem Gebiet der Außenpolitik jedoch bei weitem nicht in dem Umfang, in dem er ihnen in anderen Politikbereichen zugesprochen wird.[209] Der Grund dafür könnte laut der Analyse von Christoph Schuh darin liegen, „dass die Öffentlichkeit der Innenpolitik den Vorzug gibt, weil sie sich davon zurecht eine Verbesserung der Existenz verspricht“[210]. Demnach spricht die Öffentlichkeit der Außenpolitik einen im Gegenteil zur Innenpolitik eher geringen Einfluss auf den Lebensstandard zu.

Da es in der österreichischen Politik üblich ist, im Vorfeld von Regierungsbildungen ein Regierungsübereinkommen abzuschließen, in dem natürlich auch ein außenpolitischer Schwerpunkt gesetzt wird, kann Außenpolitik als ein von der Exekutive gestaltetes Politikfeld gesehen werden. Zwar müssen diese in der Regierungserklärung beinhalteten außenpolitischen Maßnahmen legitimiert werden, da die verhandelnden Koalitionsparteien in der Regel über eine Parlamentsmehrheit verfügen, können „aufgrund des Einstimmigkeitsprinzips im Ministerrat […] die dort gefassten Beschlüsse auch als legitimiert“[211] angesehen werden.

Da die (Exekutiv-) Akteure der österreichischen Außenpolitik derart autonom agieren können, kann es gleichzeitig zu mehreren verschiedenen außenpolitischen Strategien kommen, anstatt eine österreichische außenpolitische Gesamtstrategie vermitteln zu können:

> „In letzter Zeit werden immer wieder *persönliche Akzente* gesetzt, wie Vorschläge des Bundeskanzlers, mit den Nichtkandidatenländern der EU (u.a. Moldawien) Europapartnerschaften seitens der EU zu schließen; Vermittlungsversuche des Bundesministers für Landesverteidigung im Nahen Osten, die auch zu Reisen in die USA bzw. zu direkten Gesprächen mit hohen Repräsentanten der GASP führten;

Tálos, Emmerich/ Stromberger, Christian: Zäsuren in der österreichischen Verhandlungsdemokratie; In: Karlhofer, Ferdinand/ Tálos, Emmerich [Hrsg.]: Sozialpartnerschaft. Eine Europäische Perspektive?, Wien 2005, S. 79-108

209 vgl. NOHLEN [Hrsg.] 2002, S. 21

210 SCHUH 2005, S. 33

211 SCHUH 2005, S. 30

> Vorschläge des Außenministeriums eine strategische Partnerschaft mit den 10 Erweiterungsländern einzugehen; Angriffe von verschiedenen politischen Playern im Rahmen des Konfliktes mit Tschechien um die Benes Dekrete und das AKW Temelin; öffentlichkeitswirksam inszenierte Besuche eines Landeshauptmanns beim Diktator Saddam Hussein vor dem Deckmantel der Humanität […].“[212]

Höll sieht in der Tatsache, dass österreichische Außenpolitik zum überwiegenden Teil von der Exekutive gestaltet wird, durchaus die Gefahr, dass Akteure der Außenpolitik dazu neigen, ihrem Politikfeld eine persönliche Note zu verleihen, anstatt „langfristige Strategien, Verlässlichkeit im politischen Handeln und Glaubwürdigkeit im internationalen Umfeld zu vermitteln“[213].

Auch wenn die Träger der österreichischen Außenpolitik in erster Linie Exekutivorgane sind, so wird dieses Politikfeld dennoch – wenn schon nicht mitbestimmt – so zumindest beeinflusst durch Institutionen der Legislative, durch gesellschaftliche Gruppen sowie durch zahlreiche wirtschaftliche Akteure. Aus diesem Grund kann österreichische Außenpolitik nicht ohne die Analyse der Außenwirtschaftspolitik und Außenkulturpolitik betrachtet und sinngemäß analysiert werden.

212 HÖLL 2002, S. 380

213 SCHUH 2005, S. 32

3. ÖSTERREICHISCHE AUSSENPOLITIK IN DER REGION SÜDOSTASIEN

Österreichs Außenpolitik wird stark von der Außenpolitik der Europäischen Union bestimmt. Seit dem am 1. Jänner 1995 vollzogenen Beitritt zur EU wanderten einige nationalstaatliche Kompetenzen und Politikbereiche in das System der EU.[214] Die aus den Vereinbarungen mit den Vorfeldorganisationen der EU (z.b. die EGKS, die EWG, die EEA, etc.) hervorgehenden Verträge delegieren Sachbereiche wie Handel, Agrar, Umwelt, Soziales, Bürgerschaft, Beschäftigung, Umwelt, Zoll, Wettbewerb und Infrastruktur in großen Maßen an Institutionen der EU, vorwiegend an die Europäische Kommission, an das Europäische Parlament sowie an den Ministerrat.[215]

Demnach prägt die zweite Säule der EU, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) die österreichische Außenpolitik in so gut wie allen Bereichen. Auch der von der österreichischen Bevölkerung hoch geschätzte Neutralitätsstatus bestimmt die österreichische Außenpolitik in weit geringerem Ausmaß als dies die EU tut.

Abgesehen von der Komponente der Europäischen Union ist die Gestaltung der österreichischen Außenpolitik noch von weiteren Faktoren abhängig. Pelinka/ Rosenberger führen hierbei drei Gegebenheiten an, die die österreichische Außenpolitik beeinflussen:[216]

Geopolitik: Bis 1991 war die österreichische Außenpolitik von der speziellen geopolitischen Lage Österreichs zwischen Ost und West bestimmt. Österreich grenzte an Staaten der NATO sowie an Staaten des Warschauer Paktes. Seit 1995 und der EU-Erweiterung 2004 ist Österreich – mit Ausnahme der Schweiz und Liechtensteins – nur mehr von EU-Mitgliedsstaaten umgeben.

Kleinstaatencharakter: Österreich ist einer der kleineren Staaten der EU. Dadurch erklärt sich laut Pelinka/ Rosenberger, dass „für die Außen- und Sicherheitspolitik, der Faktor *Inneres* (die Summe der aus Österreich selbst kommenden Einflussfaktoren) gegenüber dem Faktor *Äußeres* relativ schwach“[217] ausgeprägt ist. Aus diesem Grund kann die Außen- und Sicherheitspolitik Österreichs nur sehr beschränkt von Österreich allein bestimmt werden. Zusätzlich wird in der Literatur das so genannte *Kleinstaaten-Dilemma* erwähnt, welches

214 vgl. PELINKA/ ROSENBERGER 2007, S. 97-116

215 vgl. SCHUH 2005, S. 35

216 vgl. PELINKA/ ROSENBERGER 2007, S. 253-254

217 PELINKA/ ROSENBERGER 2007, S. 253

beschreibt, dass Kleinstaaten nur selten oder nur unter großen Schwierigkeiten in der Lage sind, sowohl wirtschaftliche Entwicklung als auch Unabhängigkeit und nationale Identität zu schaffen und aufrechtzuerhalten.[218] Jedoch warnt Politologe Höll davor, einzig die Größe eines Landes für dessen Entwicklung heran zu nehmen, da „nicht die Größe eines Landes die wichtigste Determinante des Abhängigkeitsgrades eines Kleinstaates darstellt, sondern das Niveau der industriellen Entwicklung und der historisch gewachsenen Beziehungsstrukturen“[219].

Ökonomische Interessen: Durch den EU-Binnenmarkt ist Österreich Teil eines großen Wirtschaftsraumes. Die dadurch entstehende Verflechtung zur EU und ihren Mitgliedsstaaten prägen die Außen- und Außenwirtschaftspolitik Österreichs stark. Weiter bestimmen auch die ökonomischen Interessen Österreichs gegenüber den benachbarten Reformstaaten die Außenwirtschaftspolitik prägend mit.

3.1. Österreichische Außenpolitik im Rahmen der EU

Wie im vorigen Kapitel beschrieben, wird Österreichs Außenpolitik stark von der außenpolitischen Linie der EU bestimmt. Gleichzeitig prägen aber auch österreichische Akteure die außenpolitische Strategie der EU. Dazu gehören in erster Linie der Bundeskanzler und die Außenministerin, die im Rahmen des Europäischen Rates an der europäischen Politik partizipieren. Weiter wirken im Europäischen Parlament direkt gewählte – österreichische – MandatarInnen und in den Expertenausschüssen BeamtInnen „an der supranationalen wie intergovernmentalen Willensbildung und bei Entscheidungsprozessen mit“[220].
Aufgrund des in der Europäischen Kommission angewandten Prinzips der *Vertretung der Mitgliedsstaaten*[221] erhält die außenpolitische Linie der EU durch die österreichische Kommissarin für *Außenpolitik und europäische Nachbarschaftspolitik* der EU, Benita Ferrero-Waldner, die wohl stärkste österreichische Prägung. Ihr Ressort überschneidet sich jedoch stark mit dem ihres Amtskollegen Javier Solana, dem Hohen Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU.[222]

218 vgl. HÖLL 1983, S. 34; In: KRAMER 1983, S. 34-43

219 HÖLL 1983, S. 36; In: KRAMER 1983, S. 34-43

220 PELINKA/ ROSENBERGER 2007, S. 107

221 vgl. PELINKA/ ROSENBERGER 2007, S. 107

222 vgl. http://ec.europa.eu/commission_barroso/ferrero-waldner/index_de.htm

Somit ist mit dem EU-Beitritt Österreichs nicht nur die österreichische Politik europäisiert worden, vielmehr wurden die österreichischen Akteure zu „Mitentscheidern“[223] auf europäischer Ebene, die im „Rahmen der institutionellen Struktur […] an der Entscheidungsfindung der EU mitpartizipieren“[224]. Schuh geht in seiner Analyse sogar soweit, „die EU Politik auch als erweiterte Innenpolitik“[225] zu bezeichnen.

Von österreichischer Seite aus obliegt die Koordination der Europapolitik aufgrund eines Übereinkommens zwischen SPÖ und ÖVP dem Bundeskanzleramt sowie dem Außenministerium.[226]

3.2. Die Außenpolitik der EU gegenüber Vietnam, Laos und Kambodscha

Lange Zeit beschränkten sich die Beziehungen zwischen der EU und den südostasiatischen Staaten auf historische, bereits vorhandene Kontakte, die zumeist zwischen Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden - als ehemalige Kolonialmächte in dieser Region – existierten.[227]
Bereits 1980 schloss die EU mit ASEAN ein Kooperationseinkommen, welches beiden Regionen die Meistbegünstigungsklausel, die Beseitigung der Handelshemmnisse sowie den Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zusprach.[228]
Mitte der 90er Jahre begann die EU, den ökonomischen und politischen Wert der Beziehungen zu Südostasien zu erkennen und zu fördern: 1994 veröffentlichte die Europäische Kommission das Papier „Auf dem Weg zu einer neuen Asien-Strategie“, in dem festgehalten wurde, dass die Beziehungen zwischen der EU und Asien weiter ausgebaut und verstärkt werden müssten.[229] Denn zu dieser Zeit fielen bereits 60% des Welthandels auf den Asien-Pazifischen Raum, die EU war jedoch – nach Japan und der USA – nur der drittgrößte Handelspartner der Region.[230]

223 SCHUH 2005, S. 52
224 FALKNER / MÜLLER 1998, S. 18
225 SCHUH 2005, S. 52
226 vgl. PELINKA/ ROSENBERGER 2007, S. 109
227 vgl. PENNINGER-SEIDEL 2000, S. 144
228 vgl. PENNINGER-SEIDEL 2000, S. 145
229 vgl. Kom (94) 314 eng. vom 14.7.1994, S. 1-20
230 vgl. PENNIGER-SEIDEL 2000, S. 144

3.2.1. Die ASEAN-Staaten

Die Beziehungen der EU zu dieser Region sind grundsätzlich eine politische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit mit den ASEAN-Staaten.
ASEAN ist eine 1967 in Bangkok von den Staaten Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur und Thailand gegründete Internationale Organisation. 1984 wurde Brunei Darussalam Mitglied der ASEAN, 1995 Vietnam, 1997 Laos und Myanmar und 1999 schließlich Kambodscha. Somit ist ASEAN eine Vereinigung der südostasiatischen Staaten mit mittlerweile 10 Mitgliedern. Den Staaten Papua-Neuguinea und Osttimor wurde ein Beobachterstatus zugeteilt, Osttimor hat mittlerweile einen Antrag auf Mitgliedschaft gestellt.[231]

Zur Zeit der Gründung von ASEAN lag laut Klose das Ziel der Organisation primär in der Friedenssicherung in der Region, weniger im Ausbau wirtschaftlicher Beziehungen. So gab es um 1965 nicht zu unterschätzende Spannung zwischen Indonesien und Malaysia, weiter wurde befürchtet, dass sich der vietnamesische Kommunismus sowie die Unruhen in China auf ganz Südostasien ausweiten könnten.[232] Auch Wöhrer nennt in ihrer Arbeit die Sicherheit in der Region als oberstes Ziel der ASEAN: „ASEAN was originally established to provide collective security for its members, particulary with regard to the communist regime in Indochina.“[233]
Erst in zweiter Linie sollte ASEAN die bereits vorhandene Vormachtstellung Japans in der Region beenden und den Handel zwischen den ASEAN-Staaten vorantreiben.[234]
Dennoch wurden in der Bangkok Deklaration 1967 die Ziele der ASEAN in folgender Reihenfolge aufgelistet:

- To accelerate economic growth, social progress and cultural development in the region through joint endeavours in the spirit of equality and partnership in order to strengthen the foundation for a prosperous and peaceful community of South East Asian nations.
- To promote regional peace and stability through abiding for justice and the rule of law in the relationship among countries of the region and adherence to the principles of the United Nations Charter.
- To promote active collaboration and mutual assistance on matters of common interest in the economic, social, cultural, technical, scientific and adminstrative fields. [...][235]

231 vgl. http://www.aseansec.org/64.htm

232 vgl. KLOSE 1993, S. 63

233 WÖHRER 1994, S. 13

234 vgl. KLOSE 1993, S. 63

235 N.N. 1988, S. 122; In: KLOSE 1993, S. 65

Demnach lagen die Ziele der Organisation der ASEAN in erster Linie im wirtschaftlichen Aufschwung der Region und des sozialen Fortschritts sowie in der Sicherung der regionalen Stabilität und des Friedens. Und auch heute noch werden diese Punkte als die primären Ziele der Organisation angeführt.[236]

3.2.2. Politische Beziehungen EU - ASEAN

1972 war die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) der erste Partner, der mit der ASEAN Organisation informelle Beziehungen aufnahm. Drei Jahre später wurde bereits eine ASEAN-EWG Joint Study Group installiert, die die Beziehungen zwischen den Regionen weiter intensivieren sollte.
1977 wurden die Beziehungen zwischen der EWG und ASEAN formell weiter vertieft, ein Jahr später fand das erste ASEAN-EWG Ministertreffen in Brüssel statt. Institutionalisiert wurden die Verbindungen schließlich mit der Unterzeichnung einer EG-ASEAN Kooperation beim zweiten ASEAN-EWG Ministertreffen in Kuala Lumpur in 1980. Inhalt dieses Abkommens waren die Vertiefung und Intensivierung der wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit zwischen EWG und ASEAN, für deren Durchführung ein *Joint Cooperation Committee* installiert wurde. 1994 folgte mit dem 11. ASEAN-EU Ministertreffen ein weiterer Meilenstein in der Intensivierung der Beziehungen. Eine *Eminent Persons Group* wurde eingerichtet, die die politischen, sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen weiter fördern sollte.
Seit diesen Anfängen finden in regelmäßigen Abständen Treffen zwischen der Europäischen Union und der ASEAN Gemeinschaft statt. Seit 1996 wurden diese Beziehungen weiter institutionalisiert und finden nun in biennalen Abständen in Form des ASEM statt.

Das ASEM (Asia Europe Meeting) ist keine weitere internationale Organisation sondern ein Prozess, der in regelmäßigen Abständen die Regionen EU und Asien zusammenbringen soll. Teilnehmer am ASEM-Prozess sind demnach auf einer Seite die Mitgliedsstaaten der EU27 sowie die Europäische Kommission, auf der anderen die ASEAN Staaten, das ASEAN Sekretariat sowie die Staaten China, Indien, Japan, Korea, die Mongolei und Pakistan.[237]
Der erste ASEM Gipfel fand im Jahr 1996 in Bangkok statt, danach folgten in biennalen Abständen Gipfel abwechselnd in Europa und Asien. Der letzte ASEM Gipfel fand im Oktober 2008 in China statt.
Prinzipiell sollen die stattfindenden ASEM Gipfel die wirtschaftliche, politische sowie kulturelle Zusammenarbeit zwischen der EU und Asien fördern. Neben diesen offiziellen

236 vgl. http://www.aseansec.org/64.htm

237 vgl. http://www.aseminfoboard.org/page.phtml?code=About

Motiven beschreibt Sebastian Bersick in seinem Werk auch drei *inoffizielle* Motivationen für die Einführung regelmäßiger EU-Asien Treffen. So soll Asien, hier insbesondere Singapur, am Ende des Kalten Krieges die Befürchtung gehabt haben, dass sich Europa von nun an verstärkt mit Osteuropa beschäftigen und den asiatischen Raum vernachlässigen würde. Zudem wurde befürchtet, dass mit der Zeit die USA als übermächtiger Wirtschaftakteur im asiatischen Raum auftreten könnte, dem sollte mit einem eigenen *Pakt* mit der EU entgegengewirkt werden. Als letzten Punkt nennt Bersick das Ziel Asiens, anhand dieser automatisierten Treffen zwischen der EU und Asien allfällige Konflikte bereits im Anfangsstadium zu lösen oder gar zu verhindern.[238]

Heute beherbergt die ASEAN Region eine Bevölkerungszahl von etwa 574 Mio. (2007)[239], eine Fläche von über 4,5 Mio. km² sowie ein BIP von 1,5 Bill. USD.[240] Im Vergleich dazu bietet die Europäische Union eine Bevölkerungszahl von 493 Mio. Einwohnern auf einer Fläche von 4 Mio. km². Das BIP der EU beläuft sich auf etwa 10,9 Bill. EUR (2005)[241].

Grundsätzlich fasst die EU die Region um Südostasien in der Gruppe der ALA-Staaten (Asien und Lateinamerika) zusammen. Im Rahmen dieser Gruppe sollen mit der EU politische, wirtschaftliche und entwicklungspolitische Projekte realisiert werden. Im Fall von Vietnam, Laos und Kambodscha kommt jedoch hinzu, dass die EU für die Region Asien andere Länder als die in dieser Arbeit behandelten als Zielregionen ernannt hat. So ist die EU in Asien vor allem in Indonesien, Sri Lanka und Thailand (den Ländern der Tsunami-Katastrophe) aktiv, sowie in Afghanistan.[242]
Aus diesem Grund werden in den folgenden Kapiteln die Beziehungen der EU zu Vietnam, Laos und Kambodscha behandelt, ohne den Aspekt der ALA-Staaten.

3.2.3. Wirtschaftliche Beziehungen EU - ASEAN

Die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Regionen EU und ASEAN sind eng miteinander verknüpft. Von Anfang an lag der Schwerpunkt der EU – ASEAN Kooperationen auf dem Ziel, die ökonomischen Kontakte zwischen diesen Regionen zu stärken.

238 vgl. BERSICK 1998, S. 50

239 vgl. ADB 2008: Key Indicators for Asia and the Pacific 2008, S. 109-138

240 vgl. Economic Analysis in Support of Bilateral and Multilateral Trade Negotiation, 2006, S. 424

241 vgl. http://europa.eu/abc/keyfigures/index_de.htm

242 vgl. http://www.bei.europa.eu/projects/regions/ala/index.htm

Wirtschaftliche Beziehungen zwischen der EU und den ASEAN Staaten spielen sich zumeist auf bilateraler Ebene, als Partnerschaft von Regionen oder als multilaterale Kooperationen ab.

Auf bilateraler Ebene nahm 2006 der Handel zwischen der EU und ASEAN bloß 5% des gesamten Welthandels ein, auch im Jahr 2007 lag er nur bei 5,1%[243]. Gleichzeitig ist die EU der zweitgrößte Handelspartner der ASEAN Region (nach China), ASEAN hingegen steht bei den Handelspartnern der EU nur an fünfter Stelle, trotz eines jährlichen Handelsvolumens von bis zu 127 Mrd. EUR und einem jährlichen Handelszuwachs von etwa 4%.[244] Im Jahr 2007 hat die EU bereits die USA als größten Exportmarkt ASEANs abgelöst, als Importherkunftsgebiet liegt die EU an dritter Stelle.[245]

Zudem ist die EU auch der größte Investor in der Region. Über 27% des gesamten FDI im Zeitraum von 2001-2005 kamen aus der EU, im Vergleich davon 15% aus den USA.

Gemessen am vorhandenen Potenzial der ASEAN Region nehmen sich die Zahlen des Handelsvolumens der EU mit der ASEAN Region eher bescheiden aus. So betrugen im Jahr 2007 die EU27–Ausfuhren in die ASEAN Region 54 Mrd. EUR. Die Einfuhren in die EU27 aus den ASEAN Staaten beliefen sich auf 80 Mrd. EUR. Für den Zeitraum 2000-2007 bedeutet dies einen leichten Anstieg sowohl der Exporte als auch der Importe. Somit besitzt die EU27 im Handel mit ASEAN ein Handelsdefizit von etwa 26 Mrd. EUR.

Dem Exportvolumen nach würde die ASEAN Region bei den wichtigsten Exportpartnern den vierten Platz – deutlich nach China und knapp vor der Türkei – belegen. Bei den Importen läge ASEAN an vierter Stelle.[246]

Gesamt gesehen entfielen 2007 etwa 5,1% des EU27 Warenverkehrs auf die ASEAN Region.

Den Wirtschaftsregionen nach aufgeschlüsselt lag ASEAN bei den Exporten aus der EU27 an etwas abgeschlagener sechster Stelle, hinter der NAFTA, Lateinamerika, den EU-Beitrittskandidaten Kroatien und Türkei, der EFTA und der Mediterranen Zone[247]. Im Bereich

243 vgl. http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_113471.pdf

244 vgl. http://ec.europa.eu/trade/issues/bilateral/regions/asem/index_en.htm

245 vgl. http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_113471.pdf

246 vgl. http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_113463.pdf

247 Anm.: NAFTA: Kanada, Mexiko, USA.

Lateinamerika: 20 Staaten.

EU Kandidaten: Kroatien, Türkei

EFTA: Island, Norwegen, Schweiz

Mediterrane Zone (ohne der Türkei): Algerien, Westjordanland und Gazastreifen, Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, Marokko, Syrien, Tunesien

der Importe lag ASEAN an vierter Stelle, vor der Mediterranen Zone und den EU-Beitrittskandidaten.[248]

Innerhalb der EU27 sind Deutschland und Großbritannien die stärksten Handelspartner ASEANs, innerhalb ASEANs sind dies Singapur, Malaysia und Thailand. Österreich als Handelspartner innerhalb der EU27 nimmt nur ein geringes Volumen ein (2006: Exportvolumen 1,02 Mrd. EUR; vgl. Deutschland 2006: 13,9 Mrd. EUR). Dennoch liegt Österreich beim Exportvolumen innerhalb der EU27 an guter neunter Stelle, beim Import an 12. Stelle. Zudem ist Österreich eines von nur sechs EU-Staaten, die mit ASEAN kein Handelsdefizit aufweisen.[249]

Exportiert werden aus der EU27 in die ASEAN Region hauptsächlich Maschinen und Fahrzeuge, importiert werden Computerteile (auch Bildschirme und Drucker), Mobiltelefone sowie elektronische Schaltungen.

Der Handel und die politischen Beziehungen der EU27 mit den ASEAN Staaten Vietnam, Laos und Kambodscha wird im folgenden Kapitel gesondert behandelt.

3.2.4. Beziehungen EU – Vietnam

Die EU und Vietnam pflegen seit 1990 offizielle diplomatische Beziehungen, am 10. Oktober 2005 feierten die EU und Vietnam das 15-jährige Jubiläum dieser Beziehungen.

Im Juni 1996 wurde das erste Kooperationsabkommen zwischen der EU und Vietnam verabschiedet, im Jahr 2007 wurde im Rahmen des ASEM-Außenministertreffens in Hamburg beschlossen, in Kürze über ein neues Kooperationsabkommen zu verhandeln, welches jenes aus dem Jahr 1996 ablösen soll. EU-Kommissarin Ferrero-Waldner erklärte nach dem ASEM-Treffen:

> „Vietnam ist ein wichtiger Partner in Südostasien, und wir haben nun eine hervorragende Gelegenheit, ein Abkommen zwischen der EU und Vietnam auszuhandeln, das die gesamte Bandbreite unseres laufenden Dialogs widerspiegelt. Dieser Dialog wurde in den letzten Jahren auf eine Reihe strategischer Bereiche wie grenzüberschreitende Kriminalität, Migration und Umweltschutz ausgedehnt. Wir sehen großen Spielraum für eine verstärkte Zusammenarbeit auch in anderen Bereichen wie Bildung, Forschung und technologische Entwicklung.“[250]

248 vgl. http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_113463.pdf

249 vgl. EUROSTAT 2007: Pressemitteilung 20. November 2007, S. 2

250 FERRERO-WALDNER 2007, Dokument IP/07/712, Brüssel, 28. 05. 2007

Die Hauptziele des Abkommens von 1996 waren

> „die Schaffung der Voraussetzungen und die Förderung des Ausbaus und der Weiterentwicklung von Handel und Investitionen […], die Unterstützung der nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung in Vietnam […], der Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im beiderseitigen Interesse, u. a. die Unterstützung der fortgesetzten Bemühungen der Regierung Vietnams um die Umstrukturierung der Wirtschaft und um den Übergang zur Marktwirtschaft; die Förderung des Umweltschutzes und der substanzerhaltenden Nutzung der natürlichen Ressourcen.“[251]

Große Aufmerksamkeit innerhalb der EU erreichte Vietnam mit der Austragung des fünften ASEM Gipfels in Hanoi im Oktober 2004. 39 Staats- und Regierungschefs nahmen damals am Asien- EU- Gipfel teil.

Vietnam liegt als Herkunftsland der Importe in die EU27 an 34. Stelle und nimmt mit einem Importvolumen von 7,8 Mrd. EUR (2007) etwa 0,6% des Gesamtimportvolumens in die EU ein. Als Exportmarkt liegt Vietnam mit einem Volumen von 3,5 Mrd. EUR und einem Anteil von 0,3% an 50. Stelle. Als Gesamthandelspartner nimmt Vietnam den 40. Rang mit einem Anteil von 0,4% ein.[252]
Im Dezember 2004 löste die EU die zuvor verhängten Quotenbestimmungen für die Einfuhr von Textilien aus China und Vietnam, als Gegenzug öffnete Vietnam seinen Markt für weitere Investitionen der EU.

Im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit stellte die EU im Rahmen des *EC´s Country Strategy Paper for Vietnam 2002-2006* ein Budget von 162 Mio. EUR zur Verfügung, mit dem Fokus auf eine stärkere Entwicklung im Bildungssektor sowie eine erfolgreiche Integration der vietnamesischen Wirtschaft in den internationalen Markt. Weitere 162 Mio. EUR liegen bei der Europäischen Kommission für bilaterale Projekte mit Vietnam bereit.[253]

3.2.5. Beziehungen EU – Laos

Die Beziehungen zwischen der EU und Laos gehen bereits in die Zeit um 1976 zurück, wenngleich es damals humanitäre Projekte geringen Ausmaßes waren.
Ähnlich wie in Kambodscha ist die EU heute in Laos einer der größten Partner des Landes im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit. In der Zeit von 1993-2006 stellte die EU über

251 Amtsblatt Nr. L 136 vom 07/06/1996 S. 0029-0036

252 vgl. http://trade.ec.europa.eu/doclib/html/113463.htm

253 vgl. http://ec.europa.eu/external_relations/asean/intro/index.htm

100 Mio. EUR für humanitäre Projekte in Laos zur Verfügung. Im Gegensatz zu Vietnam und Kambodscha, wo der Fokus unter anderem auf Bildungsprojekten und Demokratieentwicklung liegt, ging bisher der Großteil der EU-Fördergelder in die Bekämpfung von Armut in Laos.
Im EU-Laos-Kooperationsabkommmen 2007-2013 will die EU auch ein Budget für Laos´ Ministerien zur Verfügung stellen, mit dem Ziel, das Wirtschaftswachstum, die *Good Governance* Bemühungen sowie die Stellung der Menschenrechte zu stärken. Dafür wird die EU von 2007-2010 über 32 Mio. EUR zur Verfügung stellen.
Als Wirtschaftspartner ist Laos bei den EU27 so gut wie nicht präsent, mit einem jährlichen Handelsvolumen von 185 Mio. EUR liegt Laos weit abgeschlagen an 156. Stelle. Auf der anderen Seite wiederum profitiert Laos stark von der EU-Initiative *Everything but Arms* und deren Handelserleichterungen in Form von steuer- und quotenfreien Exporten in die EU von allen Produkten außer Waffen und Munition.[254] So liegt die EU bei den wichtigsten Handelspartnern Laos´ hinter Thailand, Vietnam und China an vierter Stelle.[255]

3.2.6. Beziehungen EU – Kambodscha

Ein erstes Abkommen zwischen der EU und Kambodscha wurde bereits 1997 unterzeichnet und kam 1999 in Kraft. Doch schon zuvor pflegten die EU und Kambodscha Kontakte, seit Kambodschas Rückkehr in die internationale Gemeinschaft bezeichnet sich die EU als einen der wichtigsten Partner des Landes.[256]
Im Jahr 2002 eröffnete die EU eine EU-Vertretung in Phnom Penh, im Jahr 2004 wurde die Botschaft der Republik Kambodscha in Brüssel eingerichtet.

Zusammen mit Initiativen der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten und den Programmen der Kommission ist die EU zurzeit der größte Akteur im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und bei der Unterstützung des demokratischen Prozesses in Kambodscha. Im Jahr 2007 investierte die EU über 130 Mio. EUR in die Entwicklungszusammenarbeit in Kambodscha.[257]
Wirtschaftlich gesehen zählt Kambodscha mit einem BIP/ Kopf von ca. 400 EUR zu den ärmsten Ländern der Welt. Als Wirtschaftspartner der EU nimmt Kambodscha mit einem Handelsvolumen von 836 Mio. EUR den 113. Rang ein, mit einem berechneten Anteil von 0,0%. Die EU hingegen reiht sich in der Liste der wichtigsten Handelspartner Kambodschas

254 vgl. http://www.dellao.ec.europa.eu/en/eu_laos/laos_cooperation.htm
255 vgl. http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_113410.pdf
256 vgl. http://www.delkhm.ec.europa.eu/en/eu_and_country/index.htm
257 vgl. http://www.delkhm.ec.europa.eu/en/eu_and_country/index.htm

hinter den USA und Thailand an dritter Stelle ein.[258] Beim Export nach Kambodscha liegt Österreich innerhalb der EU27 an dritter Stelle, hinter der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich und Deutschland.[259]

3.3. Die österreichische Außenpolitik gegenüber Vietnam, Laos und Kambodscha

In den nächsten drei Kapiteln wird die österreichische Außenpolitik gegenüber Vietnam, Laos und Kambodscha analysiert. Dabei wird in einzelnen Punkten stark auf den diplomatischen Austausch zwischen diesen Ländern eingegangen, da die diplomatischen Beziehungen in einzelnen Perioden der letzten zehn Jahre das wichtigste Instrument der österreichischen Außenpolitik gegenüber diesen Ländern Südostasiens darstellten.
Trotz der geografischen Nähe der drei Länder zueinander muss doch deutlich zwischen der Bedeutung der drei Staaten für Österreich unterschieden werden. Zwar verfolgen weder das Außenministerium noch das Wirtschaftsministerium laut telefonischer Anfrage eine explizite Südostasien-Strategie, die Ziele der österreichischen Außenpolitik und Außenwirtschaft definieren würde, dennoch sind die österreichischen Bestrebungen in diesen durchaus präsent – wenn auch in einer miteinander nicht vergleichbaren Intensität. So unterhält Österreich in Vietnam eine österreichische Vertretung, die Österreichische Botschaft in Hanoi. Schon aus dieser örtlichen Präsenz gestalten sich die gegenseitigen diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und Vietnam in einem deutlich stärkeren Ausmaß als jene zu Laos und Kambodscha.

3.3.1. Österreich – Vietnam

Diplomatische Beziehung zwischen den Staaten Österreich und Vietnam bestehen seit dem 1. Dezember 1972.
Von da an baute Vietnam seine diplomatischen Beziehungen zu mittlerweile über 170 Staaten weiter aus. Im Zuge dieser diplomatischen Offensive eröffnete Vietnam 1991 seine ständige Vertretung in Österreich – die Botschaft in Wien.[260] Seit diesem Zeitpunkt haben sich die Beziehungen zwischen Österreich und Vietnam sowohl auf politischer, als auch auf wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und kultureller Ebene weiter vertieft. Höhepunkte der diplomatischen Kontakte war der Besuch des damaligen österreichischen Präsidenten

258 vgl. http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_113362.pdf

259 vgl. http://ec.europa.eu/external_relations/cambodia/intro/index.htm

260 vgl. http://www.vietnamembassy-austria.org/

Thomas Klestil 1995 in Vietnam, gefolgt von dessen Nachfolger, dem damaligen Nationalratspräsidenten Heinz Fischer, im Jahr 1997.[261]

Bestärkt wurden die bilateralen Kontakte durch die Eröffnung einer österreichischen Botschaft in Hanoi im Jahr 1998, im Jahr 200 wurde in Hanoi ein Liasion-Office der WKO eröffnet und zusätzlich zur Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen ein Konsulent in Ho Chi Minh City eingesetzt.

Weiter intensiviert wurden die diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und Vietnam in den Jahren 2000-2008. Im Laufe dieser Jahre fanden auf beiden Seiten offizielle Besuche auf höchster politischer Ebene statt.

Österreichische Experten- und Beamtendelegationen besuchten Vietnam, vietnamesische Amtskollegen kamen nach Österreich. Hohe politische Vertreter aus Österreich aus den Bereichen Wirtschaft, Kultur, Bildung und Industrie statteten Vietnam einen Besuch ab, Gegenbesuche auf ebenso hoher Beamtenebene kamen aus Vietnam nach Österreich.

Eine detaillierte Aufstellung der diplomatischen Kontakte und Besuche zwischen Österreich und Vietnam kann in den Außenpolitischen Berichten der Jahre 1998-2008 des BMEIA aufgesucht werden.

Im Jahr 2002 besuchte eine Delegation der Gesellschaft Österreich-Vietnam und des Dachverbandes der österreichisch-ausländischen Freundschaftsgesellschaften unter der Leitung des ehemaligen Bundesministers Peter Jankowitsch Hanoi. Anlass war der 30. Jahrestag der Aufnahme bilateraler diplomatischer Beziehungen zwischen Österreich und Vietnam.[262]

2004 nahm der damalige Bundeskanzler Wolfgang Schüssel am ASEM V Gipfel in Hanoi teil, in seiner Funktion als österreichischer Governor nahm Botschafter a.D. Schallenberg am Treffen der *Board of Governors* der Asien-Europa-Stiftung (ASEF) in Hanoi teil.

Im Jahr 2005 statteten unter anderem Staatssekretär Eduard Mainoni mit einer Wirtschaftsdelegation und Bundesministerin Elisabeth Gehrer mit einer Wissenschaftsdelegation Vietnam einen offiziellen Besuch ab. Als Mitglied der Wirtschaftsdelegation betonte Staatssekretär Mainoni die erfreuliche Entwicklung der beiden Staaten bei der Wirtschaftszusammenarbeit, insbesondere auf dem Sektor des Bahn- sowie des Gesundheitswesens, der Umwelt und der Technologiezusammenarbeit.[263]

---

261 vgl. http://www.vietnamembassy-austria.org/en/nr070521165956/news_object_view?newsPath=/vnemb.vn/tin_hddn/ns080602110547

262 vgl. BMEIA 2003, S. 337

263 vgl. http://www.vietnamembassy-austria.org/nr070521165956/news_object_view?newsPath=/vnemb.vn/tin_hddn/ns050728100431

Bundesministerin Gehrer schloss mit ihrem vietnamesischen Amtskollegen Nguyen Minh Hien ein Übereinkommen ab, welches die gegenseitige Annerkennung von Diplomen und akademischen Graden gewährleisten soll.[264]
Auf universitärer Ebene wurde eine Kooperationsvereinbarung zwischen der Universität für Bodenkultur und der Hanoi University of Technology zur Ausbildung von vietnamesischen StudentInnen abgeschlossen. Weiter wurde zwischen der Fachhochschule IMC Krems und der Universität Hue die Errichtung einer Tourismusausbildungsstätte fixiert. Auf diese spezielle Kooperation im Bereich des Tourismus wird im Kapitel zur Auslandkulturpolitik gegenüber Vietnam noch separat eingegangen.[265]

Im Mai 2006 erfolgte ein Besuch der Präsidentin des Bundesrates, Frau Sissy Roth-Halvax, in Hanoi und Ho Chi Minh City. Im Rahmen des offiziellen Empfangs der österreichischen Delegation durch den vietnamesischen Präsidenten Tran Duc Luong meinte dieser: „Viet Nam would like the Austrian Parliament and Government to encourage Austrian businesses to expand direct investment and trade exchanges, and boost bilateral cooperation in economies, culture, tourism, education and training, and science-technology."[266] Weiter betonte Präsident Luong, Vietnam und seine Behörden werden ihr Möglichstes tun, die Korruption zu bekämpfen und Menschenrechte sowie die Demokratie im Land weiter zu stärken.

Im Oktober 2007 kam es – wenn auch nicht in politischen Kreisen, so doch in den Medien – zu leisen Misstönen, nachdem Vietnams Präsident Triet seinen geplanten Österreich-Besuch nur wenige Tage zuvor absagte. Als Grund nannte das offizielle Vietnam damals den Taifun, der im September über Vietnam gefegt war und über 64 Todesopfer gefordert hatte. In Medienkreisen wurde spekuliert, ob die Absage des offiziellen Besuchs damit zusammen hing, dass sich zu diesem Zeitpunkt sowohl Vietnam als auch Österreich um eine nicht ständige Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat für die Periode 2008/09 bzw. 2009/10 bemühten.[267]
Im März dieses Jahres besuchte eine Delegation des BMWA unter Leitung des Wirtschaftsministers Martin Bartenstein Hanoi. Ziel des Treffens mit dem Staatspräsidenten Nguyen Minh Triet war die Festigung und Stärkung der wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Länder. Präsident Triet betonte in diesem Zusammenhang die Bedeutung

264 vgl. http://www.vietnamembassy-austria.org/nr070521165956/news_object_view?newsPath=/vnemb.vn/tin_hddn/ns050728100431
265 vgl. BMEIA 2006, S. 354-355
266 vgl. http://www.vietnamembassy-austria.org/nr070521165956/news_object_view?newsPath=/vnemb.vn/tin_hddn/ns060524094735
267 vgl. Der Standard, Printausgabe 11.10.2007

Österreichs für Vietnam: „Vietnam wants Austria to be a gateway for the country to broaden trade ties with the European Union."[268] Auf der anderen Seite zeigte Triet den Willen, Österreich beim wirtschaftlichen Einstieg in den ASEAN-Markt – mit über 500 Mio. Menschen – zu unterstützen.

Im Juni 2008 stattete schließlich Präsident Triet Österreich einen offiziellen Besuch ab. Bei seinem Zusammentreffen mit Bundespräsident Fischer betonten beide die Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit und vereinbarten weiterhin gegenseitige Unterstützung beim wirtschaftlichen Wachstum. Fischer und Triet unterzeichneten auch das vorab ausverhandelte Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von Diplomen und akademischen Titeln sowie das Doppelbesteuerungsabkommen.[269] Weiter signalisierte Triet, Österreich bei der Bewerbung als nicht ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat für die Periode 2009-2010 unterstützen zu wollen.

Kritische Stimmen gab es beim Zusammentreffen von Triet mit Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, die sich vorsichtig zur Todesstrafe in Vietnam äußerte und deren Abschaffung forderte. Triet soll sein Bemühen erklärt haben, „die Anwendung der Todesstrafe zu verringern und schrittweise ihre Abschaffung einzuleiten".[270]

Abschließend bedankte sich Triet bei Fischer für Österreichs Unterstützung „beim Kampf um die Wiedervereinigung unseres Landes"[271]. Österreich hatte die diplomatischen Beziehungen zu Vietnam bereits 1972, unter Bundeskanzler Kreisky aufgenommen, zu einer Zeit, als die USA noch Krieg gegen Nordvietnam führten.

Von besonderer Bedeutung war Triets Besuch in Österreich demnach auch für einen Erfolg der österreichischen Bewerbung um einen nicht ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat für den Zeitraum 2009/10.

Bei der 63. UN-Generalversammlung in New York im September 2008 meinte Außenministerin Plassnik zu den Bemühungen Österreichs um Aufnahme in den Sicherheitsrat als nicht ständiges Mitglied:

> „Seit seinem Beitritt zu den Vereinten Nationen vor mehr als 50 Jahren hat Österreich stets an multilateralen Lösungen für globale Herausforderungen gearbeitet. Unsere Kandidatur für einen nicht-ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ist ein Ausdruck unserer Entschlossenheit, der Weltorganisation zu dienen. Dies ist die wichtigste Verantwortung, mit der ein Mitglied unserer

268 http://www.vietnamembassy-austria.org/nr070521165956/news_object_view?newsPath=/vnemb.vn/tin_hddn/ns080306115048

269 vgl. http://www.vietnamembassy-austria.org/en/nr070521165956/news_object_view?newsPath=/vnemb.vn/tin_hddn/ns080603153815

270 Der Standard, Printausgabe 4.6.2008

271 http://www.hofburg.at/show_content2.php?s2id=1108

> Organisation betraut werden kann. Wir sind bereit, diese Verantwortung zu übernehmen, und ich bitte Sie um Ihre Unterstützung. Wir werden an gemeinsamen Lösungen für unsere gemeinsamen globalen Herausforderungen arbeiten, im Sinne einer wahren Partnerschaft."[272]

Gemeinsam mit Außenministerin Plassnik hatten auch Staatssekretär Winkler, Bundespräsident Fischer und Bundeskanzler Gusenbauer eine wahre „Lobbying-Offensive"[273] in New York gestartet.

Die Wahl der neuen nicht ständigen Mitglieder im UN-Sicherheitsrat fand am 17. Oktober statt, Island und die Türkei waren dabei Österreichs Mitbewerber um den nicht ständigen Sitz. Österreich erreichte dabei gleich im ersten Wahldurchgang 133 Stimmen und damit die notwendige 2/3 Mehrheit und wird gemeinsam mit der Türkei in den UN-Sicherheitsrat einziehen.[274]
Für die Gruppe *Western Europeans und Other Groups* gibt es im Sicherheitsrat zwei Sitze, da bei der UN-Vollversammlung jedes Mitgliedsland der Vereinten Nationen eine Stimme hat, mussten von den 192 Ländern der UNO demnach 128 Österreich die Stimme geben.
Im Rahmen seines Österreich-Besuchs im Juni 2008 soll der vietnamesische Präsident Triet Bundespräsident Fischer die vietnamesische Unterstützung für die österreichische Bewerbung zugesagt und sich für die gemeinsame Arbeit im Sicherheitsrat ausgesprochen haben: „Ich bin mir absolut sicher, dass es eine sehr gute und konstruktive Zusammenarbeit im Sicherheitsrat geben wird, denn er hat globale Agenden mit Hunderten Themen."[275]

Unabhängig dieser Verflechtungen im Zuge der vietnamesischen und österreichischen Bemühungen um einen nicht ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat können die Beziehungen zwischen Österreich und Vietnam mittlerweile auf einen langen Prozess wechselseitiger Besuche und Kooperationen zurückblicken.
So haben in den letzten zehn Jahren zahlreiche persönliche Kontakte auf Präsidenten-, Minister- und Beamtenebene stattgefunden. Neben den gegenseitigen Besuchen auf höchster Ebene verfügen Österreich und Vietnam inzwischen über vier bilaterale Abkommen, zwei davon bereits in Kraft.

---

272 http://www.bmeia.gv.at/aussenministerium/aktuelles/reden-und-interviews/2008/erklaerung-von-aussenministerin-ursula-plassnik-vor-der-63-generalversammlung-der-vereinten-nationen.html

273 Der Standard, Printausgabe 19.09.2008

274 vgl. http://www.bmeia.gv.at/aussenministerium/aktuelles/presseaussendungen/2008/plassnik-zur-uno-wahl-beeindruckender-vertrauensbeweis-der-internationalen-staatengemeinschaft.html

275 http://www.hofburg.at/show_content2.php?s2id=1108

3.3.2. Österreich – Laos

In der Basisinformation Laos des Außenministeriums/ Sektion Asien werden die Beziehungen zwischen Österreich und Laos als problemfrei, aber sehr bescheiden beschrieben. So gibt es nur spärlichen diplomatischen Austausch und keine bilateralen Verträge zwischen Österreich und Laos. Der Abschluss eines Investitionsschutz-Abkommens ist derzeit in Arbeit.
Im Gegensatz zur österreichischen Botschaft in Vietnam besitzt Österreich keine diplomatische Vertretung in Laos, die österreichische Botschaft in Bangkok betreut die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Angelegenheiten mit Laos. In konsularischen Belangen wird Österreich in Vientiane von Deutschland vertreten, es gibt auch kein österreichisches Honorarkonsulat in Laos.[276]

Österreich galt lange Zeit als Vorbild für Laos, welches das österreichische System der erfolgreichen Außenpolitik eines kleinen, neutralen Staates mit – früher – relativ hohen Staatsanteilen in der Wirtschaft als Modell sah.
Wenige Tage vor dem Wiener Gipfeltreffen zwischen Chruschtschow und Kennedy 1961 gab es zahlreichen diplomatischen Schriftverkehr zwischen der USA und der Sowjetunion. Anschließend soll Chruschtschow zum US-Botschafter Llewellyn Thomson, der zuvor 1955 als US-Repräsentant beim Staatsvertragsabschluss in Wien anwesend war, gemeint haben: „In a world […] we share the same desire as you, namely to end the fighting which only sheds blood, gives neither you nor us anything, and hurts the relations between us. We welcome a Laos that pursues a neutral policy on the model of Austria. To achieve an agreement on Austria had not been difficult and in the case of Laos the situation can be brought to a beneficial end."[277] Thomson soll darauf erwidert haben: "We should let the Laotians work out their own government and we and the USSR should attempt to reach an agreement to support the neutrality of Laos just we did in Austria."[278] Somit hatten sich die USA und die Sowjetunion auf ein neutrales Modell in Laos nach österreichischem Vorbild geeinigt. Auf diese Einigung wurde auch die österreichische Presse aufmerksam, Hugo Portisch – Redakteur beim Kurier, der damals auflagenstärksten Zeitung – schrieb von dem von Kennedy „genannten Modellfall Österreich, das so neutral sei, wie es sich der US-

276 vgl. E-Mail Botschafter Zimburg, 30.09.2008

277 KOFLER 2003, S. 44

278 ebda

Präsident für Laos wünsche. Außerdem hätten ja die Sowjets die Neutralität Österreichs angestrebt und anschließend ihre Truppen abgezogen.“[279]
Nach österreichischem Vorbild kam es kurze Zeit später in Laos zur Bildung einer Koalitionsregierung, an der sowohl Souvanna Phouma und der Pathet-Lao beteiligt war. Leider währten diese Regierung und die Politik der Neutralität nur kurz, denn Laos wurde immer stärker in den Vietnam-Konflikt hineingezogen.[280]

Den anfangs erwähnten bescheidenen Beziehungen zwischen Österreich und Laos entsprechend, sind die bilateralen Kontakte und Austauschbesuche quantitativ sehr gering.
Im Jahr 2000 fand in Vientiane das 13. EU-ASEAN Außenministertreffen statt, an dem auch die damalige Außenministerin Ferrero-Waldner teilnahm.[281] In den Jahren 2001-2004 fanden keine offiziellen Besuche in Österreich oder Laos statt, im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft wurden Fachkräfte und Akademiker aus Laos in Österreich fortgebildet.
Botschafter Niesner nahm mit einer österreichischen Delegation im Juli 2005 als Teil der EU-Troika an der *Post Ministerial Conference* des 38. Ministertreffens in Vientiane teil.[282]
Im Jahr 2006 besuchte eine österreichische Delegation unter der Leitung von Botschafter Riedel Vientiane, es fanden Gespräche mit dem laotischen Landwirtschaftsminister, dem Transportminister, dem Vize-Gesundheitsminister sowie dem Gouverneur der Zentralbank statt.[283]

2007 nahm Bundesminister a.D. Peter Jankowitsch – gleichzeitig Präsident der Gesellschaft Österreich Vietnam – an der Frankophonie-Ministerkonferenz in Vientiane teil, es kam zu Gesprächen mit dem laotischen Außenminister, dem Landwirtschaftsminister und dem Leiter des Präsidentenkabinetts. Im Zuge der Wiener Konferenz zum Verbot von Streumunition kam eine laotische Beamtendelegation nach Wien.[284]
Doch wie oben bereits angedeutet, sind die Beziehung zwischen Österreich und Laos zwar problemlos, jedoch sehr bescheiden.

279 ebda
280 vgl. KOFLER 2003, S. 46-47
281 vgl. BMEIA 2001, S. 298
282 vgl. BMEIA 2006, S. 290
283 vgl. BMEIA 2007, S. 301
284 vgl. BMEIA 2008, S. 295

3.3.3. Österreich – Kambodscha

In den *Basisinformationen Kambodscha (Stand 16. Juni 2008)* der Sektion Asien im Außenministerium heißt es – ident zu Laos – zu den offiziellen Beziehungen zwischen Österreich und Kambodscha: „Die Beziehungen zwischen Österreich und Kambodscha sind im Allgemeinen problemfrei, aber sehr bescheiden.“[285]
So hat Österreich auch in Kambodscha keine ständige Vertretung sondern wird von der Botschaft Bangkok mitbetreut. Konsularisch wird Österreich in Phnom Penh durch Deutschlands Botschaft vertreten, Angelegenheiten des Schengen-Abkommens hat für Österreich die Botschaft Frankreichs inne.[286]

Den wohl stärksten Österreich-Bezug erhielt Kambodscha im Jahr 2000, als der damalige UN-Generalssekretär Kofi Annan den Österreicher Prof. Peter Leuprecht, einen Experten für Menschenrechte, zum neuen Sonderbeauftragten für Menschenrechtsfragen in Kambodscha ernannte.[287]
In den nächsten fünf Jahren sollten seine Besuche in Kambodscha im Rahmen seines Auftrags als Menschrechts-Sonderbeauftragter auch die einzigen österreichischen Besuche eines hohen Beamten – wenn auch in UN-Funktion - in Kambodscha darstellen.
Im Jahr 2002 absolvierte Leuprecht abermals Reisen nach Kambodscha, dieses Mal mit dem UN-Auftrag, die landesweit abgehaltenen Lokalwahlen vom 3. Februar zu beobachten.[288] Im darauf folgenden Jahr absolvierte Leuprecht seine bereits 9. und 10. Mission nach Kambodscha, diesmal im Rahmen der kambodschanischen Parlamentswahl vom 27. Juli.[289]
Im Jahr 2004 erfolgten zwar keine offiziellen Besuche in Österreich oder Kambodscha, es wurde allerdings am 17. Dezember ein Investitionsschutzabkommen mit Kambodscha unterzeichnet, welches aber noch nicht in Kraft getreten ist.[290]

Auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit wurden 2005 im Rahmen der UNIDO insgesamt EUR 1,25 Mio. für die zwei Projekte *Rural Energy for Productive Uses* und *Market Access Support for Cambodia through the Strengthening of Capacities related to Meteorology, Testing and Conformity* realisiert. Zusätzlich wurden im Zuge der OEZA Stipendien für Wissenschafter und Forscher aus Kambodscha zur Verfügung gestellt.

285 E-Mail Botschafter Zimburg vom 30.09.2008

286 vgl. ebda

287 vgl. BMEIA 2001, S. 291

288 vgl. BMEIA 2003, S. 286

289 vgl. BMEIA 2004, S. 301

290 vgl. http://www.parlament.gv.at/PG/DE/XXII/I/I_00903/pmh.shtml

Im September 2006 stattete eine österreichische Wirtschaftsmission unter der Leitung von Botschafter Riedel Kambodscha einen viertägigen Arbeitsbesuch ab, es fanden Gespräche mit dem Staatssekretär des kambodschanischen Wirtschafts- und Finanzministeriums sowie mit dem Staatssekretär des kambodschanischen Landwirtschaftsministeriums statt. Im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft Österreichs nahm der kambodschanische Finanzminister Chhon Keat am ASEM-Finanzministertreffen in Österreich teil.[291]

Im Dezember 2007 nahm eine kambodschanische Beamtendelegation an der Wiener Konferenz zum Verbot von Streumunition teil, abgesehen von diesem Besuch fand kein offizieller Austausch statt.[292]

3.4. Zusammenfassung

Wie in der Einleitung zu diesem Kapitel bereits angedeutet, lassen sich die österreichischen Beziehungen zu diesen drei Ländern nur sehr schwer miteinander vergleichen. Die österreichische Präsenz in Vietnam hat mittlerweile eine vollkommen andere Stellung erreicht als jene in Laos und Kambodscha. Diplomatischer Austausch zwischen Österreich und Vietnam findet mittlerweile auf allen Ebenen statt, von Besuchen des Bundespräsidenten abwärts über Beamtenbesuche bis zu Studentenaustauschprogrammen.

Auch die Ziele der österreichischen Außenpolitik sowie der österreichischen Wirtschaft sind in Vietnam gewiss andere als in Laos und Kambodscha. Während es in Laos und Kambodscha vorwiegend um eine geeignete Positionierung der österreichischen Wirtschaft im Land geht, werden in Vietnam bereits konkrete Projekte verfolgt. Mehr zu den wirtschaftlichen Beziehungen Österreichs zu Vietnam, Laos und Kambodscha findet sich in Kapitel 4. dieser Arbeit.

Wie in der Aufstellung erkennbar, wird die österreichische Außenpolitik gegenüber Vietnam, Laos und Kambodscha stark von gegenseitigen Besuchen bestimmt. Besonders in den Beziehungen zu Vietnam scheint die Diplomatie das zentrale Element zu sein. Während sich der diplomatische Austausch zwischen Österreich und Laos und Kambodscha zumeist auf Kontakte beschränkt, die im Rahmen internationaler Konferenzen und Treffen (ASEAN, ASEM, UNO, etc.) stattfinden, pflegen Österreich und Vietnam bereits seit längerem bilateralen, hochwertigen Austausch.

291 vgl. BMEIA 2007, S. 290

292 vgl. BMEIA 2008, S. 285

In Kapitel 2.5. wurden die möglichen Akteure der österreichischen Außenpolitik genannt und ihre Aufgaben gemäß der österreichischen Verfassung analysiert. Dem praktischen Beispiel Vietnams, Laos´ und Kambodschas folgend, können diese Akteure nun auf die österreichische Außenpolitik gegenüber Vietnam, Laos und Kambodscha projiziert werden.
Der letzte Staatsbesuch des österreichischen Bundespräsidenten in Vietnam liegt bereits acht Jahre zurück, 1995 stattete der damalige Bundespräsident Thomas Klestil Vietnam einen offiziellen Besuch ab. 1997 folgte ein offizieller Besuch Heinz Fischers in Vietnam, jedoch in der Funktion des Nationalratspräsidenten. Somit hat Heinz Fischer in seiner Funktion als Bundespräsident Vietnam noch keinen offiziellen Staatsbesuch abgestattet, war jedoch in der Rolle des Gastgebers als außenpolitischer Akteur tätig.
Auf Bundeskanzlerebene fand der letzte Besuch 2004 statt, der damalige Bundeskanzler Schüssel nahm am ASEM V Gipfel in Hanoi teil. Im letzten Jahr besuchte Bundeskanzler Gusenbauer Vietnam im Rahmen einer privaten Urlaubsreise, somit nicht in seiner Funktion des Bundeskanzlers.
Die Ministerien sind in die außenpolitische Tätigkeit Österreich eingebettet und entsandten im Zeitraum 1998-2008 zahlreiche Vertreter nach Vietnam. Dabei kam dem Außenministerium die tragende Rolle bei der Gestaltung der außenpolitischen Beziehung mit Vietnam, Laos und Kambodscha zu, diplomatischer Beamtenaustausch fand aber auch in den Ressorts Bildung, Wirtschaft, Finanzen, Verkehr etc. statt.
Die österreichischen Parteien sind in der südostasiatischen Region nur sehr schwach mit ihren ideologischen Partnern vernetzt, im Fall von Vietnam, Laos und Kambodscha fehlt diese ideologische Verknüpfung beinahe völlig. So fanden gegenseitige Besuche nicht vor dem Hintergrund parteilicher Zusammenarbeit statt, sondern zumeist in der Funktion politischer Beamter. Damit beschränkte sich die Tätigkeit der Parteien auf ihre legislativen Aufgaben wie der Kontrolle und Mitverfolgung der österreichischen Außenpolitik.

Im Vergleich zum diplomatischen Austausch zwischen Österreich und Vietnam, Laos und Kambodscha mag die Anzahl der wirtschaftlichen Delegationen in diese Region unverhältnismäßig hoch sein. Daran wird jedoch ein Ziel der österreichischen Außenpolitik in dieser Region deutlich. Die wirtschaftliche Präsenz Österreichs in der Region ist von großer Bedeutung für Österreich und politische und diplomatische Kontakte ein wichtiges Instrument zur Erreichung dieses Ziels.

4. ÖSTERREICHISCHE AUSSENWIRTSCHAFTSPOLITIK

Die österreichische Außenwirtschaft gegenüber den Staaten Vietnam, Laos und Kambodscha bildet ein Kernelement dieser Arbeit. Da die Außenpolitik Österreichs nicht ohne deren Außenwirtschaftspolitik analysiert werden kann, soll in diesem Kapitel auf die Außenwirtschaftspolitik und den Außenhandel Österreichs nach Südostasien eingegangen werden.

Grundsätzlich können Ziele der Außenwirtschaftspolitik als Unterziele der gesamten, allgemeinen Wirtschaftspolitik bezeichnet werden. Die Ziele der Wirtschaftspolitik sind wiederum Wachstum, Vollbeschäftigung und eine ausgeglichene Handelsbilanz.[293] Die Außenwirtschaft kann helfen, diese Ziele zu erreichen, indem sie für eine Sicherung der Rohstoffversorgung sorgt, Absatzmärkte sichert oder neu erschließt und die Stabilität des Wechselkurses gewährleistet.[294]

Als Instrumente der Außenwirtschaftspolitik werden die Ordnungspolitik (rechtlich institutioneller Rahmen der Außenwirtschaftsbeziehungen), die Handelspolitik (Regelung der Mengen durch Ein- und Ausfuhrverbote, Preispolitik durch Zölle und Subventionen), die Währungspolitik (Wechselkurs und Devisenbewirtschaftung), die Steuerpolitik (regionale Körperschafts- bzw. Lohnsteuern als Betriebsansiedelungsinstrument) und die Integrationspolitik (wirtschaftliche Koordination und Zusammenarbeit innerhalb regionaler oder weltweiter Organisationen) eingesetzt.[295]

Österreich besitzt aufgrund seines – in Kapitel 3. erläuterten – Kleinstaatencharakters eine relativ hohe Auslandsabhängigkeit im Bereich seiner Außenhandelspolitik. So verfügt Österreich, verglichen zu Staaten wie den USA, Japan, Frankreich, Deutschland über einen nur sehr kleinen Binnenmarkt, über äußerst beschränkte Rohstoffvorkommen und natürliche Ressourcen und muss auf eventuelle Kostenvorteile durch Massenproduktionen verzichten. Als Folge dieser Wettbewerbsnachteile erfolgt bei Kleinstaaten eine „Spezialisierung des Exportes und der Produktion“[296].

293 vgl. SCHUH 2005, S. 67

294 vgl. ebda

295 vgl. SCHUH 2005, S. 68; zit. nach NOHLEN 2002, S.23

296 BREUSS 1989, S. 399; In: ABELE et al. 1989

4.1. Akteure der Außenwirtschaftspolitik

Ähnlich wie bei der allgemeinen Außenpolitik können die Akteure der Außenwirtschaftspolitik nur grob skizziert werden. Zu groß ist der Einfluss der verschiedenen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Ebenen des Landes.
Als primärer Akteur der Außenwirtschaftspolitik muss das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, welches seinen Aufgabenbereich in der Außenwirtschaftspolitik wie folgt beschreibt, gesehen werden:

> „Wesentliches Ziel der österreichischen Außenwirtschaftspolitik ist es, optimale Rahmenbedingungen zu schaffen, die es österreichischen Unternehmen ermöglichen, auf den Weltmärkten erfolgreich und unter fairen Bedingungen bestehen zu können. Dabei ist es notwendig durch aktive Vertretung der österreichischen Interessen in den einschlägigen EU-Gremien und durch bilaterale Kontakte auf Minister- und Beamtenebene sowohl die rechtlichen Rahmenbedingungen zu verbessern als auch die Anliegen der österreichischen Exportwirtschaft nachdrücklich zu vertreten. Hiebei [sic!] müssen selbstverständlich auch die Schutzinstrumentarien gegen unfaire Handelspraktiken zum Wohle der österreichischen Wirtschaft entsprechend eingesetzt werden.“[297]

Zu dieser Unterstützungsfunktion des BMWA gehören auch die Vorbereitung und Verhandlung von Staatsverträgen auf dem Gebiet der Außenwirtschaft, sofern diese nicht in den Zuständigkeitsbereich des Europarates, der OECD oder der Vereinten Nationen fallen,[298] denn demnach wäre für die Verhandlung dieser Verträge das Außenministerium zuständig. Aufgrund dieser notwendigen Koordination ist die Kommunikation zwischen BMWA und BMEIA von besonderer Bedeutung.

Einen weiteren Akteur der österreichischen Außenwirtschaftspolitik stellt die Wirtschaftskammer dar. Durch die Funktion als Vertretung der Gewerbetreibenden in Österreich ist es ein erklärtes Ziel der WKO, die Wirtschaftsbeziehungen österreichischer Unternehmen mit dem Ausland zu fördern und zu stärken.[299] Durch formelle und informelle Kontakte werden dabei Beziehungen zwischen internationalen Unternehmen und Akteuren der österreichischen Außenpolitik (Bundesregierung, Außenministerium, Wirtschaftsministerium, etc.) geknüpft und gepflegt.[300]

297 http://www.bmwa.gv.at/BMWA/Schwerpunkte/Aussenwirtschaft/default.htm

298 vgl. JIRESCH 1995, S. 13ff.

299 vgl. FINK, S. 446-469; In: Dachs, Herbert et al. [Hrsg.] 2006, S. 443-469

300 vgl. SCHUH 2005, S. 73-74

4.2. Definition Außenhandel

Der österreichische Außenhandel ist ein zentrales Element der österreichischen Außenwirtschaft.[301] Außenwirtschaft wiederum stellt „die Gesamtheit der grenzüberschreitenden Wirtschaftsbeziehungen eines Landes“[302] dar.
Wie in Kapitel 2.1. bereits erläutert, sind die Wirtschaftspolitik, und damit auch der Außenhandel und die Außenwirtschaft zentrale Bestandteile der Außenpolitik.
Gemessen und erklärt wird der Außenhandel mit dem so genannten *komparativen Vorteil*. Dieses von David Ricardo in die Außenwirtschaftstheorie eingeführtes Gesetz besagt, dass „Außenhandel auch zwischen Ländern, die bei der Produktion aller Güter absolut überlegen bzw. unterlegen sind, für beide Seiten wirtschaftlich sinnvoll ist, wenn sich das absolut überlegene Land auf die Produktion von Gütern mit den größeren Kostenvorteilen, das unterlegene Land entsprechend auf die Produktion von Gütern mit den geringsten Kostennachteilen konzentriert“[303].
Demnach kann Österreich mit Vietnam, Laos und Kambodscha Handel betreiben, ohne das ein Land Nachteile aus diesen wirtschaftlichen Kontakten ziehen muss.

4.3. Überblick: Österreichs Außenhandel 2007

Bevor auf den Außenhandel Österreichs zu Vietnam, Laos und Kambodscha im Detail eingegangen werden kann, wird ein Überblick über den österreichischen Außenhandel im Allgemeinen gegeben. Dabei werden – sofern nicht anders angegeben – die Wirtschaftsdaten aus dem Jahr 2007 herangezogen.
„Ziel der österreichischen Außenwirtschaftspolitik ist es, optimale Rahmenbedingungen für heimische Unternehmen zu schaffen, um auf den Weltmärkten erfolgreich und unter fairen Bedingungen bestehen zu können.“[304] Mit diesen Worten formuliert das Wirtschaftsministerium die Ziele des österreichischen Außenhandels. Denn „für eine kleine offene Volkswirtschaft wie Österreich sind Exporte und Importe von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Know-how entscheidende Bestimmungsfaktoren der wirtschaftlichen

301 vgl. ANDERSEN 2002, S. 42-46

302 ANDERSEN 2002, S. 46

303 ANDERSEN 2002, S. 425

304 http://www.bmwa.gv.at/BMWA/Schwerpunkte/Aussenwirtschaft/default.htm

Entwicklung“[305]. In Österreich hängt mittlerweile jeder dritte Arbeitsplatz vom Exporthandel ab.

Grundsätzlich betreibt Österreich Handel mit den meisten Ländern der Welt. Werden diese in Gruppen eingeteilt, können – in Anlehnung an das Wirtschaftsministerium – folgende Regionen genannt werden, mit denen Österreich Handel betreibt: die EU-15, die EU-10, SOEL, Asien, Afrika, Australien/ Ozeanien und Amerika.[306]

4.3.1. Die österreichischen Exporte

Generell wuchsen die österreichischen Exporte 2006 um 9,5% auf 103,7 Mrd. EUR, dies bedeutet einen Anteil der Exporte am BIP von 40,2%. Im Jahr 2007 wuchs die Exportquote abermals um 10,5% auf 114,7 Mrd. EUR. Für das Jahr 2008 erwartet die Wirtschaftskammer, dass die Exportquote zwar weiter steigen wird, wenn auch nicht mehr so stark wie 2007. Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl geht für das Jahr 2008 von einem Exportwachstum von 5% aus.[307]

Die Importe konnten 2006 um 8,0% auf 104,2 Mrd. EUR zulegen. Im Jahr 2007 stiegen die Importe auf 114,3 Mrd. EUR, was einem Anstieg von 9,6% entsprach.[308]

Die Handelsbilanz war somit mit einem Defizit von knapp 0,5 Mrd. EUR (2005: -1,8 Mrd. EUR) beinahe ausgeglichen,[309] im Jahr 2007 wies sie sogar einen Überschuss von 0,4 Mrd. EUR auf[310], siehe untere Skizze.

Grund für den wiederholten Anstieg der Exportquote war abermals die große Nachfrage aus den Ländern Südosteuropas. Aber auch die Exportzahlen im Handel mit den EU27 stiegen

---

305 BMWA 2007, S. 1

306 Anm.: EU-15: Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien, Vereinigtes Königreich

EU-10 (Osterweiterung 2004): Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowenien, Slowakei und Ungarn, Malta und Zypern

SOEL: Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Rumänien, Serbien-Montenegro (ab 2007 ohne Bulgarien und Rumänien)

GUS: Armenien, Aserbaidschan, Weißrussland, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Moldawien, Russland, Tadschikistan, Turkmenistan, Ukraine, Usbekistan

307 vgl. http://portal.wko.at/wk/format_detail.wk?AngID=1&StID=421093&DstID=0

308 vgl. http://www.bmwa.gv.at/BMWA/Schwerpunkte/Aussenwirtschaft/AussenhandDaten/warenverkehr_2007.htm

309 vgl. BMWA 2006, S. 5

310 vgl. http://www.bmwa.gv.at/BMWA/Schwerpunkte/Aussenwirtschaft/AussenhandDaten/warenverkehr_2007.htm

deutlich, weitere Zuwächse gab es auch im Handel mit Asien und Afrika, während die Exporte in die USA stagnierten.

Im Jahr 1996 lag der Anteil der Exporte am BIP bei 24,5%, im Jahr 2006 bei 40,2% und stieg 2007 weiter auf 42,3%. Anhand dieses hohen Exportanteils am BIP lässt sich die erfolgreiche Integration der österreichischen Wirtschaft erkennen.

Die Importquote stieg im Jahr 2007 von 8% auf 9,6%, was auch der exakten Importquote mit den EU-27 entsprach. Der Anteil der Importe am BIP lag 2007 bei 42,2%, im Vergleich zu 40,4% im Jahr 2006.[311]

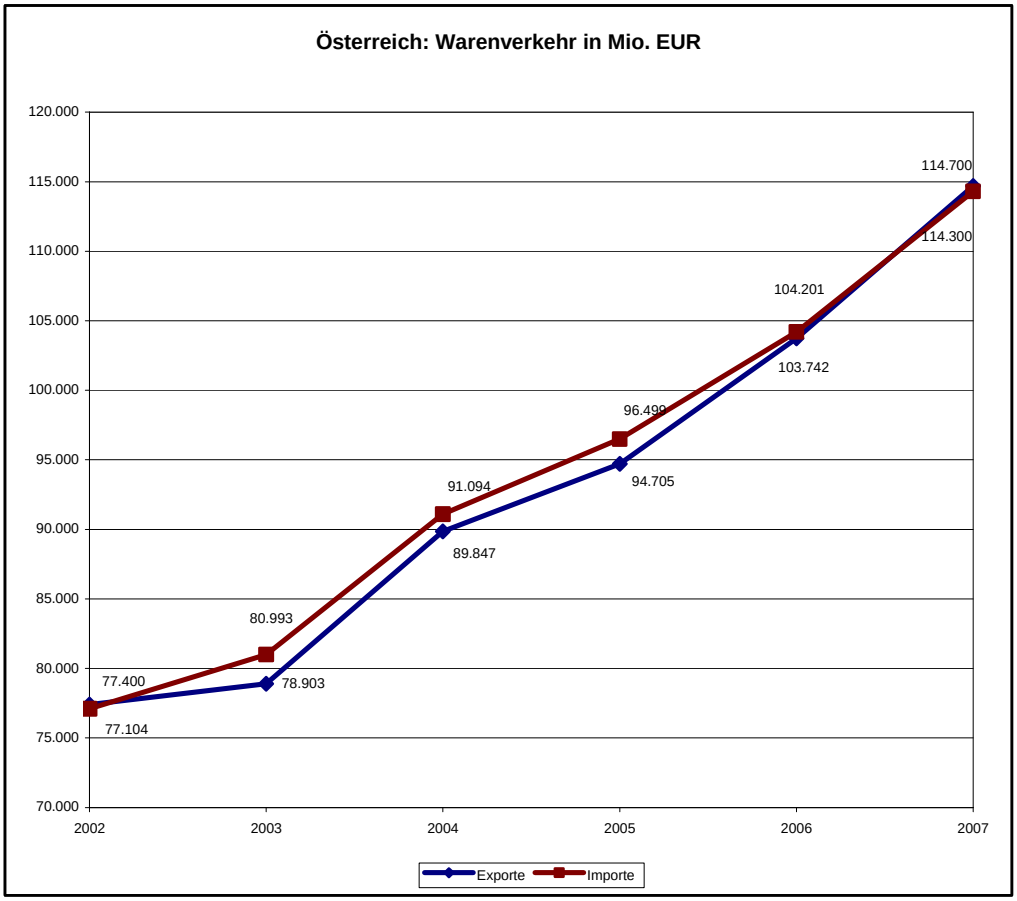

Abbildung 2: Österreich: Warenverkehr

BMWA 2007, S. 1 (eigene Darstellung)

Die größten Zuwächse der österreichischen Exporte gab es bei den Oststaaten Europas sowie den SOEL, gefolgt von der EU27.

Regional gegliedert ging im Jahr 2006 mit etwa 70% der größte Teil der Exporte aus Österreich in die EU-25, im Jahr 2007 waren es bereits 73% (EU27)[312]. Das Wachstum der

311 vgl.

http://www.bmwa.gv.at/BMWA/Schwerpunkte/Aussenwirtschaft/AussenhandDaten/warenverkehr_2007.htm

Exportrate betrug 2006 in die EU-25 7,5%, in die EU-10 sogar 13,6%, im Jahr 2007 wuchs die Exportrate in die EU27 um 11%.

Einen Überblick über die Entwicklung der österreichischen Exportrate in die oben erwähnten Regionen bietet folgende Tabelle:

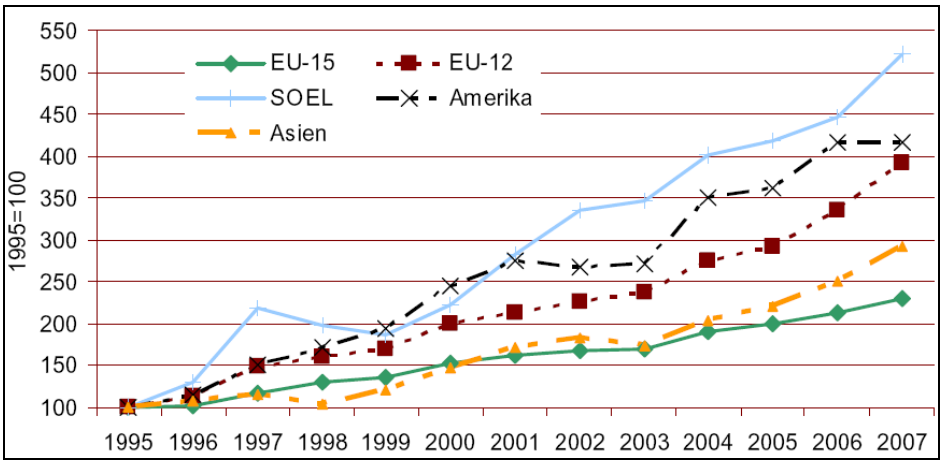

Abbildung 3: Exporte nach Regionen

BMWA 2007, S. 2

Über 80% der österreichischen Exporte gingen 2006 nach Gesamteuropa, die Schweiz war dabei mit einem Anteil von 4,2% der wichtigste Exportpartner außerhalb der EU. 2007 gingen bereits 83,4% der österreichischen Exporte nach Europa.[313]

Außerhalb Europas ist Amerika die wichtigste Exportregion für Österreich. Die Exportzuwächse in diese Region betrugen 2006 15,2%, Exporte in die USA wuchsen um 14,4%, jene nach Südamerika gar um knapp 30%.[314]

Auch die Exporte nach Afrika konnten weiter gesteigert werden, im Jahr 2006 auf einen Zuwachs von 21,5% (Anteil 1,3%), 2007 flachte der Anstieg auf 18,5% ab. Ein Zuwachs der Exportrate konnte auch in die Region Australien/ Ozeanien verzeichnet werden (8,8%, Anteil 0,7%).

Die für diese Arbeit besonders relevanten Exportraten nach Asien verzeichneten 2006 einen Anstieg von 13,5%, im Jahr 2007 sogar 16,3%. Dabei lagen die Zuwachsraten in die ASEAN-Staaten bei 20,2% (2006: 24,8%), nach Indien bei 41,7%, nach China bei 33,0%. Nach wie vor ist China Österreichs führende Exportdestination in Asien (19,7% der Asienexporte), Japan folgt mit einem Anteil von 13,6% der Asienexporte und einem Zuwachs der Exportrate von 2,5% (2006:7,3%) an zweiter Stelle. Generell betrug der Anteil Asiens an

312 vgl. BMWA 2008, S. 2

313 vgl. BMWA 2008, S. 3

314 vgl. BMWA 2006, S. 3

den österreichischen Exporten im Jahr 2006 6,9%.[315], 2007 bereits 7,2% und lag damit bereits vor Amerika (2007: 7,1%).[316]

Einen anschaulichen Überblick über die regionale Gliederung der Exportanteile bietet folgende Grafik:

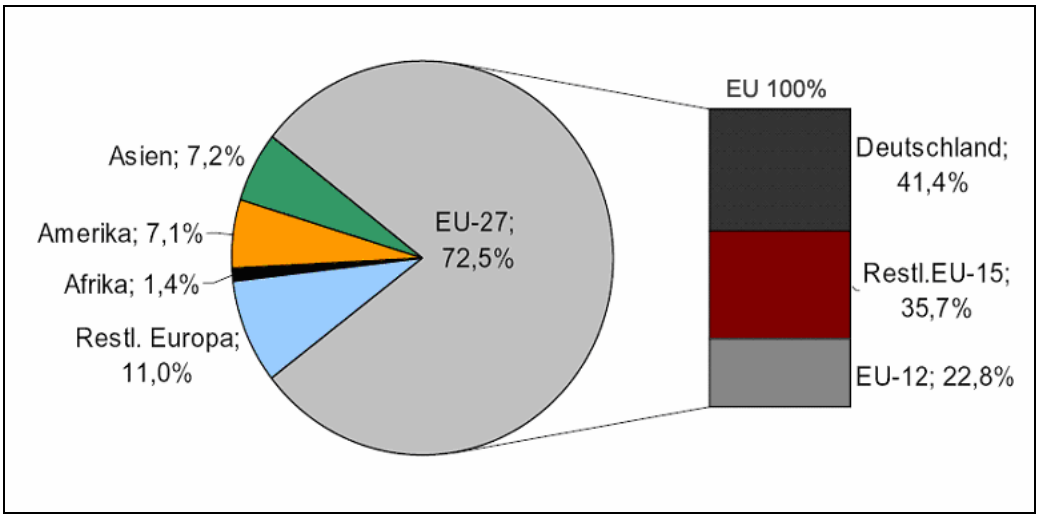

Abbildung 4: Regionale Gliederung der Exporte 2007

BMWA 2008, S. 3

Länderspezifisch blieb Deutschland mit ca. 30% der Gesamtexporte auch im Jahr 2007 der mit Abstand wichtigste Handelspartner Österreichs. Die größten Exportzuwächse innerhalb der EU-15 verzeichnete Österreich nach Griechenland (22,8%), Schweden (18,6%) und Spanien (13,2%). Innerhalb der EU-12[317] gab es im Jahr 2007 die größten Zuwächse nach Estland (36,6%), Bulgarien (29,9%), Slowenien (26,9%) und Polen (25,9%).

Bei den Exporten in die SOEL erreichten der Kosovo (22%), Mazedonien (20,9%) und Serbien (18,5%) die stärksten Zuwachsraten. Innerhalb der GUS verzeichneten Aserbaidschan (57,7%) und Kasachstan (34,3%) die höchsten Zuwächse.[318]

315 vgl. ebda

316 vgl. BMWA 2008, S. 3

317 EU-12: die neuen Mitgliedstaaten (Estland, Lettland, Litauen, Bulgarien, Tschechien, Ungarn, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Rumänien, Zypern)

318 vgl. BMWA 2006, S. 1-3

4.3.2. Die österreichischen Importe

Wie oben bereits erwähnt, betrugen 2006 die Importe nach Österreich insgesamt 104,2 Mrd. EUR, was einem Anstieg der Importrate von 8,0% entsprach. 2007 stiegen die Importe auf 114,3 Mrd. EUR, ein Anstieg von 9,6% gegenüber dem Vorjahr.
Damit lag die Importquote 2006 bei 40,4% des BIP, 2007 bei 42,2%.

Über 74,6% der Importe Österreichs kamen 2007 aus der EU27, der Anteil der europäischen Länder lag bei über 83%, aus Deutschland kamen 41,6% der Gesamtimporte. Diese Prozentzahlen entsprechen somit einem Anstieg der Importrate aus der EU27 um 9,6%, aus Deutschland um 9,8%.[319]
Die stärksten Importzuwächse aus der EU-15 notierte Griechenland mit 29,0%, Schweden mit 19,6% und Großbritannien mit 13,8%. Einen starken Rückgang der Importe wurden hingegen aus Finnland (-5,2%) verbucht.[320]
Die Importe aus der EU-10 wuchsen 2006 vergleichsweise bescheiden um 6,4%, 2007 nahmen sie mit 11,2% stark zu.
Die stärksten Importraten gab es aus der Slowakei (30,1%), aus Polen (12,6%) und Slowenien (9,4%). Rückgänge gab es hingegen bei den Importen aus Rumänien (-10,3%) und Bulgarien (-4,1).[321]

Einen Überblick über die Entwicklung der Importrate bietet folgende Grafik:

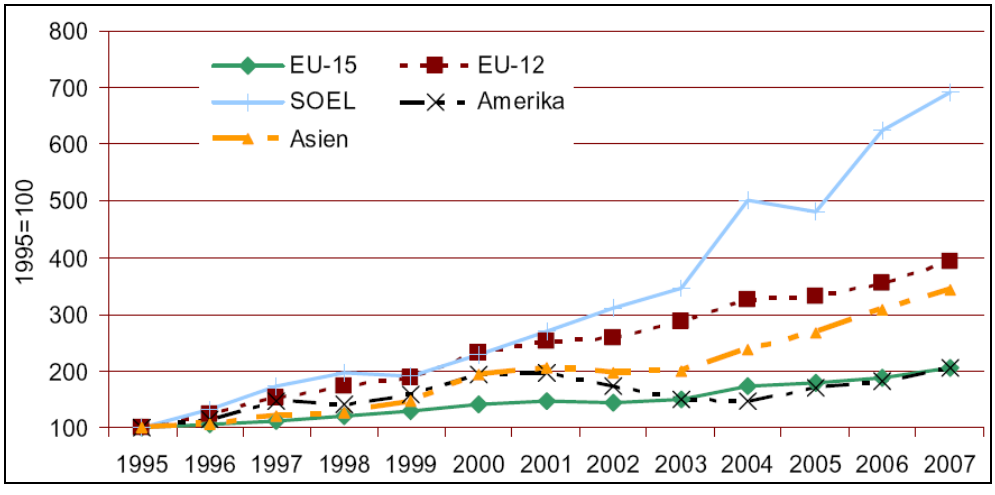

Abbildung 5: Importe nach Regionen
BMWA 2008, S. 6

319 vgl. BMWA 2008, S. 5
320 vgl. BMWA 2008, S. 5-7
321 vgl. ebda

Die Importe aus Amerika stiegen 2007 um 11,5%, jene aus Afrika um nur 1,5%. Einfuhren aus Australien/ Ozeanien stiegen um 16,3% bei einem Anteil von 0,1%.

Importe aus Asien stiegen 2006 bei einem Anteil von 10,3% um knapp 15%, dabei stiegen die Einfuhren aus Japan um nur 2,4%.[322] 2007 stiegen diese Importe aus Asien um weitere 11,7%; überdurchschnittliche Importratenzuwächse verbuchten der Iran (57,0%) und Israel (26,3%), unterdurchschnittliche die ASEAN-Staaten (6,3%)[323].

Einen Überblick über die wichtigsten Importregionen des österreichischen Außenhandels bietet folgende Grafik:

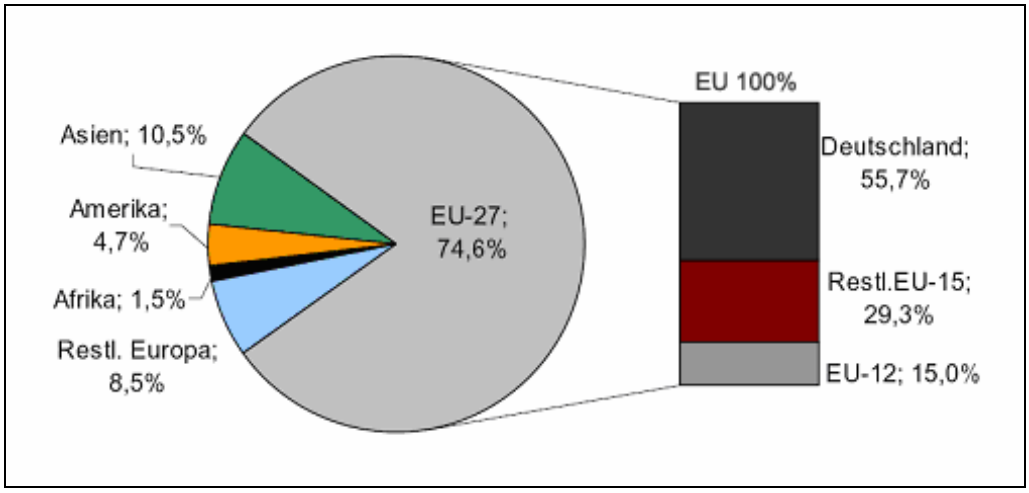

Abbildung 6: Regionale Gliederung der Importe 2007

BMWA 2008, S. 7

4.4. Die Warenstruktur des österreichischen Außenhandels

Der österreichische Warenverkehr lässt sich grob in fünf große Warengruppen einteilen, im Jahr 2007 entfielen 90% der Exporte und 89% der Importe auf die fünf Hauptwarengruppen. Diese Warengruppen lassen sich folgend einteilen:

- Maschinen und Fahrzeuge (SITC 7)[324]
- Bearbeitete Waren (SITC 6)
- Sonstige Fertigwaren (SITC 8)
- Chemische Erzeugnisse (SITC 5)

322 vgl. BMWA 2006, S. 6-8

323 vgl. BMWA 2008, S. 6

324 Anm.: SITC – Standard International Trade Classification – ist eine von den Vereinten Nationen entwickelte Klassifizierung für die Einteilung von Warengruppen in der Außenhandelsstatistik. Vgl. dazu http://unstats.un.org/unsd/class/family/family2.asp?Cl=14

- Brennstoffe, Energie (SITC 3)

In der österreichischen Außenhandelsstruktur wies die Gruppe der SITC 7, Maschinen und Fahrzeuge, sowohl bei den Exporten als auch bei den Importen den höchsten Anteil auf. Waren der Gruppe SITC 6 – Waren mit niedrigem bis mittlerem Technologiegehalt – lagen an zweiter Stelle, gefolgt von den Waren der Gruppe SITC 8.[325]
Eine genauere Übersicht über die Warenstruktur der österreichischen Exporte und Importe im Jahr 2007 bieten die nachfolgenden zwei Tabellen.

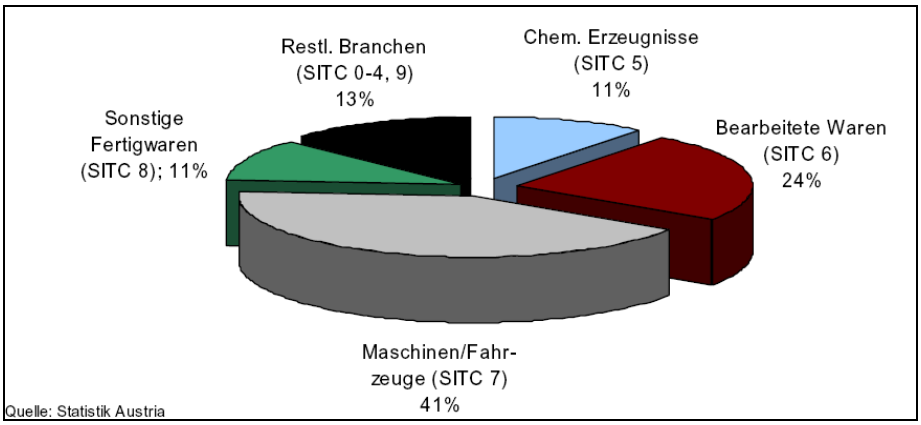

Abbildung 7: Warenstruktur der Exporte 2007

WKO 2008, S. 10

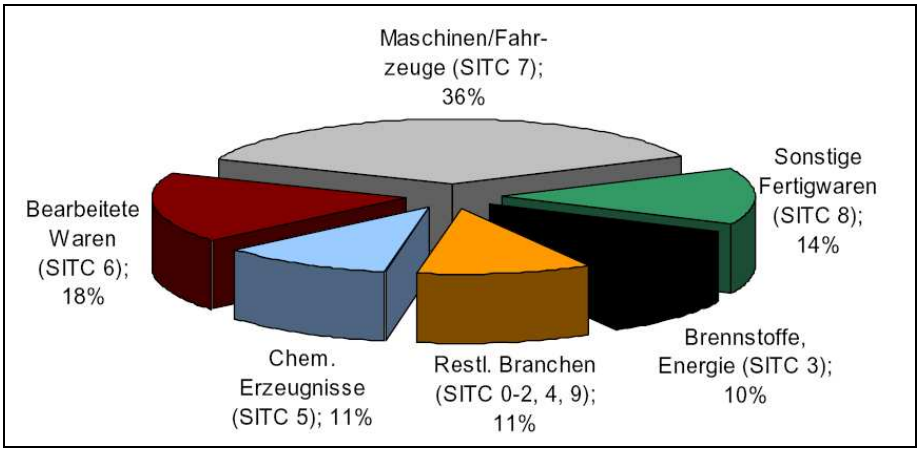

Abbildung 8: Warenstruktur der Importe 2007

WKO 2008, S. 10

Die oben angezeigten Grafiken zeigen die Warenstruktur der gesamten österreichischen Exporte und Importe im Jahr 2007. Bei der Beobachtung der österreichischen Warenstruktur

325 vgl. BMWA 2008, S. 9

mit den ASEAN Ländern bleibt zu beachten, dass zwar die Anteile der SITC-Klassen dem gesamtösterreichischen Ergebnis entsprechen, jedoch die Anteile der einzelnen Waren der SITC-Gruppe variieren.

Während bei der gesamten Warenstruktur Österreichs in der Gruppe SITC 7 sowohl im Import als auch im Export Straßenfahrzeuge deutlich an erster Stelle stehen, sind dies im Handel mit den ASEAN Ländern im Import vorwiegend Nachrichtengeräte, elektrische Maschinen und Geräte, im Export wiederum Arbeitsmaschinen.

Bei der Gruppe SITC 6 stehen bei der gesamtösterreichischen Struktur beim Import Metallwaren und im Export Eisen und Stahl an vorderster Stelle, im Handel mit ASEAN sind dies im Import Waren aus mineralischen Stoffen, NE-Metalle sowie Kork- und Holzwaren, im Export deutlich Papier und Pappe.

Die Gruppe SITC 8 besteht in der gesamten Warenstruktur Österreichs im Import zumeist aus Bekleidung, im Export aus so genannten sonstigen Fertigwaren. Die Warenstruktur mit ASEAN sieht im Import Bekleidung an erster Stelle, gefolgt von Schuhen und Möbel, beim Export in die ASEAN Region führt deutlich die Ausfuhr von Mess-, Prüf- und Kontrollgeräten.

In der Gruppe SITC 5 importiert und exportiert Österreich primär medizinische und pharmazeutische Erzeugnisse, im Handel mit ASEAN führen im Import Riech-, Pflege- und Putzmittel, im Export wieder medizinische und pharmazeutische Erzeugnisse.

Die Gruppe SITC 3 besteht in der österreichischen Warenstruktur zumeist aus Erdölimporten und geringen Exporten von Erdölerzeugnissen, auch die Warenstruktur mit ASEAN sieht dementsprechend aus.[326]

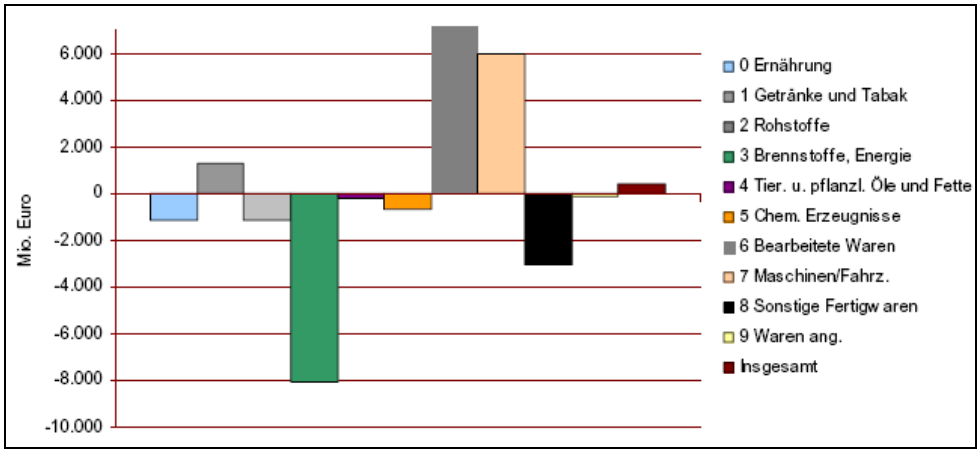

Abbildung 9: Warenverkehrsbilanz 2007 nach Warengruppen

BMWA 2008, S. 13

326 vgl. STATISTIK AUSTRIA 2006, S. 14-26

Die Abbildung 8 verdeutlicht das starke Handelsdefizit in der Warengruppe Brennstoffe und Energie. Dieses lag 2006 bei -9,3 Mrd. EUR, im Jahr 2007 noch bei -8,0 Mrd. EUR. Den größten Überschuss erzielt Österreich in der Gruppe der Bearbeiteten Waren, 2006 waren es 6,5 Mrd. EUR, 2007 sogar 7,5 Mrd. EUR. [327]

4.5. Außenhandel Österreich – Vietnam

4.5.1. Überblick: Die wirtschaftliche Lage in Vietnam - heute

Die Außenwirtschaft Österreich beschreibt Vietnam als einen „Agrarstaat mit sozialistischer Wirtschaftsverfassung“[328]. Zwar führten die Reformen rund um Doi-Moi zu positiven Veränderungen der Rahmenbedingungen, dennoch befinden sich zahlreiche Staatsunternehmen nach wie vor in Insolvenzgefahr.
Für das Jahr 2006 attestierte die Asian Development Bank Vietnam eine durchaus positive wirtschaftliche Entwicklung: „The economy maintained a rapid rate of growth in 2006, supported by robust exports, rising consumption spending, and strong investment.”[329]
Das Wirtschaftswachstum in Vietnam betrug im Jahr 2006 8,2% und setzte den bisherigen Trend von einer durchaus hohen Wachstumsrate weiter fort. Für das Jahr 2007 ging die WKO weiter von einem Wirtschaftswachstum von etwa 7-8% aus[330], tatsächlich betrug sie schließlich 8,5%.[331]
Getragen wird das vietnamesische Wirtschaftswachstum vor allem von den weiterhin starken vietnamesischen Exportgütern und deren Eckpfeilern Rohöl, Lebensmittel, Schuhe und Textilien. Die EU geht zusätzlich davon aus, dass ein noch stärkeres Wirtschaftswachstum für das Jahr 2006 möglich gewesen wäre, wenn nicht die Vogelgrippe, die Maul-und-Klauen-Seuche sowie Ernteausfälle durch eine ungewöhnlich lange Trockenperiode empfindliche Exportausfälle verursacht hätten.[332]

Im November 2006 trat Vietnam der WTO bei, durch diese Mitgliedschaft erhofft sich Vietnam einen besseren Zugang zu den internationalen Märkten. Gleichzeitig verpflichtet es sich zu einer wirtschaftlichen Marktöffnung sowie zu weiteren Reformen, „um

327 vgl. BMWA 2008, S. 13
328 WKO 2007a, S. 6
329 http://www.adb.org/Documents/Books/ADO/2007/vie.asp
330 vgl. WKO 2007a, S. 6
331 vgl. WKO 2008, S. 3
332 vgl. EU 2007, S. 10

Markttransparenz und den Schutz von Rechten geistigen Eigentums zu gewährleisten“[333]. Zwar würden solche wirtschaftlichen Verbesserungen und Neuordnungen bereits seit einiger Zeit auf der politischen Agenda stehen, die WKO sieht die Implementierung dieser Vorhaben eher skeptisch: „Entsprechende Gesetzesvorhaben werden vielfach bereits seit Jahren betrieben, scheitern jedoch oft an der Umsetzung durch die lokalen Regierungen und an der immanenten Korruption im Verwaltungsapparat. Dessen ungeachtet stehen ausländische Investoren Vietnam mittlerweile geradezu euphorisch gegenüber und betrachten den Investitionsstandort als ernstzunehmende Alternative zu China.“[334]

Das Handelsdefizit betrug im Jahr 2006 4,98% und blieb damit noch innerhalb des offiziellen Limits von 5%. Die Handelbilanz 2006 verbuchte laut ADB[335] ein Defizit von 5,07 Mrd. USD, während die EU[336] von einem Handelsbilanzdefizit von 4,8 Mrd. USD spricht. Die WKO hingegen berichtet, dass im Jahr 2006 „die Handelsbilanz mit einem Defizit von 0,2 Mrd. EUR nahezu ausgeglichen“[337] ist. Realistischer erscheinen jedoch die von der ADB und EU präsentierten Zahlen, da auch das *General Statistics Office of Vietnam*[338] von einem Handelsdefizit von 5,07 Mrd. USD ausgeht. Im Jahr 2007 lag das Handelsdefizit bereits bei 9 Mrd. EUR, was etwa 17% des BIP entspricht.[339] Für das Jahr 2008 erwartet die AWO einen weiteren Anstieg.

Die Inflationsrate lag 2006 bei ca. 7,6% und damit etwas unter dem Wert von 2005 (8,5%). Getragen wurde die Teuerungsrate vor allem durch den hohen Weltmarktpreis für Erdöl sowie durch eine saisonale Teuerungswelle bei Nahrungsmitteln. Im Jahr 2007 betrug die Inflationsrate 8,3% und lag somit nur wenig unter dem Wert von 2005. Im ersten Halbjahr 2008 sprachen Experten von der höchsten Inflationsrat seit 15 Jahren, mittlerweile wird davon ausgegangen, dass die Inflationsrate per Ende 2008 nicht die erhofften 11% betragen wird, sondern gar bei 25-30% liegen könnte.[340] Der Grund dieses sprunghaften Anstiegs liegt laut AWO in den steigenden Rohstoffpreisen und den wachsenden Lebensmittelpreisen – im Juli +70% gegenüber dem Vorjahr. Auch die Benzinpreise wurden von der Regierung um 31% erhöht, es kam zu Mietpreissteigerungen von über 20% und zu Erhöhung der Hotelpreise um 50% gegenüber dem Vorjahr.[341]

---

333 WKO 2007a, S. 6

334 ebda

335 vgl. ADB 2007, S. 415

336 vgl. EU 2007, S. 10

337 WKO 2007a, S. 7

338 vgl. http://www.gso.gov.vn/default_en.aspx?tabid=472&idmid=3&ItemID=6547

339 vgl. WKO 2008, S. 4

340 vgl. WKO 2008, S. 3

341 vgl. WKO 2008, S. 5

Neben der hohen Inflationsrate stellt auch das Handelsdefizit Vietnams ein Problem für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes dar. Während die Handelsbilanz im Jahr 2006 laut WKO beinahe ausgeglichen war, lag sie im darauf folgenden Jahr bereits bei einem Defizit von 9 Mrd. EUR. Der Grund für diesen Anstieg des Defizits liegt in der zuerst günstigen Entwicklung der Importe und Exporte im Jahr 2006 und den Veränderungen im Jahr 2007 und 2008.

Der vietnamesische Außenhandel verbuchte 2006 ein beachtliches Import-Export-Volumen von 64,6 Mrd. EUR und damit einen Anstieg von über 22%. Der Umsatz aus den Export-Erlösen lag bei etwa 32,2 Mrd. EUR, jener aus den Importen bei 32,4 Mrd. EUR.[342]
Bei den Importen nach Vietnam war 2006 mit 6,01 Mrd. EUR China der wichtigste Handelspartner, bei den Exporten aus Vietnam die USA mit 6,36 Mrd. EUR – siehe Grafik.

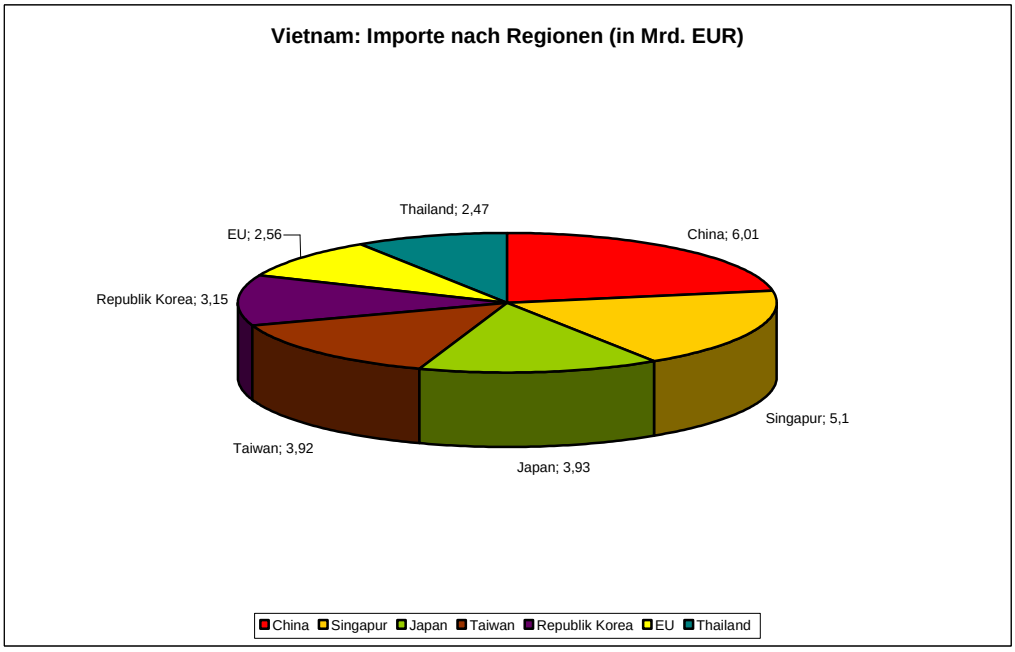

Abbildung 10: Importe nach Regionen 2006

WKO 2007a, S. 7 (eigene Darstellung)

342 vgl. WKO 2007a, S. 7

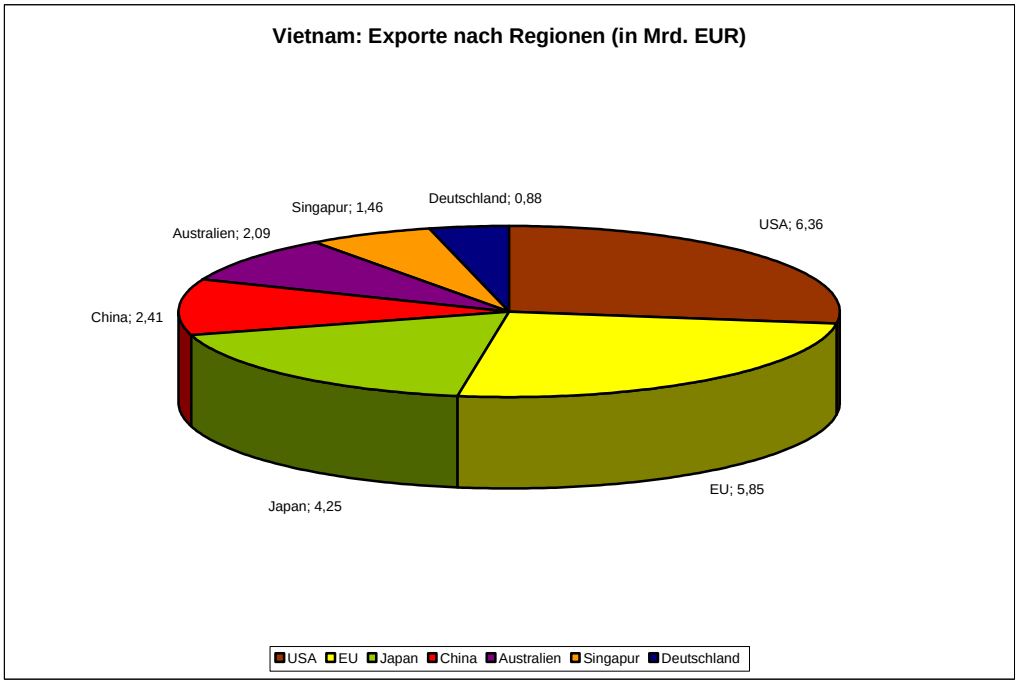

Abbildung 11: Exporte nach Regionen 2006

WKO 2007a, S. 7 (eigene Darstellung)

Die wichtigsten Exportgüter 2006 waren dabei Rohöl (6,8 Mrd. EUR), Textilien (4,7 Mrd. EUR) und Schuhe (2,9 Mrd. EUR). Die primären Einfuhrgüter waren Maschinen (5,5 Mrd. EUR), Petroleum (3,0 Mrd. EUR) sowie Stahl und Stahlplatten (je 2,1 Mrd. EUR).[343]

Die vietnamesische Handelsbilanz war bisher von strukturellen Schwächen im vietnamesischen Industriesektor geprägt. Denn Vietnam verfügt zwar über eigene Rohölvorkommen – Rohöl stellt das wichtigste Exportgut dar – muss jedoch raffinierte Erdölprodukte importieren, da das Land über keine eigenen Raffinerien verfügt. Importiert werden raffinierte Erdölprodukte zumeist aus Malaysia, Indonesien und Thailand. Laut AWO[344] befinden sich jedoch bereits drei Raffinerieanlagen in Vietnam in Bau, wodurch die vietnamesische Regierung für die nächsten Jahre für eine positive Handelsbilanz sorgen will.

2007 betrugen die Exporte 35,3 Mrd. EUR (2006: 32,2 Mrd. EUR), die Importe lagen bei 44,4 Mrd. EUR (2006: 32,4 Mrd. EUR). Besonders der deutliche Anstieg der Importe im Jahr 2007 sowie im ersten Halbjahr 2008 machten der Handelsbilanz zu schaffen. Bereits in den ersten sechs Monaten 2008 erreichten die Importe ein Volumen von 30,3 Mrd. EUR, das bedeutet im Vergleich zu 2007 einen Anstieg um 60,3%. Für das gesamte Jahr 2008 werden die Importe auf 54 Mrd. EUR geschätzt.[345]

343 vgl. ebda

344 vgl. WKO 2007a, S. 5

345 vgl. WKO 2008, S. 4

Den bedeutendsten wertmäßigen Importanstieg gegenüber dem Vorjahr verzeichneten im ersten Halbjahr 2008 die Güter Kraftfahrzeuge (über 440%), Automobilteile (über 160%), Stahl (100%) sowie Öl (90%).[346] Hauptursache für den Anstieg des Importvolumens sollen laut AWO der anhaltend hohe Ölpreis sowie die gestiegenen Kosten für Maschinen und Stahl sein.[347]
Auch das Volumen der vietnamesischen Exporte erhöhte sich im ersten Halbjahr 2008 deutlich. In den ersten sechs Monaten 2008 betrug der Umsatz bereits 19,6 Mrd. EUR, was einen Anstieg von über 30% gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres bedeutet.[348]

4.5.2. Außenhandel mit Österreich

Die vietnamesischen Einfuhren nach Österreich betrugen im Jahr 2006 knapp über 188 Mio. EUR, was einen Anstieg von über 26% gegenüber dem Vorjahr darstellt. Knapp 38% der Einfuhren von Vietnam nach Österreich entfielen dabei auf Schuhe (Gesamtvolumen 71,9 Mio. EUR) und über 17% auf Textilien (Gesamtvolumen 33 Mio. EUR). Weitere Importgüter aus Vietnam waren Kunststoffe und Kunststofferzeugnisse, Keramikerzeugnisse und Lederwaren.
Im Jahr 2007 betrugen die Einfuhren nach Österreich 224,2 Mio. EUR, für das Jahr 2008 wird ein Importvolumen von über 270 Mio. EUR erwartet.[349]

Österreichische Exporte nach Vietnam erreichten 2006 ein Gesamtvolumen von knapp 56 Mio. EUR und damit einen Anstieg von über 55% gegenüber dem Vorjahr. Auch für das Jahr 2007 erwartete die AWO ein weiteres Rekordergebnis, da bereits im 1. Halbjahr 2007 das Exportvolumen einen Wert von knapp 37 Mio. EUR erreichte.[350]
Im März 2008 verkündete Dr. Gressel, österreichischer Handelsdelegierter in Bangkok, schließlich die endgültigen Handelsdaten für das Jahr 2007: Dabei lag das österreichische Exportvolumen nach Vietnam bei 68,2 Mio. EUR, was einem Anstieg von 23% gegenüber dem Vorjahr entspricht.[351]
Im ersten Halbjahr 2008 betrugen die österreichischen Exporte nach Vietnam bereits 44 Mio. EUR, was einem Anstieg von über 20% gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. Besonders deutlich stieg in den ersten Monaten des Jahres 2008 der Export von

346 vgl. ebda
347 vgl. WKO 2008, S. 4
348 vgl. ebda
349 vgl. WKO 2008, S. 3-8
350 vgl. WKO 2007, S. 8
351 E-Mail von Dr. Gressel vom 31.03.2008

medizinischen Geräten wie Diagnoseapparate (9,7 Mio. EUR) und chirurgische und zahnärztliche Instrumente (9,4 Mio. EUR) sowie von Papier und Papierwaren (1,5 Mio. EUR, +27,4%) und pharmazeutischen Erzeugnissen (2,6 Mio. EUR, +5,4%). So kann das österreichische Exportvolumen trotz Rückgängen bei Ausfuhren von Düngemittel (1,9 Mio. EUR, -45,1%) und organischen Verbindungen (1,8 Mio. EUR, -25,7%) durchaus positive Zahlen für 2008 erwarten.[352]

Mit den oben erwähnten Import- und Exportzahlen aus dem Jahr 2006 schien Österreich in der vietnamesischen Handelsauflistung nach Regionen und Ländern erst an 37. Stelle (Importe aus Österreich) bzw. an 32. Stelle (Exporte nach Österreich) auf.[353] Für die Jahre 2007 und 2008 sind noch keine Listen bekannt.

In der Handelsbilanz 2006 zwischen Österreich und Vietnam besaß Vietnam einen deutlichen Handelsüberschuss von über 130 Mio. EUR, 2007 waren es sogar knapp 160 Mio. EUR. Für das Jahr 2008 lässt sich aus der unteren Skizze ein Handelsdefizit von über 180 Mio. EUR für Österreich ablesen.[354]

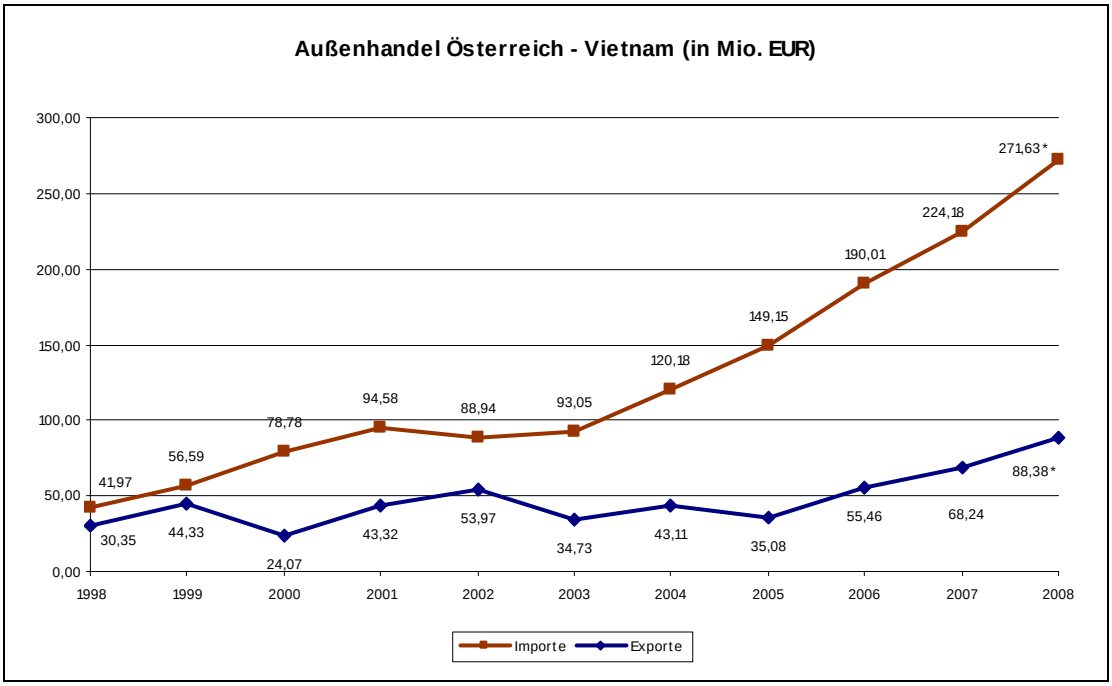

Abbildung 12: Außenhandel Österreich – Vietnam

WKO 2008, S. 2 und E-Mail Gressel/ AHSt. Bangkok (eigene Darstellung) * geschätzte Prognose

Die Hauptexportgüter aus Österreich waren in erster Linie Maschinen (18 Mio. EUR im 1. Halbjahr 2007), Chemikalien (2,5 Mio. EUR 1. HJ 2007) und Düngemittel (3,5 Mio. EUR 1.

352 vgl. WKO 2008, S. 8

353 vgl. http://www.gso.gov.vn/default_en.aspx?tabid=472&idmid=3

354 vgl. WKO 2008, S. 8

HJ 2007). Auch pharmazeutische Erzeugnisse, Kunststoffe sowie Papier- und Kartonwaren stellten 2006 wichtige Exportgüter Österreichs nach Vietnam dar. Auch in den Jahren 2007 und 2008 waren dies die wichtigsten Exportprodukte nach Vietnam.[355]

4.6. Außenhandel Österreich – Laos

4.6.1. Überblick: die wirtschaftliche Lage in Laos - heute

Seit 1998 ist in Laos eine im Vergleich zu vergangenen Jahren eher liberale, offene Regierung an der Macht. Zwar führten in den letzten zehn Jahren ein Währungsabsturz, hohe Inflation sowie nur sehr schleppend vollzogene Wirtschaftsreformen zu einer Abschwächung des Wirtschaftswachstums, seit 2005 weist die Wirtschaft jedoch ein stetes Wachstum vor. In den Jahren 2005 – 2007 lag das Wirtschaftswachstum bei 7%.

Seit Jahren arbeitet die laotische Regierung daran, ausländischen Investoren den Einstieg in Laos zu erleichtern bzw. überhaupt zu ermöglichen. So soll etwa die Erlassung eines neuen Gesellschaftsrechts ausländischen Investoren Unternehmensgründungen in Laos erleichtern. Im Zuge dieser Reformbestrebungen soll im Jahr 2008 ein neues Umsatzsteuersystem eingeführt werden.[356]

Strukturell leidet die laotische Wirtschaftsentwicklung unter einem akuten Facharbeitermangel, unter einer schlecht ausgebildeten Bevölkerung sowie kaum vorhandenen in- und ausländischem Kapital. Auch die Infrastruktur im Transport- und Kommunikationssektor lässt ein stärkeres Wirtschaftswachstum nicht zu. Zusätzlich ist Laos durch seine Lage als Binnenstaat auch geographisch – im Vergleich zu Kambodscha und Vietnam – benachteiligt und wirtschaftlich stark an seinen Nachbarn Thailand gebunden.[357]

Laos´ Wirtschaft ist noch immer zum Großteil auf den primären Sektor ausgerichtet, etwa 41% des BIP werden im Agrarsektor erwirtschaftet. Hierbei werden zumeist Reis, Mais, Kartoffeln, Zitrusfrüchte, Erdnüsse, Gewürze, Kaffee, Tee, Tabak und Mohn angebaut. Der Agrarsektor ist generell sehr schwach technifiziert und daher stark von den Wetterverhältnissen abhängig.[358] Bezeichnend für die Wirtschaftslage Laos ist die hohe

355 vgl. ebda

356 vgl. WKO 2007b, S. 39 (AWO-Bereichsländerreport Myanmar, Kambodscha, Laos)

357 vgl. https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/la.html#Econ

358 vgl. WKO 2007b, S. 40

Beschäftigungsquote im Agrarsektor, im Jahr 2005 waren 80% der Beschäftigten in diesem Sektor beschäftigt, im Industrie- und Dienstleistungssektor gemeinsam waren es nur 20%.[359]

Der Industriesektor trägt mittlerweile mit 33% zum BIP bei, der industrielle Output Laos´ stieg in den letzten Jahren jeweils um bis zu 12%. Die Hauptträger der Industrie sind der Bergbau- und der Bausektor.

Am tertiären Sektor profitiert Laos stark von seinen Stromexporten aus Wasserkraft. Hauptempfänger ist Thailand, auch das technische Know-how sowie die Finanzierung kommen überwiegend aus Thailand und China.
Auch der Tourismus stieg in den letzten Jahren stark an, im Jahr 2007 verzeichnete Laos über 1,4 Mio. Ankünfte, was einer Steigerung von je 200.000 Touristen in den letzten drei Jahren entspricht. [360]
Die Stromexporte sowie der Tourismus tragen zum Großteil des Dienstleistungssektors bei, der wiederum zu 26% zum BIP beiträgt.

4.6.2. Außenhandel mit Österreich

Seit Jahren verzeichnet die laotische Außenhandelsbilanz ein Defizit von bis zu 1 Mrd. USD, welches sich laut AWO in den nächsten Jahren noch weiter verstärken wird: „Wesentlichen Anteil an dieser Entwicklung haben Treibstoffimporte, die vom konstanten Industriewachstum und von den hohen Weltmarktpreisen für Erdöl getrieben werden.“[361]

Die wichtigsten Handelswaren Laos´ sind im Export Holz und Holzprodukte, Kaffee, elektrischer Strom, Zinn, Kupfer, Gold und Bekleidung, im Import Treibstoffe, Maschinen, Fahrzeuge und diverse Konsumgüter. Die mit Abstand wichtigsten Handelspartner für Laos sind Thailand, Vietnam und China.
So waren 2006 die Hauptempfänger der laotischen Exporte Thailand (42,1%), Vietnam (9,5%) und China (4,0). Auch importiert wurden nach Laos überwiegend Güter aus Thailand (68,8%), China (11,3%) sowie Vietnam (5,6%).[362] Im Jahr 2007 kamen Frankreich, Deutschland und Belgien als wichtige Exportmärkte Laos´ hinzu, bei den Herkunftsländern der Importe schienen 2007 neben Thailand, China und Vietnam auch Japan und Singapur auf.

359 vgl. https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/la.html#Econ
360 vgl. WKO 2007b, S. 40
361 WKO 2007b, S. 40
362 vgl. WKO 2007b, S. 41

In Zahlen betrugen die Exporte 2007 538 Mio. EUR, die Importe 895 Mio. EUR.[363]

Der Außenhandel Österreichs mit Laos bewegt sich in äußerst bescheidenen Ausmaßen. Im Jahr 2007 betrugen die österreichischen Exporte nach Laos 0,4 Mio. EUR, was einem Anstieg von gar 2.100% entspricht! Diesen sprunghaften Anstieg erklärt eine Investition der österreichischen Firma *Eurasia-Veneer* in der Höhe von 50.000 EUR.[364]
Die österreichischen Importe beliefen sich auf 3,9 Mio. EUR, ein Anstieg von 3,6% gegenüber dem Vorjahr.[365]

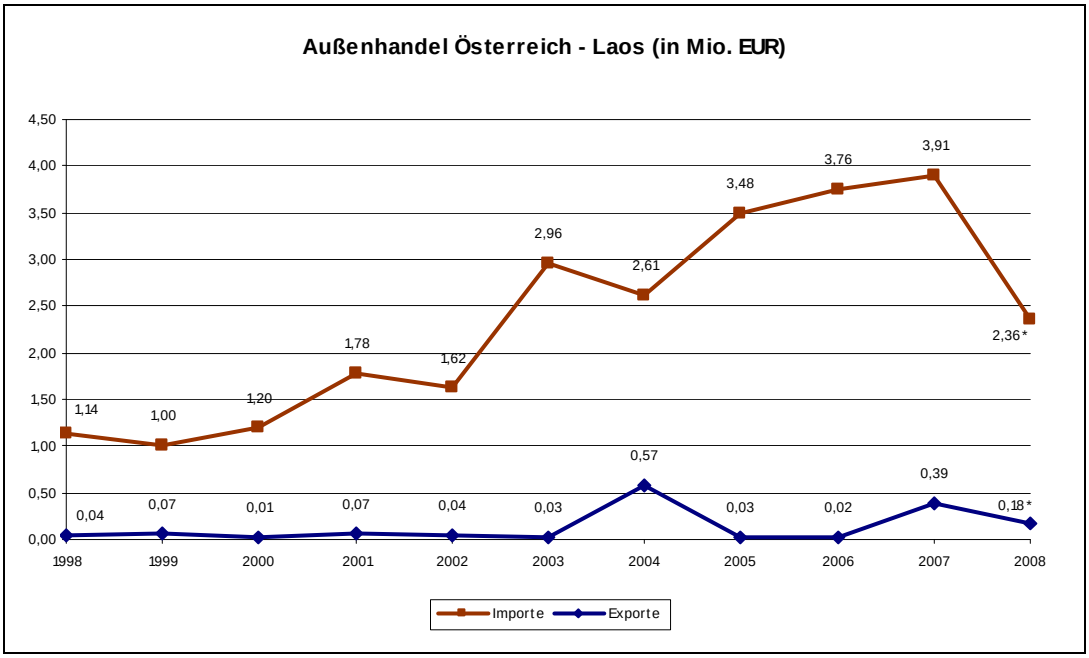

Abbildung 13: Außenhandel Österreich – Laos

E-Mail Gressel/ AHSt. Bangkok (eigene Darstellung) * geschätzte Prognose

Die Hauptausfuhrgüter nach Laos sind Baumaterial, Werkzeuge, Holz und pharmazeutische Erzeugnisse. Nach Österreich werden hauptsächlich Bekleidung, Schuhe und Möbel importiert.

363 vgl. AWO 2008, S. 1 (Länderprofil Laos)

364 vgl. http://www.advantageaustria.org/la/news/austria/include-fuer-zentrale-news.de.jsp?newsurl=/zentral/news/aktuell/oesterreichische-furnier--und-holzverarbeitungsfabrik-in-.de.jsp

365 vgl. WKO 2007b, S. 41

4.7. Außenhandel Österreich – Kambodscha

4.7.1. Überblick: Die wirtschaftliche Lage in Kambodscha - heute

Nach wie vor wird das Budget Kambodschas zur Hälfte aus Hilfsgeldern finanziert. In den vergangenen Jahren wurde Kambodschas Wirtschaft jeweils vom primären und sekundären Sektor zu gleichen Teilen getragen, inzwischen holte der tertiäre Sektor stark auf und trägt bereits mit etwa 43% zum BIP bei.[366]

Mit dieser Aufteilung der Sektoren sind die Hauptstützen der Volkswirtschaft die Landwirtschaft, die Textilproduktion sowie der Tourismus.

Wie bereits erwähnt, wurde der Agrarsektor bereits vom Dienstleistungssektor auf den zweiten Platz beim Anteil am BIP verdrängt. Noch im Jahr 2000 trug der Agrarsektor zu über 40% zum BIP bei.[367] Mittlerweile beträgt dieser Anteil etwa 31%, die wichtigsten Agrargüter sind hierbei Reis, die Viehzucht und Fischfang, Gummi sowie Holz und Holzprodukte.[368] Besonders die Vogelgrippe in den Jahren 2003-2005 brachte Kambodscha enorme Verluste im Agrarsektor, die FAO bot Kambodscha Hilfe bei der Bekämpfung und Eindämmung der Krankheit an, Frankreich und Japan unterstützten Kambodscha finanziell.

Der Industriesektor trägt zu 26% zum BIP bei, Hauptstützen hierbei sind die Textilindustrie sowie die Holzverarbeitung. Speziell im Bereich der Textilindustrie profitierte Kambodscha von den durch die EU und die USA auferlegten Quoten für China.[369]

Der Dienstleistungssektor trägt etwa 43% zum BIP bei. Zwar hat der Finanz- und Dienstleisterbereich – großteils durch ausländische Joint Ventures – einen spürbaren Anstieg erlebt, dennoch ist die Hauptstütze des Sektors der Tourismus. Die AWO spricht von über 1,8 Mio. Besuchern in Kambodscha in 2007, was einen Anstieg von 18,6% gegenüber dem Vorjahr entspricht.[370]

Kambodschas Handelsbilanz ist seit Jahren deutlich defizitär, Grund dafür ist unter anderem die völlige Abhängigkeit Kambodschas bei den Ölimporten. Zwar waren 2005 im Golf von Thailand einige Ölvorkommen erschlossen worden, die Bohrrechte hatten jedoch chinesische und us-amerikanische Erdölkonzerne erhalten. Große Hoffnung setzt die kambodschanische Regierung in die im Süßwassersee *Tonle Sap* gefundenen Öl- und Gasreserven, mit deren Förderung in den nächsten Jahren begonnen werden könnte.[371]

366 vgl. WKO 2008, S. 25

367 vgl. NARAYAN 2000, S. 9

368 vgl. WKO 2008, S. 25

369 vgl. WKO 2008, S. 25

370 vgl. WKO 2008, S. 25

371 vgl. http://www.adb.org/Media/Articles/2007/11631-cambodian-freshwater-lake-projects/default.asp

Der Außenhandel Kambodschas betrug im Jahr 2007 etwa 3,2 Mrd. EUR, die Importe beliefen sich auf geschätzte 4,2 Mrd. EUR. Beim Importwert führte besonders der gestiegene Ölpreis zu einem Anstieg des Wertes.
Kambodschas wichtigste Einfuhrgüter sind Erdöl- und Erdgasprodukte, Zigaretten, Gold, Baumaterial, Maschinen und Fahrzeuge. Wichtige Ausfuhrgüter sind Bekleidung, Kautschuk, Holz und Holzprodukte, Fischereiprodukte sowie landwirtschaftliche Erzeugnisse.[372]
Die wichtigsten Herkunftsländer der Importe nach Kambodscha waren 2007 Thailand, China, Hong Kong, Singapur sowie Malaysia und Südkorea. Die Zielländer der kambodschanischen Exporte waren die USA, Deutschland, Großbritannien, Kanada und Japan.[373]

4.7.2. Außenhandel mit Österreich

Ähnlich wie dem österreichischen Außenhandel mit Vietnam und Laos ist auch der Handel mit Kambodscha von der Textilindustrie Kambodschas geprägt. Der Importumfang aus Kambodscha betrug im Jahr 2007 30,9 Mio. EUR, ein Anstieg von 8,2% gegenüber dem Vorjahr. Die Exportquote von Österreich nach Kambodscha verbuchte 2007 gar einen Anstieg von 280%, von 0,5 Mio. EUR auf 1,87 Mio. EUR. Grund für diesen Anstieg waren die Abwicklungen einiger Lieferaufträge im Bereich von Spielautomaten (857.000 EUR), mechanischen Maschinen (674.000 EUR) und Fahrzeugen (142.000 EUR).
Nach Kambodscha exportiert wurden die oben erwähnten Spielautomaten, die mechanischen Maschinen und Fahrzeuge sowie weiters pharmazeutische Produkte, Papierwaren und Messerschmiedewaren. Importwaren nach Österreich waren Bekleidung und Schuhe, allein diese Artikel nahmen 93% (28,6 Mio. EUR) der Gesamteinfuhren nach Österreich ein, die restlichen Importe fielen fast ausschließlich auf Fahrräder (2,3 Mio. EUR).[374]

372 vgl. WKO 2008, S. 26
373 vgl. WKO 2008, S. 26
374 vgl. WKO 2008, S. 27

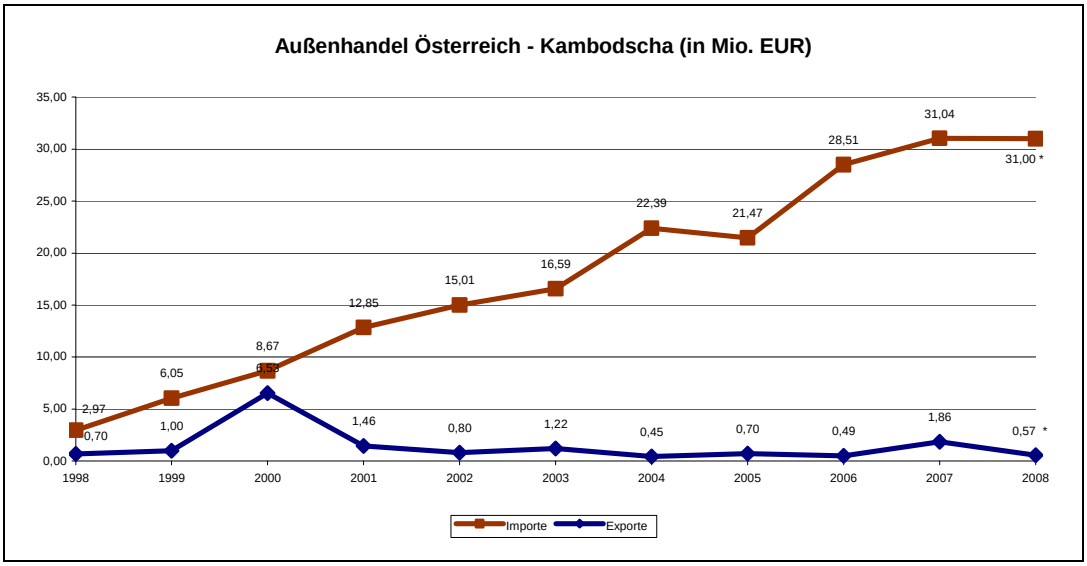

Abbildung 14: Außenhandel Österreich – Kambodscha

E-Mail Gressel/ AHSt. Bangkok (eigene Darstellung) * geschätzte Prognose

4.8. Zusammenfassung

Mit einem steten Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 8% galt Vietnam in den letzten Jahren als aufstrebender Markt in der Region Südostasien, als äußerst attraktiver Standort in Asien sowie als willkommene Alternative zu China und Indien. Mit Anfang 2008 begann sich die Stimmung langsam zu ändern, „in den ersten Monaten des Jahres 2008 geriet die vietnamesische Wirtschaft […] zunehmend in einen erhitzten und schließlich überhitzten Zustand. Spekulativ überhöhte Ölpreise, rasant steigende Lebensmittelpreise, ein schnell wachsender Importüberschuss und die Angst vor einem Nachfragerückgang in den USA […] trugen dazu bei, dass man im Mai 2008 in Vietnam bereits von einer wirtschaftlichen Krise sprach.“[375]

Dennoch scheint Vietnam das Vertrauen der ausländischen Investoren nicht verloren zu haben. Nach wie vor wird von ausländischen Unternehmen in Vietnam investiert, überwiegend in die Stahl- und Ölindustrie, in die Stadtentwicklung sowie in die Infrastruktur.

„Das Vertrauen ausländischer Unternehmen ist ungebrochen…“ meint die AWO und analysiert weiter, dass die bis 2010 erwarteten Zollsenkungen im ASEAN Raum im Zuge der AFTA Vereinbarungen zu einem weiteren Aufschwung der bilateralen Handelsbeziehungen innerhalb der ASEAN führen könnte.[376]

Weiterhin wenig Investitionen und vergleichsweise bescheidene Wirtschaftsbeziehungen Österreichs können nach Laos und Kambodscha erwartet werden. Weder große Umstrukturierungen in der Wirtschaftspolitik noch stärkere Initiativen seitens des BMWA, des

375 WKO 2008, S. 3

376 vgl. WKO 2008, S. 7

BMEIA noch der WKO in diese Region sind zu erwarten. Zusätzlich werden Laos und Kambodscha in den nächsten Jahren weiterhin von unterdurchschnittlich qualifizierten Arbeitskräften geprägt sein, zudem werden auch in Zukunft nicht ausreichend deutsch- oder englisch sprechende Fachkräfte vor Ort zur Verfügung stehen.
Auch die Nachfrage nach österreichischen Produkten wird sich angesichts der schwachen Kaufkraft der Bevölkerung noch mehrere Jahre in Grenzen halten.

Um auf die Beschreibung der sozialistischen Wirtschaftsysteme (Kapitel 1.1.4.) und die Strukur nach Kosta[377] zurückzukommen, kann für Vietnam, aber auch für Laos und Kambodscha diagnostiziert werden, dass nach wie vor das System der Entscheidungsträger, das System der Planung und Lenkung, das System der Arbeitsmotivationen als auch das System der Zielsetzungen in öffentlichen Händen liegt. Zwar kann nicht geleugnet werden, dass eine weitreichende Öffnung der wirtschaftlichen Struktur erfolgt ist, dennoch sind die Merkmale eines sozialistischen Wirtschaftsystems noch in allen drei Staaten deutlich erkennbar.

377 vgl. KOSTA 1986, S. 444-445

6. ÖSTERREICHISCHE AUSLANDSKULTURPOLITIK

Die österreichische Außenpolitik beinhaltet neben der Außenwirtschaftspolitik auch die Auslandskulturpolitik – auch Außenkulturpolitik genannt. In der Literatur wird Auslandskulturpolitik als eine Dimension der Außenpolitik genannt, die äußerst arbeitsintensiv sein kann und nicht unmittelbar von Erfolg gekrönt sein muss, dennoch unverzichtbar ist: „Sie stellt, über die selbstverständliche Notwendigkeit hinaus, auf kulturellem Gebiet mit anderen Staaten zusammenzuarbeiten, für die Außenpolitik als solche eine unverzichtbare und wesentliche Komponente dar.“[378] Denn sie könne, falls notwenig, gar negative Urteile auf politischer und wirtschaftlicher Ebene korrigieren und kann deshalb als die dritte Säule der Außenpolitik – neben der Politik und der Wirtschaft – bezeichnet werden.[379]

In diesem Kapitel wird die österreichische Auslandskulturpolitik in Vietnam, Laos und Kambodscha beleuchtet, unter den Aspekten des Kulturexports, der (Sprach-) Bildungsmöglichkeiten im Ausland sowie im entfernten Sinn des Tourismus in Vietnam, Laos und Kambodscha.

6.1. Die österreichische Auslandskulturpolitik im Überblick

In seiner Arbeit zur Auslandskulturpolitik Österreichs betont Sven Pusswald die Bedeutung der Außenkultur für ein kleines Land wie Österreich: „Es ist […] nicht verwunderlich, dass es gerade Österreich als kleiner Staat nicht einfach hat, das eigene Bild im Ausland mitzubestimmen. Bei Staaten, die von wirtschaftlich und politisch mächtigen Nachbarn umgeben sind, wird der Auslandkulturpolitik meist auch eine Abgrenzungsrolle zugemessen.“[380]
Anhand dieses Statements wird die Bedeutung der Auslandskulturpolitik für Österreich deutlich. Neben den wirtschaftlich stärkeren Nachbarn wie Deutschland oder Italien muss Österreich einen anderen Weg finden, sich und seine Identität im Ausland zu präsentieren. Denn laut Pusswald geht es bei Projekten der Auslandskultur hauptsächlich darum, im Ausland über Österreich zu informieren, Österreich in eine internationalen Dialog einbinden sowie die Internationalität Österreichs zu stärken.[381]

378 KAMPITS 1990, S. 11
379 vgl. KAMPITS 1990, S. 1113
380 PUSSWALD 2006, S. 30
381 vgl. PUSSWALD 2006, 32

Auch Botschafter Brix, Leiter der Kulturpolitischen Sektion im Außenministerium, betont im Eingangsstatement auf seiner Homepage, „dass der kulturelle Dialog immer mehr zu einem entscheidenden Faktor guter zwischenstaatlicher Beziehungen und der Chancen in Globalisierungsprozessen“[382] wird.
Demnach gilt es, die Behandlung der österreichischen Auslandskulturpolitik gegenüber Vietnam, Laos und Kambodscha stets unter beiden Aspekten zu sehen: Einerseits als Kulturexport als solches, andrerseits als Brückenschlag für einen gestärkten Auftritt Österreichs im Ausland – nicht nur als Kulturland, sondern auch als ökonomischer Akteur.

Die österreichische Auslandskulturpolitik ist zum überwiegenden Teil im Außenministerium angesiedelt und verfügt mittlerweile über ein Netzwerk von 30 Kulturforen, 51 Österreich-Bibliotheken, 9 Sprachinstituten sowie speziellen Kooperationsbüros wie in Washington und Lemberg. Zusätzlich sind die Botschaften und Generalkonsulate in die österreichische Kulturarbeit eingebunden.[383]
Seit dem Jahr 2001 verfolgt das Außenministerium die Strategie des *Auslandskulturkonzepts Neu.* Im Zuge dieses neu ausgearbeiteten Konzepts definiert die Kulturpolitische Sektion des Außenministeriums die Aufgaben der österreichischen Auslandskulturpolitik wie folgt:

- „Der Standort Österreichs soll mit kulturellen Mitteln verständlich gemacht werden.
- Österreich hat durch den Faktor Kultur gute Chancen, seine internationalen „Momente der Aufmerksamkeit“[384] zu stärken.
- Die Aktivitäten im Bereich Kunst und Wissenschaft sollen um den Aspekt Bildung ergänzt werden.
- Im europäischen Kontext soll dennoch ein Übermaß an Identitätspolitik vermieden werden, wenn möglich, soll Kulturarbeit derart offen sein, dass sie national nicht immer zuordenbar ist.“[385]

Die Ziele werden – wie oben bereits kurz angeschnitten – in einem Informationsziel, ein Kommunikationsziel und ein Internationalisierungsziel zusammengefasst. Darunter wird die

382 http://www.bmeia.gv.at/aussenministerium/aussenpolitik/auslandskultur/die-oesterreichische-auslandskulturpolitik.html
383 vgl. http://www.bmeia.gv.at/aussenministerium/aussenpolitik/auslandskultur/die-oesterreichische-auslandskulturpolitik.html
384 http://www.bmeia.gv.at/aussenministerium/aussenpolitik/auslandskultur/die-oesterreichische-auslandskulturpolitik.html
385 vgl. ebda

Möglichkeit verstanden, erstens über Österreich zu informieren, zweitens Österreich in einem Dialog zu präsentieren und drittens die Internationalität Österreichs zu stärken.[386]

Um diese Ziele bestmöglich zu erreichen, verfügt die österreichische Auslandskulturpolitik über ein Netzwerk globaler Kulturzentren[387] und setzt inhaltliche Schwerpunkte. So werden im Rahmen der *Österreichischen Osthilfe* und der *Entwicklungszusammenarbeit* gezielt Projekte in genau definierten Regionen gefördert. Weiter unterhält Österreich mit insgesamt 25 Staaten der Welt Kulturabkommen über die kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit, zusätzlich repräsentiert die *Österreich Institut GmbH* in zahlreichen Staaten die österreichische Kultur und bietet Sprachkurse an.

Die Länder Vietnam, Laos und Kambodscha sind keine Zielregionen der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, weshalb bei der Analyse der Außenpolitik und Entwicklungszusammenarbeit Österreichs in diesen Ländern vorwiegend einzelne, bilaterale Projekte beachtet werden. Auch verfügt Österreich mit Vietnam, Laos und Kambodscha weder über ein Kulturabkommen, noch über formlose Absprachen in Form von Beamtengesprächen oder *Memoranda of Understanding*.[388]

6.2. Österreichische Auslandskulturpolitik in Vietnam

Da Österreich in Vietnam weder über ein Kulturforum noch über ein Österreich Institut verfügt, ist die Österreichische Botschaft in Hanoi am stärksten in die österreichische Auslandskulturpolitik in Vietnam eingebunden.
Sozusagen als verlängerter Ast des österreichischen Außenministeriums fällt es in den Aufgabenbereich der Botschaft, österreichisches Kulturgut in Vietnam zu präsentieren, kulturelle Projekte in Vietnam zu fördern und koordinieren sowie als Service- und Kontaktstelle für kulturelle Angelegenheiten zur Verfügung zu stehen.[389]

Auf kultureller Ebene wickelt die Österreichische Botschaft in Vietnam schon seit einigen Jahren verschiedene Projekte ab, zumeist in Zusammenarbeit mit vietnamesischen Ministerien und Kultur- und Bildungseinrichtungen.

386 vgl. http://www.bmeia.gv.at/aussenministerium/aussenpolitik/auslandskultur/auslandskulturkonzept/die-ziele.html

387 Anm. Globale Kulturzentren unterhält Österreich in New York, London, Paris, Rom, Tokio, Madrid, Moskau und Berlin.

388 vgl. http://www.bmeia.gv.at/aussenministerium/aussenpolitik/auslandskultur/kulturforen.html

389 vgl. http://www.bmeia.gv.at/aussenministerium/aussenpolitik/auslandskultur/auslandskulturkonzept/strukturen.html

Eines dieser Projekte ist die bereits seit Jahren andauernde Kooperation zwischen dem österreichischen Dirigenten Wolfgang Gröhs und dem *Hanoi Philharmonic Orchestra*. Bereits seit dem Jahr 1999 – nur einem Jahr nach der Eröffnung der Botschaft in Hanoi – absolviert Gröhs, teils auch mehrmals jährlich, Gastauftritte mit dem Hanoi Philharmonic Orchestra.
Diese Gastkonzerte werden in Hanoi und Ho Chi Min City veranstaltet und von der Bevölkerung sehr gut aufgenommen. Alle Aufführungen von Gröhs in Vietnam waren bis zuletzt immer ausverkauft.
Koordiniert werden diese Gastauftritte ausschließlich von der österreichischen Botschaft, dem Dirigenten Gröhs sowie dem Hanoi Philharmonic Orchestra. Ziel dieser Kooperation ist nicht nur die Präsentation österreichischer Werke in Vietnam durch einen österreichischen Dirigenten, sondern auch die Formung und Weiterbildung des Hanoi Philharmonic Orchestra durch Wolfgang Gröhs.[390] Finanziert wird dieses Projekt zur Hälfte vom Budget der österreichischen Botschaft, zur Hälfte vom Hanoi Philharmonic Orchestra.

Eine weitere kulturelle Veranstaltung im Rahmen der Auslandkultur findet seit September 2006 in Hanoi statt. An der Oper Hanoi wurde im September 2006 erstmals Mozarts *Zauberflöte* aufgeführt, inszeniert ausschließlich mit vietnamesischen Darstellern. Im September 2007 wurden diese Aufführungen abermals wiederholt, im Herbst 2008 soll die Oper *Don Giovanni* inszeniert werden.
Dieses Projekt ist eine Zusammenarbeit der österreichischen Botschaft und des vietnamesischen Ministeriums für Kultur und Information. Durch die Konzentration auf das Thema *Oper* sollen die österreichische Kultur als auch Österreich selbst stärker in „das Rampenlicht der vietnamesischen Öffentlichkeit gerückt“[391] werden.

Im wissenschaftlichen Bereich besteht bereits seit mehreren Jahren eine Kooperation zwischen Österreich und Vietnam im Rahmen des ASEA UNINET und den AIT-Programmen (Asian Institute of Technology).[392] Im Zuge dieses Programms finden Studienreisen der Universität Innsbruck und der WU-Wien nach Vietnam statt.[393] Zusätzlich existiert bereits seit Jahren eine wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen vietnamesischen Universitäten und der Universität Wien, der Wirtschaftsuniversität, der Universität für Bodenkultur, der Universität für Musik und Darstellende Kunst, der Universität Salzburg sowie der Universität Innsbruck.[394]

390 vgl. Persönliche Gespräche mit Wolfgang Gröhs im Rahmen des Aufenthaltes in Hanoi im Jahr 2004

391 http://www.bmeia.gv.at/botschaft/hanoi/bilaterale-beziehungen/kulturwissenschaft.html

392 vgl. ebda

393 vgl. BMEIA 2005, S. 350-351 (Außenpolitischer Bericht 2004)

394 vgl. BMEIA 2000, S. 335

Im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen der Fremdsprachenhochschule Hanoi und dem österreichischen Bildungsministerium wurde im Jahr 2001 an der *University of Foreign Studies/ Abteilung für deutsche Sprache* ein Österreich-Raum eröffnet, in dem nun regelmäßig Vorträge und Seminare zu Österreich stattfinden. Zusätzlich wurde eine Fremdsprachenassistentin nach Hanoi an die University of Foreign Studies entsandt.[395] Im selben Jahr nahm ein österreichisches Jazz-Ensemble am European Jazz Festival in Hanoi und Ho Chi Minh City teil, bereits im Jahr 2000 veranstaltete die Österreichische Botschaft einen Filmworkshop unter der Leitung von Prof. Peter Mayer an der Universität für Theaterwissenschaften Hanoi.
Umgekehrt zeigte die Kunsthalle Leoben eine umfassende Ausstellung über Vietnam, die in Zusammenarbeit mit dem Kunsthistorischen Museum Wien, dem Musee Royal in Brüssel sowie den vietnamesischen Museen organisiert wurde.

Im Jahr 2004 fanden an der Fremdsprachenhochschule in Hanoi viertägige Österreich-Tage statt. Im Rahmen dieser Veranstaltung präsentierten Referenten des Bildungsministeriums Österreich und dessen Geschichte, Politik und Kultur.[396]
Im Zuge Nord-Süd Partnerschaft werden jährlich Fachkräfte und Akademiker aus Vietnam nach Österreich eingeladen und bei diversen Aus- und Weiterbildungsprojekten finanziell unterstützt.

Im Rahmen der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft 1. Halbjahr 2006 fanden mehrere kulturelle Veranstaltungen in Hanoi und Ho Chi Minh City statt, die zu einem Teil vom BMBWK, dem BKA und dem BMEIA finanziert wurden (insgesamt 83.000 EUR), zum anderen durch Mittel des vietnamesischen Ministeriums für Kultur und Information (etwa 50.000 EUR) unterstützt wurden.[397]

Im Jahr 2006 kam es zum wohl größten Projekt zwischen Österreich und Vietnam. Das bereits im Jahr 2005 gestartete Projekt der IMC-Fachhochschule zur Errichtung eines österreichisch-vietnamesischen Tourismusprogramms kam in die finale Phase:
Eine Delegation der IMC-Fachhochschule unter der Leitung von dessen Präsidenten Heinz Boyer besuchte Hanoi und Hue um die Kooperationsvereinbarungen der Universitäten Hanoi und Hue in Bezug auf die Einrichtung des *Vietnamesisch-Österreichischen*

395 vgl. BMEIA 2001, S. 335
396 vgl. BMEIA 2005, S. 350-351
397 vgl. BMEIA 2007, S. 378

Tourismusprogramms (VATP) sowie die Installation des Austrian Studies Center zu beschließen.[398]
Dieses Konzept gilt nach wie vor als Vorzeigeprojekt der österreichisch-vietnamesischen Zusammenarbeit.

6.2.1. Exkurs: Die FH Krems in Vietnam

Intensive Vorbereitungen für dieses aufwändige Projekt liefen bereits seit einigen Jahren, im Jahr 2005 konnte schließlich das *Memorandum of Understandig* zwischen der FH Krems und der Universität in Hanoi unterzeichnet werden. Während des Besuchs des Präsidenten der Universität in Hanoi, Mr. Nguyen Xuan Vang, konnte der Vorvertrag über zukünftige Kooperationen zwischen der FH Krems und der Universität Hanoi sowie der Universität Hue unterzeichnet werden.
Mag. Heinz Boyer, Geschäftsführer der FH Krems und Mit-Initiator dieses Projekts meinte damals: „Wir stärken mit diesem Projekt nicht nur die wirtschaftlichen Kontakte Österreichs im fernöstlichen Raum, sondern steigern auch das österreichische Image als eine der weltweit führenden Nationen auf dem Gebiet der Tourismusausbildung. […] Wir öffnen mit dieser Kooperation mit der Hanoi Universität nicht nur die Tore im Bereich österreichischen Ausbildungstransfers, sondern schaffen auch Möglichkeiten zu Produktexporten.“[399]
Als erster Schritt soll ein gemeinsames Konzept für die Bachelor-Ausbildung im Tourismus- und Hotelmanagement ausgearbeitet werden, als zweiter Schritt ist die Errichtung eines Trainings-Hotels in Vietnam, in dem österreichische und vietnamesische Studenten in Rahmen von Praktika ausgebildet werden sollen.
Im Juni 2006 wurden die Verträge zwischen den beiden Universitäten unterzeichnet, damit war Österreich das erste EU-Land, „das eine qualitätsgesicherte Bachelor-Ausbildung im Bereich Tourismusmanagement und Freizeitwirtschaft auf europäischen Niveau in Vietnam“[400] anbot.
Im Wintersemester 2006 sollte der Lehrgang anlaufen, mit etwas Verspätung wurde er schließlich im Februar 2007 eröffnet. Seitdem läuft nun der 3-jährige Studiengang Tourismusmanagement und Freizeitwirtschaft sowohl in Vietnam als auch in Krems. Anfangs mit 50 Studenten, sollen im Vollbetrieb bis zu 400 Studenten in Hanoi, Hue und Krems ausgebildet werden.
Um eine Ausbildung auf europäischem Niveau garantieren zu können, nehmen in regelmäßigen Abständen auch österreichische Gastlektoren Prüfungen in Vietnam ab.

398 vgl. BMEIA 2007, S. 378

399 http://www.imc-krems.ac.at/news-presse/news/2006/ausbildungsexport-fixiert/?searchterm=vietnam

400 http://www.imc-krems.ac.at/news-presse/news/2006/studieren-in-fernost/?searchterm=vietnam

Zusätzlich müssen Studenten ein halbjähriges Praktikum in Vietnam oder Österreich absolvieren.[401]

Neben der Kooperation zwischen den Universitäten Hanoi und Hue und der FH Krems wurde 2006 auch beschlossen, gemeinsam mit der Fremdsprachenhochschule in Hanoi ein so genanntes *Austrian Studies Center* einzurichten, welches als Kontaktmöglichkeit zwischen österreichischer und vietnamesischer Wirtschaft und Wissenschaft fungieren soll. In diesem Austrian Studies Center soll österreichischen Firmen, die am vietnamesischen Markt interessiert sind, die Möglichkeit geboten werden, ihre Produkte und Ideen einer Öffentlichkeit zu präsentieren und eine Zusammenarbeit mit deutsch sprechenden vietnamesischen Studenten einzugehen. Die Eröffnung dieses Centers erfolgte im Dezember 2006.[402]

Im Juni dieses Jahres fand sich schließlich hoher Staatsbesuch an der FH Krems ein. Im Rahmen seines Österreich-Aufenthaltes stattete der vietnamesische Präsident Nguyen Minh Triet mit seiner Delegation der FH Krems einen kurzen Besuch ab. Dabei wurde er von Bundespräsident Fischer, dem österreichischen Botschafter in Vietnam, Johannes Peterlik, sowie dem Geschäftsführer der FH Krems ausführlich über das Projekt informiert. Im Rahmen dieser Veranstaltung honorierte Triet die österreichisch-vietnamesischen Bemühungen auf dem Gebiet der Ausbildungsarbeit.[403]
Der Besuch des vietnamesischen Staatspräsidenten betont die Bedeutung dieses Projekts sowohl für Vietnam als auch für Österreich.

Neben den politischen Beziehungen und den Kooperationen auf kultureller und wissenschaftlicher Ebene finden Kontakte auch im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) zwischen Österreich und Vietnam statt.
Dabei unterstützt Österreich im Rahmen der EZA ein Projekt aus dem Jahr 2000 zur Nachernteaufbereitung von Reis im Mekongdelta. Das von *Austroprojekt* durchgeführte Konzept *Implementierung verbesserter Reisverarbeitungstechnologien zur Erzeugung von hochwertigem Reis vor Ort* hat eine Laufzeit von 1999-2005, soll aber auch darüber hinaus weiter von der EZA betreut werden.[404] Mit einem Gesamtvolumen von etwa 0,7 Mio. EUR sollen jährlich etwa 117.000 EUR zur Verfügung gestellt werden.[405]

401 vgl. ebda

402 vgl. ebda

403 vgl. http://www.imc-krems.ac.at/news-presse/news/2008/hoher-staatsbesuch-an-der-fh-krems/?searchterm=vietnam

404 vgl. http://www.austroprojekt.com/start.asp?showmenu=yes&fr=&b=499&ID=7705

405 vgl. BMEIA 2008, S. 378

6.3. Österreichische Auslandskulturpolitik in Laos

Die kulturellen Beziehungen mit Laos sind äußerst bescheiden. So nennt das Außenministerium nur im Außenpolitischen Bericht 2006, dass in diesem Jahr im Rahmen der OEZA Stipendien für Wissenschafterinnen in Laos zur Verfügung gestellt wurden. Über deren Höhe gibt es weder seitens des Außenministeriums noch der OEZA Angaben.[406]
Auch die *Basisinformation Laos (Stand 16. Juni 2008)* nennt beim Punkt Kultur: „Keine berichtenswerten Ereignisse."[407]

Etwas mediale Aufmerksamkeit erlangte Laos in den österreichischen Medien, als UNICEF Österreich zum Weltminentag am 4. April 2008 die Situation in Laos in den Mittelpunkt ihres Aktionstages stellte. Während des Vietnamkriegs sollen über zwei Millionen Bomben über Laos abgeworfen worden sein, etwa ein Drittel explodierte nicht. Seit dem Jahr 1975 gab es in Laos mehr als 11.000 Minenunfälle, jährlich sind mehr als 50% der Opfer Kinder.[408]
UNICEF Österreich engagiert sich seit Jahren mit Spenden in Laos.

Eine Kooperation zwischen Österreich und Laos gibt es im Rahmen des Roten Kreuz, seit 1997 arbeiten das Laotische Rote Kreuz und das Österreichische Rote Kreuz intensiv zusammen. In drei Provinzen Laos´ wurden bisher Trinkwassersysteme gebaut, Erste-Hilfe-Kurse durchgeführt und Unterstützung in der Katastrophenvorsorge geleistet.
Da etwa 80% der Einwohner Laos´ in ländlichen Gebieten leben, in denen die Versorgung mit Trinkwasser nur selten gewährleistet ist, hat Laos eine der höchsten Säuglingssterblichkeitsraten der Region. Im Zuge der Zusammenarbeit des Laotischen und des Österreichischen Roten Kreuz wurden bisher über 100 Trinkwasseranlagen und über 5.000 Latrinen errichtet. Dabei stellen die Dorfbewohner Arbeitskräfte, lokal verfügbares Baumaterial wie Holz und Sand sowie Finanzmittel in der Höhe von 6% der Gesamtkosten zur Verfügung. Die restliche Summe stammt aus dem Budget des Roten Kreuz.[409]

406 vgl. BMEIA 2007, S. 301

407 E-Mail Botschafter Zimburg 30.09.2008

408 vgl.
http://www.unicef.at/einzelansicht.html?&tx_ttnews%5Btt_news%5D=684&tx_ttnews%5BbackPid%5D=7&chash=8a3158b736

409 vgl. http://www.roteskreuz.at/entwicklungs-zusammenarbeit/suedostasien/laos

6.4. Österreichische Auslandskulturpolitik in Kambodscha

Wie die politischen Beziehungen zwischen Österreich und Kambodscha, sind auch die kulturellen Kontakte sehr bescheiden. Erst für das Jahr 2005 meldete das Außenministerium, dass Österreich mit dem Film *Der Überfall* von Florian Flicker erstmals am EU-Filmfestival in Phnom Penh vertreten war.[410] Im Jahr 2006 nahm Österreich mit dem Film *Die Gottesanbetern* am EU-Filmfestival teil, im Jahr 2008 war Österreich mit *Indien* vertreten.[411]
Über weitere kulturelle Tätigkeiten Österreichs berichten weder das Außenministerium noch die etwaige Literatur.
Von den europäischen Ländern ist kulturell Frankreich am aktivsten in Kambodscha, was sich aus dessen Vergangenheit als Kolonialmacht erklären lässt.

Für das Jahr 2004 nennt das österreichische Außenministerium Projekte der OEZA, die im Rahmen der UNIDO in Kambodscha realisiert wurden. So hat Österreich das Projekt *Rural Energy for Productive Uses* mit über 760.000 Euro unterstützt. Für das Projekt *Market Access Support for Cambodia through the Strengthening of Capacities related to Meteorology, Testing and Confomity* wurden weitere 487.000 Euro aufgebracht.[412]
Für die Jahre vor und nach 2004 nennen jedoch weder das Außenministerium noch die OEZA jegliche finanziellen Aufwendungen für Kambodscha.

6.5. Zusammenfassung

Österreichische Auslandskulturpolitik findet in Vietnam, Laos und Kambodscha zu überwiegenden Teilen in Form von österreichischen Teilnahmen an kulturellen Veranstaltungen der EU in diesen Ländern, in Form von Stipendien für Studenten und Wissenschafter sowie im Rahmen der OEZA statt. So wurden in Laos und Kambodscha im Zeitraum 1998-2008 keine österreichischen Kulturprojekte durchgeführt. Vielmehr beschränkte sich die kulturelle Zusammenarbeit mit diesen beiden Ländern auf österreichische Beiträge im Rahmen des EU-Filmfestivals.
Eine Ausnahme davon bietet Vietnam. Hier wurden mit einer Vielzahl an Projekten Schwerpunkte gesetzt, welche auch in Zukunft das Bild Österreichs in Vietnam prägen könnten. Mit der Konzentration auf Oper, Literatur und die Sprache Deutsch als österreichische Kulturexporte setzte Österreich Schwerpunkte, die in Vietnam bereits seit Jahren im Interesse verfolgt und aufgenommen werden. Neben der Präsenz österreichischer Musik an der Oper Hanoi unterstützen österreichische Literatursammlungen an der

410 vgl. BMEIA 2006, S. 297

411 vgl. BMEIA 2007, S. 290 und E-Mail Zimburg 30.09.08

412 vgl. BMEIA 2006, S, 297

Fremdsprachenhochschule sowie österreichische Sprachassistenten die erfolgreiche Vermittlung österreichischer Kultur in Vietnam.
Die österreichischen Stipendien, die an vietnamesische, laotische und kambodschanische Studenten, Wissenschafter oder Fachkräfte gehen, sei es im Rahmen der OEZA, der Nord-Süd-Partnerschaft oder des ASIA-UNINET, stellen ein wichtiges Instrument der österreichischen Auslandskulturpolitik in dieser Region dar. Auch die Ausbildung vor Ort, vor allem die Lehre der deutschen Sprache, stellt für die österreichische Wirtschaft, die den Eintritt in diese Region wagt, einen nicht zu unterschätzenden Wettbewerbsvorteil dar. Somit liegt es auch im Interesse der österreichischen Wirtschaft, die Präsenz österreichischer Kultur – und vor allem die Präsenz der Sprachausbildung – weiter zu verstärken.

So ist es auch ein Verdienst der Auslandskulturpolitik, dass Österreich in diesen Ländern nicht mehr nur als Akteur im 2. Weltkrieg sondern als Kulturnation wahrgenommen wird. Peter Kampits meint dazu:

> „Sie [Anm.: Auslandskulturpolitik] muß [sic!] darum in besonderer Weise offensiv werden – nicht um eine kulturelle Missionierung durch Österreich einzuleiten, sondern um Österreich jenen Platz in der internationalen Gemeinschaft zu sichern, der diesem kleinen Staat nicht zuletzt aufgrund seiner Geschichte zukommt. Weder mit dem Reiseland Österreich noch mit Hinweisen auf Wien als Sitz internationaler Organisationen, auch nicht mit der Qualität wirtschaftlicher Produkte, sondern nur mit der Betonung seiner kulturellen Leistung kann sich Österreich international präsent halten und jene Imageeinbußen korrigieren, die zu einem verzerrten und falschen Österreichbild geführt haben.“[413]

Auch wenn gesagt werden muss, dass Österreich in der südostasiatischen Region viel weniger stark als Akteur im 2. WK gesehen wird als dies möglicherweise in Süd- und Südosteuropa der Fall sein mag.

Dennoch muss Österreich – so es seine Chancen in Südostasien wahren will – verstärkt österreichische Kultur in diese Region exportieren. Angesichts seiner Ansprüche im Zuge des *Auslandskulturkonzept Neu* bleiben für die Region Vietnam, Laos und Kambodscha einige Punkte noch zu erfüllen: Besonders die im Konzept erwähnten *Momente der Aufmerksamkeit* müssen in Laos und Kambodscha verstärkt werden. Denn diese sind in Laos und Kambodscha so gut wie nicht vorhanden.

Die Sprache Deutsch ist in diesen Ländern untrennbar mit Deutschland verbunden, österreichische Aspekte fehlen völlig. Der einzige Kulturexport – so diese Formulierung in

413 KAMPITS 1990, S. 129

diesem Zusammenhang angebracht ist – findet in Form von österreichischen Touristen statt, oder österreichischen Staatsbürgern, die im Rahmen internationaler Organisationen in Laos und Kambodscha arbeiten.
Ein Österreich-Bezug, der beispielsweise in Vietnam in Form des Österreich-Raumes geschaffen wurde, ist in Laos und Kambodscha noch nicht anzufinden.

7. RESÜMEE

Ziel dieser Arbeit war die Analyse der österreichischen Außenpolitik gegenüber den Ländern Vietnam, Laos und Kambodscha.
Dafür wurden in den vorangegangen Kapiteln zahlreiche Schritte gemacht, um eine solche Analyse zu ermöglichen. Der Arbeit sozusagen vorausgehend wurde ein Überblick über die Länder Vietnam, Laos und Kambodscha gegeben – in Gegenüberstellung zu Österreich. Es wurden die Gemeinsamkeiten und Unterschiede dieser Länder zueinander herausgearbeitet und behandelt. Anschließend wurden der Begriff der Außenpolitik definiert und die Instrumente und Ansätze von Außenpolitik beleuchtet. Es folgte ein Überblick über die Akteure der österreichischen Außenpolitik, sowie eine Aufstellung der österreichischen Außenpolitik im Rahmen der EU, als auch der nationalstaatlichen Außenpolitik gegenüber den Staaten Vietnam, Laos und Kambodscha.
Weiter wurde die Außenwirtschaft Österreichs im Allgemeinen und die Außenwirtschaft Österreichs gegenüber Vietnam, Laos und Kambodscha beleuchtet und die Wirtschaftszahlen der Jahre 1998-2008 zu deuten versucht.
Abschließend folgte eine Aufstellung der österreichischen Auslandskulturpolitik in den drei Ländern, einschließlich der von Österreich verfolgten Projekte im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit.

Nun werden die Ergebnisse der einzelnen Kapitel zusammengefasst und die folgerichtigen Schlüsse gezogen. Bereits in der Einleitung und anschließend im allgemeinen Überblick über die Staaten Vietnam, Laos und Kambodscha wurde deutlich, dass es sich bei dieser Analyse um die Betrachtung einer sehr heterogenen Region handelt. Sowohl in geografischen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aspekten unterscheiden sich die Staaten Vietnam, Laos und Kambodscha sehr stark voneinander – Österreich ist ideologisch nochmals ein weiteres Stück von diesen Ländern entfernt.
So wurde im Zuge dieser Arbeit deutlich, dass bereits die politischen Grundstrukturen der drei Länder in Südostasien sich deutlich voneinander unterscheiden. Den stark sozialistisch geprägten Staaten Vietnam und Laos steht die konstitutionelle Monarchie Kambodscha mit einer Mehrparteienlandschaft gegenüber. Gleichzeitig bewegt sich Vietnam bereits seit Jahren mit einer derartigen Geschwindigkeit in Richtung Öffnung des Landes und Liberalisierung des Marktes, die in der Region und in sozialistischen Staaten weltweit ihresgleichen sucht.

Vietnam, Laos und Kambodscha waren in ihrer Geschichte stets eng miteinander verbunden, angefangen als französische Kolonie, über den grenzübergreifenden Vietnamkrieg bis hin zu den kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Vietnam und Kambodscha. Dennoch klaffen sie heute in einigen Aspekten deutlich auseinander: die außenpolitischen Kontakte und internationalen Aktivitäten der drei Staaten lassen sich kaum miteinander vergleichen, die wirtschaftlichen Zahlen würden nicht vermuten lassen, dass es sich um drei Nachbarstaaten in der Region Südostasien handelt. Die Schwierigkeit des Vergleiches liegt nicht nur in der stark unterschiedlichen Bevölkerungszahl der drei Staaten, sondern auch in ihrer variierenden Intensität der Öffnung gegenüber der westlichen Wirtschaft und Politik.

In Kapitel 3. wurde die österreichische Außenpolitik behandelt. Dabei wurde zuerst auf die österreichische Außenpolitik im Rahmen der EU eingegangen und die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der EU zu ASEAN skizziert.
Da Österreichs Außenpolitik stark von den Entscheidungen der EU geprägt ist, sind auch die Aktivitäten der EU in der südostasiatischen Region von großer Bedeutung. Politische und wirtschaftliche Beziehungen zwischen der EU und ASEAN stehen bereits seit längerem, doch war erst in den letzten zehn Jahren eine deutliche Intensivierung der Kontakte zu spüren. Der Grund dafür mag in den ökonomischen Interessen der EU an der ASEAN-Region liegen, die mit über 500 Mio. Einwohnern einen durchaus interessanten Absatzmarkt für Europa darstellt.
Die EU fasst die ASEAN-Region mit den Staaten Lateinamerikas als ALA-Staaten zusammen. Im Zuge der Entwicklungszusammenarbeit der EU sollen diese ALA-Staaten mit entwicklungspolitischen Projekten unterstützt und gefördert werden. Für das gewählte Fallbeispiel von Vietnam, Laos und Kambodscha kann gesagt werden, dass diese Region kein Zielgebiet im Zuge der ALA-Unterstützung darstellt. Vielmehr werden seitens der EU Projekte in Indonesien, Sri Lanka und Thailand gefördert.
Somit muss die Außenpolitik der EU zu ASEAN losgelöst von den Beziehungen zu den ALA-Staaten betrachtet werden. Dabei wird deutlich, dass die politischen und wirtschaftlichen Ziele der EU – und somit im weiteren Ziele auch Österreichs – in der Region nach wie vor aktuell sind. So gab es seitens der EU bereits seit 1972 – seit der Gründung der EWG – politische Kontakte zu ASEAN. Ziel der EU in der ASEAN-Region war die Wahrung der politischen Stabilität, im Laufe der Zeit drängten jedoch die ökonomischen Interessen weiter in den Vordergrund. Dabei muss aber wiederum zwischen Vietnam, Laos und Kambodscha unterschieden werden. Während die EU in Vietnam bereits wirtschaftliche Ziele verfolgt und sich in der Entwicklungszusammenarbeit auf Bildung und Fortbildung der vietnamesischen Bevölkerung konzentriert, stehen in Laos und Kambodscha zumeist humanitäre Projekte zur Bekämpfung der Armut im Vordergrund.

Die regelmäßig stattfindenden ASEM-Treffen bilden hierbei den geeigneten institutionellen Rahmen für die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen der EU und Südostasien.

Kapitel 3.3. befasste sich schließlich mit dem elementaren Teil dieser Arbeit, der österreichischen Außenpolitik gegenüber Vietnam, Laos und Kambodscha. Dabei wurde die Zeit 1998-2008 in den Vordergrund gestellt und die Aktivitäten der politischen Akteure analysiert.

Da laut telefonischer Auskunft weder das BMEIA noch das BMWA eine Art außenpolitische Gesamtstrategie in Bezug auf Südostasien verfolgt, muss diese – oder zumindest ihre Ansätze – anhand dieser Arbeit herausgearbeitet werden. Dabei stehen – mangels einer Südostasien-Strategie des BMEIA – die bilateralen Besuche im Vordergrund.

Um eine folgerichtige Analyse der österreichischen Außenpolitik gegenüber Vietnam, Laos und Kambodscha gewährleisten zu können, müssen vorab die unterschiedlichen Vorraussetzungen für Österreichs Aktivitäten in dieser Region beachtet werden. So unterhält die Republik Österreich eine Österreichische Botschaft in Vietnam, für Laos und Kambodscha hingegen ist die Vertretung in Thailand zuständig. Somit hat Vietnam hier einen deutlichen Vorteil gegenüber seinen Nachbarstaaten. Doch schon die Tatsache der Installierung einer Österreichischen Botschaft in Vietnam muss gesondert betrachtet werden.

In einem Gespräch während meines Aufenthaltes in Hanoi teilte mir Botschafter Peterlik mit, dass von Anfang an die ökonomischen Interessen Österreichs in Vietnam im Vordergrund standen. Demnach wollte Österreich in der Region präsent sein, wenn der Wirtschaftsboom im Land startet.

Somit lag die Stärkung der politischen Beziehungen zwischen Österreich und Vietnam nicht primär im Vordergrund. Dennoch kann Österreich auf eine durchaus lange Tradition der wechselseitigen Besuche mit Vietnam auf allen Ebenen zurückblicken. Wenn auch die österreichischen Besuche auf Bundespräsidenten- und Bundeskanzlerebene bereits einige Jahre zurückliegen, kann Österreich in den letzten Jahren auf hohen diplomatischen Besuch aus Vietnam zurückblicken.

Während zwischen Österreich und Vietnam durchaus reger Besuchsaustausch herrscht, gestalten sich die außenpolitischen Beziehungen Österreichs zu Laos und Kambodscha um einiges bescheidener. Wie Botschafter Zimburg in seiner E-Mail mitteilte, sind die Beziehungen zwar problemfrei, aber sehr bescheiden. Somit beschränkt sich Österreichs Außenpolitik in Laos und Kambodscha zumeist auf humanitäre Projekte und auf Kontakte im Rahmen internationaler Organisationen und Konferenzen.

Auch die österreichische Außenwirtschaft agiert deutlich stärker in Vietnam als in Laos und Kambodscha. Aufgrund der volkswirtschaftlichen Basis in Laos und Kambodscha ist dies nicht verwunderlich. So befindet sich Vietnam bereits seit Jahren in einem dynamischen Aufholprozess, von dem auch Österreich ökonomisch profitieren möchte.
In der Auslandskulturpolitik ragt das Projekt der IMC Fachhochschule Krems in den kulturellen Beziehungen Österreichs zu Vietnam, Laos und Kambodscha hervor. Die Vereinbarung zwischen der FH Krems und den Universitäten Hanoi und Hue scheint die restlichen Projekte Österreichs in Vietnam in den Schatten zu stellen.

Abschließend sollen diese Fakten der österreichischen Außenpolitik, Außenwirtschaftspolitik sowie der Auslandskulturpolitik anhand der in Kapitel 2. präsentierten Definitionen, Instrumente und Ansätze analysiert werden.
In Kapitel 2.2. wurde die Diplomatie als wichtiges Instrument der Außenpolitik präsentiert und die Aufgaben der Diplomaten aufgezeigt. Angewandt auf die Fallbeispiele Vietnam, Laos und Kambodscha bedeutet dies eine – im Vergleich zu anderen Staaten – zurückgedrängte Aufgabe der Kommunikations- und Sammlerfunktion. Zwar stellen diese Funktionen durchaus noch elementare Aufgaben der Botschaft Hanoi dar, für die Länder Laos und Kambodscha ist zum Teil die AWO aktiver als das BMEIA. Deutlich im Vordergrund stehen in Vietnam die Funktionen der Dienstleistung und Vermittlung, Botschafter Peterlik und die Österreichische Botschaft sorgen erster Linie für die notwendigen wirtschaftlichen Kontakte im Land und präsentieren Österreich als attraktiven Handelspartner. Dies wird anhand der relativ großen Anzahl an Wirtschaftsdelegationen – zu einem vergleichsweise bescheidenen politisch motivierten Besuchsaustausch – deutlich.
Die Konsular- und Verhandlungsfunktion der Diplomatie rückt im Beispiel Vietnam, Laos und Kambodscha deutlich in den Hintergrund, angesichts der geringen Anzahl österreichischer Staatsbürger in diesem Gebiet und der kleinen Anzahl an bilateralen Verträgen ist diese Bewegung verständlich.

Der Ziel-Mittel-Ansatz stellt die Frage nach den Zielen und den dafür aufgewendeten Mitteln für deren Erreichung. Im Falle Vietnams war eine Partizipation Österreichs an der wirtschaftlichen Dynamik des Landes im Vordergrund. Die dafür aufgebrachten Mittel zeigen sich in Form der Einsetzung einer Österreichischen Botschaft und deren Personal. Nicht zu unterschätzen sei in diesem Zusammenhang die Rolle der österreichischen Auslandskultur, welche – wenn auch indirekt – auf die wirtschaftlichen Ziele Österreichs in der Region abzielt. So wird von der Österreichischen Botschaft in Hanoi die deutsche Sprache als österreichisches Kulturmittel präsentiert und gefördert. Damit entsteht ein gewünschter Synergieeffekt: Durch die Vermittlung der deutschen Sprache stehen österreichischen

Unternehmen bei deren Eintritt in den vietnamesischen Markt deutschsprachige Arbeitskräfte zur Verfügung. Durch die Tatsache, dass die deutsche Sprache nicht nur von deutschen Instituten sondern auch von der Österreichischen Botschaft vermittelt wird, wird Deutsch von Deutschland losgelöst und Österreich auch für vietnamesische Wirtschaftstreibende interessant. In die ähnliche Richtung geht die Vereinbarung zwischen der FH Krems und den Universitäten in Hanoi und Hue. Durch diese Kooperation wird ein derart starker Österreich-Bezug geschaffen, dass der Kleinstaat Österreich neben seinem *Konkurrenten* Deutschland als Wirtschaftsakteur im Land auftreten kann.
Für die Länder Laos und Kambodscha sieht die Situation mangels einer österreichischen Vertretung wiederum anders aus. Da diese Länder von Bangkok aus betreut werden, fehlt eine derart dynamische Initiative wie in Vietnam beinahe völlig. Nur selten werden österreichische Kulturprojekte verfolgt und präsentiert.
Als außenpolitischer Aufwand Österreichs in der südostasiatischen Region kann somit die Installierung der Österreichischen Botschaft gesehen werden. Angesichts der erreichten Ziele – wirtschaftliche Vorteile – kann sich das Ergebnis durchaus sehen lassen. Die Außenwirtschaft Österreich verzeichnet Jahr für Jahr neue Rekordzahlen und investiert weiter in die Region – vor allem in Vietnam.

Um abschließend auf die außenpolitischen Akteure Österreichs in der Region einzugehen, kann nun gesagt werden, dass dies im Falle Österreichs in Vietnam, Laos und Kambodscha allen voran die Botschaft in Hanoi sowie die österreichische Außenwirtschaft sind.
So laufen sämtliche politischen Aktivitäten Österreichs in Vietnam über die Österreichische Botschaft, im Falle Laos´ und Kambodschas über die Sektion Asien im BMEIA. Daneben ist die WKO und mit ihr die AWO durchaus aktiv und präsent in Vietnam, Laos und Kambodscha.
Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sämtliche politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Tätigkeiten Österreichs weit weniger vom BMEIA oder BMWA bestimmt werden, sondern vielmehr von einer persönlichen Initiative der Diplomaten und wirtschaftlichen Akteure vor Ort und in Österreich abhängig sind. Als bestes Beispiel dient natürlich die Österreichische Botschaft Hanoi, die seit ihrer Installierung 1998 die politischen, aber vor allem die wirtschaftlichen Beziehungen zu Vietnam deutlich verstärkt und vertieft hat.
Auch die WKO ist in Vietnam, Laos und Kambodscha deutlich aktiver als Personen des BMEIA oder BMWA. Demnach zählen – um an Höll zu erinnern – weit mehr persönliche Akzente als eine außenpolitische Gesamtstrategie.

8. LITERATUR

Abele, Hanns/ Nowotny, Ewald et al. [Hrsg.]: Handbuch der Österreichischen Wirtschaftspolitik, Wien 1989

Andersen, Uwe: Außenhandel. Außenhandelspolitik, In: Nohlen, Dieter/ Schultze, Rainer-Olaf [Hrsg.]: Lexikon der Politikwissenschaft, München 2002, S. 42-43

Athukorala, Prema-chandra/ Manning, Chris/ Wickramesekara, Piyasiri: Growth employment and migration in southeast Asia. Structural change in the greater Mekong countries, Northampton 2000

Barton, John/ Goldstein, Judith et el.: The Evolution of the Trade Regime. Politics, Law, and Economics of the GATT and the WTO, Princeton 2006

Bauschke et al. [Hrsg.]: Pluralität des Rechts. Regulierung im Spannungsfeld der Rechtsebenen, Tagungsband, 42. Assistententagung Öffentliches Recht, 2003, S. 143

Bersick, Sebastian: ASEM. Eine neue Qualität der Kooperation zwischen Europa und Asien, Münster 1998

Böhn, Dieter: Südostasien. Zur didaktischen Erschließung und Literatur, In: Praxis Geographie 16/1: 9-10, n.n.1986

Booth, Anne: Linking, De-Linking und Re-Linking. Südostasien und die Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert, In: Feldbauer, Peter/ Husa, Karl/ Korff, Rüdiger [Hrsg.]: Südostasien. Gesellschaften, Räume und Entwicklung im 20. Jahrhundert, Wien 2003

Borrmann, Axel/ Koopmann, Georg: Anpassung der Trade Policy Reviews der WTO an die Bedürfnisse von Entwicklungsländern. Ansatzpunkte und Optionen, Bonn 2002

Brandl, Nicole: Die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten in der Welthandelsorganisation. Eine Analyse der rechtlichen Beziehungen, Wien, 2005

Breuss, Fritz: Außenwirtschaft; In: Abele, Hanns/ Nowotny, Ewald et al. [Hrsg.]: Handbuch der Österreichischen Wirtschaftspolitik, Wien 1989, S. 390-399

Brötel, Dieter: Französischer Imperialismus in Vietnam. Die koloniale Expansion und der Errichtung des Protektorates Annam-Tongking 1880-1885, Zürich 1971

Bullinger, H.J. et al.: Deutsch-vietnamesische Joint-Ventures, Wiesbaden 1995

Buro, Andreas/ Grobe, Karl: Vietnam! Vietnam? Die Entwicklung der Sozialistischen Republik Vietnam nach dem Fall Saigons, Frankfurt/ Main 1984

Cheng, Liangya: Die Bedeutung des WTO-Beitritts für die wirtschaftliche Entwicklung Chinas. Eine betriebs- und gesamtwirtschaftliche Analyse, Wiesbaden 2005

Chesneaux, Jean: Vietnam. Geschichte und Ideologie des Widerstands, Frankfurt/ Main 1968

Chesneuax, Jean: Geschichte Vietnams, Berlin 1963

Cunningham, Susan: Vietnam, Berlin 2004

Dachs, Herbert et al. [Hrsg.]: Handbuch des Politischen Systems Österreichs, Wien 1997

Dachs, Herbert: Das Parteiensystem, In: Dachs, Herbert [Hrsg.]: Handbuch des politischen Systems Österreichs, Wien 1995

Denk, Herbert: Die Analyse von außenpolitischen Entscheidungsprozessen. Ein Beitrag zu einem Modell der Analyse von Außenpolitik, Wien 1987

Feldbauer, Peter/ Hödl, Gerald: Die Weltwirtschaftskrise in Südostasien; In: Feldbauer, Peter/ Husa, Karl/ Korff, Rüdiger [Hrsg.]: Südostasien. Gesellschaften, Räume und Entwicklung im 20. Jahrhundert, Wien 2003

Filzmaier, Peter: Internationale Politik. Eine Einführung, Wien 2006

Fink, Marcel: Unternehmerverbände, In: Dachs, Herbert et al. [Hrsg.]: Politik in Österreich, Wien 2006, S. 443-469

Fischer, Heinz [Hrsg.]: Das politische System Österreichs, Wien ^{3}1982

Gerstl, Alfred: Die Position des österreichischen Außenministeriums vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen in Außenpolitik und Diplomatie. Wandel der Funktion des Außenamtes im außenpolitischen Entscheidungsprozeß?, Wien 1993

Hauser, Heinz/ Schanz, Kai-Uwe: Das neue GATT. Die Welthandelsordnung nach Abschluß [sic!] der Uruguay-Runde, München 1995

Hermann, Christoph: Rechtsprobleme der parallelen Mitgliedschaft von Völkerrechtssubjekten in Internationalen Organisationen. Eine Untersuchung am Beispiel der Mitgliedschaft der EG in der WTO; in: Bauschke et al. [Hrsg.]: Pluralität des Rechts. Regulierung im Spannungsfeld der Rechtsebenen, Tagungsband, 42. Assistententagung Öffentliches Recht, 2003, S. 143

Hofstadler, Andrea: Der Beitritt Chinas zur WTO und dessen Auswirkungen auf den Eintritt in den chinesischen Markt, Wien 2001

Höhmann, Hans-Hermann: Sozialistische Wirtschaftsplanung, In: Nohlen, Dieter [Hrsg.]: Pipers Wörterbuch zur Politik. Sozialistische Systeme. Politik-Wirtschaft-Gesellschaft, München 1986, S. 431-443

Höll, Otmar: Außen- und Sicherheitspolitik; In: Neisser, Heinrich/ Puntscher Riekmann, Sonja [Hrsg.]: Europäisierung der Österreichischen Politik, Wien 2002

Höll, Otmar: Kleinstaaten-Theorien und Abhängigkeit; In: Kramer, Helmut: Österreich im internationalen System. Zusammenfassung der Ergebnisse und Ausblick, Wien 1983, S. 34-43

Houben, Vincent: Südostasien von 1870 bis ca. 1920. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, In: Feldbauer, Peter/ Husa, Karl/ Korff, Rüdiger [Hrsg.]: Südostasien. Gesellschaften, Räume und Entwicklung im 20. Jahrhundert, Wien 2003

Husa, Karl/ Wohlschlägl, Helmut: Südostasiens „demographischer Übergang". Bevölkerungsdynamik, Bevölkerungsverteilung und demographische Prozesse im 20. Jahrhundert; In: Feldbauer, Peter/ Husa, Karl/ Korff, Rüdinger [Hrsg.]: Südostasien. Gesellschaften, Räume und Entwicklung im 20. Jahrhundert.

Huynh, Ngoc Tram: Die Entwicklung des vietnamesischen Außenhandels 1986-2002, Wien 2004

Jiresch, Gabriele: Die Außenwirtschaftsorganisation der Bundeswirtschaftskammer und ihr Einfluss auf die Österreichische Außenwirtschaftspolitik, Wien 1995

Kampits, Peter: Die Auslandskulturpolitik Österreichs. Konzepte, Strukturen, Perspektiven, Wien 1990

Karlhofer, Ferdinand/ Tálos, Emmerich [Hrsg.]: Sozialpartnerschaft. Eine Europäische Perspektive?, Wien 2005, S. 79-108

Karlhofer, Ferdinand/ Tálos, Emmerich: Sozialpartnerschaft und EU. Integrationsdynamik und Handlungsrahmen der österreichischen Sozialpartnerschaft, Wien 1996

Kerkerler, N.: Diplomatie, 1965; In: Woyke, Wichard: Handbuch Internationale Politik, Opladen 2008

Kofler, Martin: Kennedy und Österreich. Neutralität im Kalten Krieg, Wien 2003

Korff, Rüdiger: Politische Systeme südostasiatischer Modernisierung; In: Feldbauer, Peter/ Husa, Karl/ Korff, Rüdiger [Hrsg.]: Südostasien. Gesellschaften, Räume und Entwicklung im 20. Jahrhundert, Wien 2003

Kosta, Jiri: Sozialistische Wirtschaftssysteme; In: Nohlen, Dieter [Hrsg.]: Pipers Wörterbuch zur Politik. Sozialistische Systeme. Politik-Wirtschaft-Gesellschaft, München 1986, S. 443-450

Kramer, Helmut: Österreich im internationalen System. Zusammenfassung der Ergebnisse und Ausblick, Wien 1983

Kramer, Helmut: Strukturentwicklung der Außenpolitik; In: Dachs, Herbert et al. [Hrsg.]: Handbuch des Politischen Systems Österreichs, Wien 1997

Kreile, Michael: Kambodscha; In: Nohlen, Dieter/ Nuscheler, Franz [Hrsg.]: Handbuch der Dritten Welt, Hamburg 1978, S. 313-329

Luther, Hans U.: Laos; In: Nohlen, Dieter/ Nuscheler, Franz [Hrsg.]: Handbuch der Dritten Welt, Hamburg 1978, S. 395-419

Magerl, Georg: Die WTO als internationale Institution unter besonderer Berücksichtigung der Stellung von Entwicklungsländern, Wien 2001

Maritczak, Ihor-Michael: Demokratiepolitische Strukturen der Bundespräsidentenwahl im politischen System Österreich, Wien 1999

Meyer, Gerd: Sozialistische Demokratie; In: Nohlen, Dieter [Hrsg.]: Pipers Wörterbuch zur Politik. Sozialistische Systeme. Politik-Wirtschaft-Gesellschaft, München 1986, S. 409-418

N.N.: The Far East and Australasia, London 1988

Neisser, Heinrich/ Puntscher Riekmann, Sonja [Hrsg.]: Europäisierung der Österreichischen Politik, Wien 2002

Neuhold, Hanspeter: Internationaler Strukturwandel und staatliche Außenpolitik. Das österreichische Außenministerium vor neuen Herausforderungen, Wien 1993

Nohlen, Dieter [Hrsg.]: Kleines Lexikon der Politik, München 1986

Nohlen, Dieter [Hrsg.]: Kleines Lexikon der Politik, München 2002

Ortner, Eva Magdalena: Analyse der Außenhandelsbeziehung Österreichs mit Thailand und Vietnam in der Zeit von 1994 bis 2004, Wien 2006

Pelinka, Anton/ Rosenberger, Sieglinde: Österreichische Politik. Grundlagen Strukturen Trends, Wien2007

Penninger-Seidel, Bettina: Die Rolle der Menschenrechte in den Beziehungen der EU zu den ASEAN-Staaten, Wien 2000

Pusswald, Sven: Aspekte der österreichischen Auslandskulturpolitik unter besonderer Berücksichtigung von Osteuropa, Wien 2006

Rausch, Ulrike: Diplomatie; In: Nohlen, Dieter/ Schultze, Rainer-Olaf [Hrsg.]: Lexikon der Politikwissenschaft, München 2002, S. 150-151

Reiterer, Gisela: Südostasien in der Zwischenkriegszeit; In: Feldbauer, Peter/ Husa, Karl/ Korff, Rüdiger [Hrsg.]: Südostasien. Gesellschaften, Räume und Entwicklung im 20. Jahrhundert, Wien 2003

Royer, Julia: Der Aufbau des Tourismus in Vietnam. Ausländische Direktinvestitionen in Tourismusprojekte in Vietnam unter Berücksichtigung regionalspezifischer Merkmale, Wien 2001

Sack, Jörn: Die Europäische Union in den Internationalen Organisationen. Bedeutdung und Beteiligung sowie Aktion und Einfluss von Gemeinschaft und Mitgliedstaaten in den Gremien, Zeitschrift für Europarechtliche Studien, 2001, S. 267-284

Schambeck, Herbert: Das österreichische Regierungssystem. Ein Verfassungsvergleich, Opladen 1995

Scholz, Bettina: Die Integration Vietnams in die Weltwirtschaft, Wien 2005

Schuh, Christoph: Die Rolle des Bundespräsidenten in der Außenpolitik unter der Berücksichtigung der Außenwirtschaftspolitik, Wien 2005

Seidelmann, Reimund: Außenpolitik; In: Nohlen, Dieter/ Schultze, Rainer-Olaf [Hrsg.]: Lexikon der Politikwissenschaft, München 2002, S. 43-46

Senti, Richard: GATT. Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen als System der Welthandelsordnung, Zürich 1986

Senti, Richard: WTO. System und Funktionsweise der Welthandelsordnung, Zürich, 2000

Strobl, Andrea: Sozial- und wirtschaftshistorische Aspekte der französischen Kolonialherrschaft in Vietnam, Wien 1995

Supachai, Panitchpakdi/ Clifford, Mark: China and the WTO. Changing China, Changing World Trade, Singapur 2002

Tálos, Emmerich [Hrsg.]: Sozialpartnerschaft. Kontinuität und Wandel eines Modells, Wien 1993

Tálos, Emmerich/ Stromberger, Christian: Zäsuren in der österreichischen Verhandlungsdemokratie; In: Karlhofer, Ferdinand/ Tálos, Emmerich [Hrsg.]: Sozialpartnerschaft. Eine Europäische Perspektive?, Wien 2005, S. 79-108

Varwick, Johannes: Diplomatie; In: Woyke, Wichard: Handbuch Internationale Politik, Opladen 2008

Welan, Manfried: Das österreichische Staatsoberhaupt, Wien 1986

Wessel, Horst: Antiirrationalismus, Berlin 2003

Woyke, Wichard: Handbuch Internationale Politik, Opladen 2008

Zeitungen und sonstige Literatur:

Der Standard, Printausgabe 11.10.2007

Der Standard, Printausgabe 04.06.2008

Der Standard, Printausgabe 19.09.2008

Weltalmanach 2007

Brockhaus, Band 2, [17]1967

BV-G 1920, Artikel 50 Abs. 1

BV-G, Art. 69; hier in: GERSTL 1993, S. 105

BMG 1976, Anlage zu § 2, Teil 2, lit. A, Z.1

BMEIA 2001: Außenpolitischer Bericht 2000, Wien 2001

BMEIA 2002: Außenpolitischer Bericht 2001, Wien 2002

BMEIA 2003: Außenpolitischer Bericht 2002, Wien 2003

BMEIA 2004: Außenpolitischer Bericht 2003, Wien 2004

BMEIA 2005: Außenpolitischer Bericht 2004, Wien 2005

BMEIA 2006: Außenpolitischer Bericht 2005, Wien 2006

BMEIA 2007: Außenpolitischer Bericht 2006, Wien 2007

BMEIA 2008: Außenpolitischer Bericht 2007, Wien 2008

BMWA 2006: Österreichs Warenverkehr im Jahr 2005, Wien 2006

BMWA 2007: Österreichs Außenwirtschaft. Eine Erfolgsgeschichte, Wien 2007

BMWA 2008: Österreichs Warenverkehr im Jahr 2007, Wien 2008

WKO: AWO-Länderreport Vietnam, Wien 2007a

WKO: AWO-Bereichsländerreport Myanmar, Kambodscha, Laos, Wien 2007b

WKO: Bereichsländerreport Kambodscha, Laos, Myanmar, Wien 2008

STATISTIK AUSTRIA: Der Außenhandel Österreichs. Endgültige Ergebnisse, Wien 2006

ADB: Annual Report, Manila 2007

ADB: Key Indicators for Asia and the Pacific 2008, Manila 2008

Amtsblatt Nr. L 136 vom 07/06/1996 S. 0029-0036 (Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Sozialistischen Republik Vietnam – Erklärung der Europäischen Gemeinschaft – Gemeinsame Erklärung der Europäischen Gemeinschaft und der Regierung Vietnams – Erklärung der Sozialistischen Republik Vietnam, (Artikel 2))

Europäsiche Union: Commercial Counsellors. Report on Vietnam 2007, Brüssel 2007

Europäische Union: Amtsblatt Nr. L 136 vom 07/06/1996 S. 0029-0036, Brüssel 1996

Rede von FERRERO-WALDNER 2007, Dokument IP/07/712, Brüssel, 28. 05. 2007

EUROSTAT 2007: Pressemitteilung 20. November 2007

Europäische Kommission: Kom (94) 314 eng. vom 14.7.1994, S. 1-20

Journal des Chambres de commerce vom Mai 1883; zitiert nach Chesneaux, Jean: Geschichte Vietnams, Berlin 1963; In: Strobl, Andrea: Sozial- und wirtschaftshistorische Aspekte der französischen Kolonialherrschaft in Vietnam, Wien 1995

Vorlesung Prof. Schütz-Müller: Österreichische Außenpolitik, Universität Wien, SS. 2007, eigene Mitschrift

Internetquellen:

Homepage des Österreichischen Außenministeriums

http://www.bmeia.gv.at (Download 05.03.2008 und 18.10.2008)

Homepage des Österreichischen Finanzministeriums

https://www.bmf.gv.at (Download 10.08.2008)

Homepage des Österreichischen Innenministeriums

http://www.bmi.gv.at (Download 10.08.2008)

Homepage des Österreichischen Landwirtschaftsministeriums

http://www.lebensministerium.at (Downloads 09.03.2008)

Homepage des Österreichischen Wirtschaftsministeriums

http://www.bmwa.gv.at (Download 26.03.2008)

Homepage der Österreichischen Präsidentschaftskanzlei

http://www.hofburg.at (Download 06.03.2008)

Homepage des Österreichischen Parlaments
http://www.parlament.gv.at (Download 10.03.2008)

Homepage der Europäischen Kommission
http://ec.europa.eu (Download 10.09.2008)

Homepage der Generaldirektion Handel der Europäischen Kommission
http://trade.ec.europa.eu (Download 18.09.2008)

Homepage der ASEAN
http://www.aseansec.org (Download 12. Februar 2008)

Homepage des ASEM
http://www.aseminfoboard.org (Download 12.10.2008)

Homepage der Europäischen Investitionsbank
http://www.bei.europa.eu/projects/regions/ala/index.htm (Download 11.09.2008)

Homepage des US-Außenministeriums
http://www.state.gov (Download 30.08.2008)

Homepage des CIA
https://www.cia.gov (Download 28.02.2008)

Homepage der Vietnamesischen Botschaft in Wien
http://www.vietnamembassy-austria.org (Download 18.09.2008)

Homepage der Vertretung der Europäischen Kommission in Kambodscha
http://www.delkhm.ec.europa.eu (Download 18.09.2008)

Homepage der Vertretung der Europäischen Kommission in Laos
http://www.dellao.ec.europa.eu (Download 18.09.2008)

Homepage der Fachhochschule Krems
http://www.imc-krems.ac.at (Download 10.08.2008)

Homepage des Vietnamesischen Statistikamtes
http://www.gso.gov.vn (Download 28.03.2008)

Homepage des UNDP in Vietnam
http://www.undp.org.vn (Download 22.08.2008)

Homepage des Statistikamtes der UNO
http://unstats.un.org (Download 22.08.2008)

Homepage der UNICEF
http://www.unicef.at (Download 25. 08. 2008)

Homepage der Asian Development Bank
http://www.adb.org (Download 28.03.2008)

Homepage des Meyers Online-Lexikons
http://lexikon.meyers.de (Download 05.03.2008)

Homepage der Wirtschaftskammer Österreich
http://portal.wko.at (Download 12.08.2008)

Homepage der Außenwirtschaft Österreich
http://www.advantageaustria.org (Download 18.08.2008)

Homepage der Austroprojekt GmbH
http://www.austroprojekt.com (Download 30.07.2008)

Homepage des Österreichischen Roten Kreuz
http://www.roteskreuz.at (Download 20. 08.2008)

9. ANHANG

Überblick Österreich, Vietnam, Laos und Kambodscha
Quelle: WKO 2008 (eigene Darstellung)

ÖSTERREICH

ALLGEMEIN	Stand Mai 2008, Daten für 2007
Staatsform	Republik
Fläche	83,871 km²
Bevölkerung	8,3 Mio. Einwohner
Hauptstadt; EW	Wien; 1,66 Mio.
Mitgl. in Int. Org.	GATT/WTO, OECD, IMF, UN, UNCTAD, WHO, EBRD, IDB, AfDB, World Bank Group
WIRTSCHAFT	
Wirtschaftssektoren	Nahrungs- und Genussmittelindustrie, Maschinen- und Stahlbau, Fahrzeugindustrie, Chemie, Elektro- und Elektronikindustrie, Bauwirtschaft, Fremdenverkehr
Wirtschaftswachstum 2007	3,40%
BIP/ Kopf 2007	31.800 EUR
BIP real 2007	272,7 Mrd. EUR (nom.)
Inflation	2,20%
Arbeitslosigkeit	4,40%
Auslandsverschuldung 2007	k.A.
HANDEL	
Exporte 2007	114,2 Mrd. EUR
wichtigste Exportmärkte	Deutschland, Italien, USA, Schweiz, Frankreich
Warengruppen/ Export	Maschinen, Kraftfahrzeuge und KfzTeile, Eisen und Stahl, Apparate und mechanische Geräte
Importe 2007	113,8 Mrd. EUR
Herkunftsländer/ Import	Deutschland, Italien, China, Schweiz, USA, Frankreich
Warengruppen/ Import	Maschinen, Pkw und Kfz, mineralische Brennstoffe, Mineralöle, chemische und pharmazeutische Erzeugnisse

VIETNAM

ALLGEMEIN	Stand Mai 2008, Daten für 2007
Staatsform	Sozialistische Republik
Fläche	329.560 km²
Bevölkerung	84,4 Mio. Einwohner
Hauptstadt; EW	Hanoi; 2,7 Mio. Einwohner
Mitgliedschaften in Int. Org.	ESCAP, IWF, Weltbank, ASEAN, APEC, ILO, WTO
WIRTSCHAFT	
Wirtschaftssektoren	Bekleidungs- und Schuhindustrie, Landwirtschaft, Mineralölwirtschaft, Maschinenindustrie, Tourismus
Wirtschaftswachstum 2007	8,5%
BIP/ Kopf 2007	ca. 600 EUR
BIP real 2007	51,2 Mrd. EUR
Inflation	8,3%
Arbeitslosigkeit	4,2 (nur Stadtbevölkerung)
Auslandsverschuldung 2007	17,77 Mrd. EUR (2006)
HANDEL	
Exporte 2007	35,3 Mrd. EUR
wichtigste Exportmärkte	EU, USA, ASEAN, Japan, China, Singapur
Warengruppen/ Export	Rohöl, Reis, Kaffee, Textilien und Bekleidung, Schuhe, Meeresprodukte Elektrogeräte und Computerbestandteile
Importe 2007	44,4 Mrd. EUR
Herkunftsländer/ Import	China, Taiwan, Singapur, Südkorea, Japan
Warengruppen/ Import	Maschinen und Zubehör, Erdölprodukte, Eisen und Stahl, elektrische Geräte, Pharmazeutika

LAOS

ALLGEMEIN	Stand Mai 2008, Daten für 2007
Staatsform	Demokratische Volksrepublik
Fläche	236.800 km²
Bevölkerung	5,8 Mio. Einwohner
Hauptstadt; EW	Vientiane; 695.000 Einwohner
Mitgliedschaften in Int. Org.	UN, WHO, FAO, IMF, IBRD, ADB, ASEAN, Weltbank, MRC
WIRTSCHAFT	
Wirtschaftssektoren	Land- und Forstwirtschaft, Textilindustrie, Tourismus, Kaffeeanbau
Wirtschaftswachstum 2007	7,0%
BIP/ Kopf 2007	528 EUR
BIP real 2007	3 Mrd. EUR
Inflation	4,6%
Arbeitslosigkeit	2,4% (2005)
Auslandsverschuldung 2007	1,3 Mrd. EUR (2006)
HANDEL	
Exporte 2007	538 Mio. EUR
wichtigste Exportmärkte	Thailand, China, Frankreich, Deutschland, Belgien
Warengruppen/ Export	Bekleidung und Textilien, Kaffee, Elektrizität, Holz und Holzprodukte, Metalle
Importe 2007	895 Mio. EUR
Herkunftsländer/ Import	Thailand, China, Singapur, Japan
Warengruppen/ Import	Maschinen und Ausrüstungen für Bau- und Elektronikindustrie, Erdölprodukte, Konsumgüter, Fahrzeuge

KAMBODSCHA

ALLGEMEIN	Stand März 2008, Daten für 2007
Staatsform	Konstitutionelle Monarchie
Fläche	181.035 km²
Bevölkerung	14,5 Mio. Einwohner
Hauptstadt; EW	Phnom Penh; 1,6 Mio. Einwohner
Mitgliedschaften in Int. Org.	UN, IWF, Weltbank, ASEAN, APEC, IMF, ILO, WTO, IDA, FAO
WIRTSCHAFT	
Wirtschaftssektoren	Landwirtschaft, Bekleidung, Holz und Holzprodukte, Fischerei, Gummiproduktion, Tabakanbau
Wirtschaftswachstum 2007	8,5%
BIP/ Kopf 2007	428 EUR
BIP real 2007	6,1 Mrd. EUR
Inflation	4,4%
Arbeitslosigkeit	5% (2005)
Auslandsverschuldung 2007	2,92 Mrd. EUR
HANDEL	
Exporte 2007	3,1 Mrd. EUR
wichtigste Exportmärkte	USA, Hongkong, Deutschland, UK, Vietnam
Warengruppen/ Export	Bekleidung und Textilien, Holz und Holzwaren, Gummi, Meeresprodukte Reis, Schuhe
Importe 2007	4,0 Mrd. EUR
Herkunftsländer/ Import	Hongkong, China, Thailand, Taiwan, Vietnam, Singapur
Warengruppen/ Import	Erdöl und Erdölprodukte, Zigaretten, Fahrzeuge, Baumaterialien Textilien

ABSTRACT

Ziel dieser Arbeit ist die Analyse der österreichischen Außenpolitik gegenüber Vietnam, Laos und Kambodscha. Dabei werden die außenpolitischen Handlungen Österreichs in politische, ökonomische und kulturelle Aspekte unterteilt und dementsprechend analysiert. Zusätzlich werden die einzelnen Akteure der österreichischen Außenpolitik definiert und ihr Einfluss auf Österreichs Aktivitäten in diesen drei südostasiatischen Staaten behandelt. Dabei wird grob zwischen Akteuren der österreichischen Außenpolitik, der österreichischen Außenwirtschaftspolitik sowie der österreichischen Auslandskulturpolitik unterschieden.

Als nationale Akteure der österreichischen Außenpolitik werden in dieser Arbeit primär der Bundespräsident, das Bundeskanzleramt, das Außenministerium, das Parlament und die Parteien sowie das Wirtschaftsministerium und die Wirtschaftskammer herangezogen. Im internationalen Kontext werden die Beziehungen zwischen der EU und ASEAN beleuchtet.

Im Zuge der Arbeit werden Fragen nach den Akteuren der österreichischen Außenpolitik in Vietnam, Laos und Kambodscha beantwortet und ihr Einfluss, ihre Handlungsweisen sowie ihre Ziele und Motive analysiert.
Weiter werden die Ziele Österreichs in der Region skizziert und die dafür aufgebrachten Ressourcen aufgezeigt. Demnach wird der Frage nachgegangen, ob die österreichische Außenpolitik in der südostasiatischen Region von politischen, ökonomischen oder Elementen aus der Entwicklungszusammenarbeit geprägt ist.

Abschließend wird eine Analyse der österreichischen Gesamtstrategie in Vietnam, Laos und Kambodscha gegeben.

LEBENSLAUF

Eva Chuchma

Persönliche Daten

geboren am:	05.12.1982 in Ostrava/ Tschechien
Familienstand:	ledig

Schulausbildung

1994-2001:	BRG Traun
1990-1994:	Volksschule Traun

Studium

10/2001:	Studium der Politikwissenschaft
	Studium der Publizistik- und Kommunikationswissenschaften
	Studium der Internationalen Betriebswirtschaft

Auslandserfahrungen

2004:	Praktikum an der Österreichischen Botschaft in Vietnam

Berufliche Erfahrungen

2001-2004:	Hotel Europahaus
2004-2008:	Epicon Investment AG
seit 2007:	Kursleiterin am Universitätssportinstitut Wien